HEFT 12 DEZEMBER 1985 6,- DM C 4143 E

Konkret

Magazin für Politik und Kultur

Tucholsky und die Bundeswehr

Daimler-Benz, der erste SDI-Konzern

Frankfurter Müll-Abfuhr

IST DIESER STAAT UNSER STAAT?

Konkret Dialog 1

Streitgespräch mit Günter Amendt,

Otto Schily, Thomas Ebermann und Susanne v. Paczensky

in konkret Dezember 1985

von Konkret

an Konkret

Von Knuschel und Schaschel von Hermann L. Gremliza

Magazin

Ab marsch nach Bergen-Hohne von Otto Köhler

Die Bundeswehr feierte sich selbst an einem Ort, der gar nicht erst so tut, als hätte es Bergen-Belsen nicht auch gegeben. Der Affront gegen die Opfer war beabsichtigt, die Tradition der Täter sollte beschworen und mit einer ordentlichen Parade gewürdigt werden. Otto Köhler war bei der Geburtstagsfeier dabei

Ab Marsch in die Betten von Tobias Thomas

Nachdem die Hochrüstung der BRD durch die Stationierung der Pershings vorangebracht worden ist, wie es die USA befohlen hatten, zielt der nächste Schlag der Bonner Strategen auf die Zivilbevölkerung. Mit einem Zivilschutzgesetz, das vorerst noch im Referentenentwurf vorliegt, soll die umfassende Militarisierung vollendet werden. Die absehbaren Folgen sind gewaltig.

Das Mittelmehr gehört allen. Am meisten der USA von Rolf Uesseler

Israel und die USA haben gezeigt, zu welchen militärischen Leistungen sie fähig sind. Israelische Bomber machten das PLO-Hauptquartier in Tunis kratertief dem Erdboden gleich, US-amerikanische Bomber kaperten mal flink eine ägyptische Verkehrsmaschine. Die Folgen sind klar: die PLO wurde bestraft, Jordanien gewarnt, Italien verprellt und die NATO-Verbündeten bekamen mal kurz vorgeführt, daß sie nichts zu sagen, aber viel zu staunen haben

Europäer sind im Nahen Osten nur Zwerge von Georg Stein, Abdalla Frangi

Der israelische Luftangriff auf das PLO-Hauptquartier in Tunis und die Entführung der Entführer der »Achille Lauro« haben die Bemühungen Jordaniens und der PLO um eine friedliche Lösung der Palästinenserfrage torpediert. Für KONKRET sprach Georg Stein mit dem Vertreter der PLO in der BRD, Abdalla Frangi.

Marathon: Die Bewährungsprobe als Massenbewegung von Rolf Lindner

Erst in der Teilnahme an einem Marathon hat der Jogger seinen Endsieg über sich erreicht: mit Durchhalteparolen im Kopf and den neuesten Entwicklungen der Sportschuh-Forschung an den Füßen quält sich der Marathonläufer über die 42 Kilometer und ringt mit jedem Schritt den rebellierenden Körper nieder.

Vom Krieg des guten Sterns von Winfried Wolf

Ob Hans-Didi sich spreizt, Helle Kohl das Ding breitsitzt oder am Ganges die Linde rauscht: Die Entscheidung für eine bundesdeutsche Beteiligung an Reagans Weltraumrüstung ist gefallen, und zwar dort, wo die wichtigen Entscheidungen gefällt werden – nicht in Kanzlerämtern, Kabinetten und Parlamenten, sondern in den Aufsichtsräten und Vorstanden von Banken und Konzernen. Winfried Wolf hat die neue Formel entdeckt: Daimler (MTU + Dornier + AEG) = SDI

Konkret-Dialog 1Ist dieser Staat unser Staat? von Jürgen Seifert, Thomas Ebermann, Susanne v. Paczensky, Günter Amendt, Otto Schily

Rund fünfhundert Zuhörer zwängten sich am 25. Oktober in den Kokoschka-Saal im Philosophenturm der Universität Hamburg, um das erste Streitgespräch der Reihe KONKRET: DIALOG mitzuerleben. Unter der Gesprächsleitung von Jürgen Seifert (Professor an der Uni Hannover) diskutierten Thomas Ebermann, Susanne v.

Pazzensky, Günter Amendt und Otto Schily

Bomarzo von Hermann Peter Piwitt

Indisches, das Neue Amerika, antike und christliche Mythen – im »Park der Monster« hat der Fürst und Anarchist Vicino Orsini, ein Wilder des 16. Jahrhunderts, die Kulturen gut durchmischt: ein Skulpturen-Garten als begehbares Bilder-Rätsel

Luftlöcher ins Packeis von Kraft Wetzel

Wenn im kommenden Herbst die Medienkonzerne ihr Privat-TV direkt und bundesweit via Satellit ausstrahlen, will Alexander Kluge mit einem Alternativ-Programm dabei sein. Kraft Wetzel stellt das Projekt des Filmemachers vor

Genuß ohne Reue von Wolfgang Pohrt

Kritiker Neil Postman sieht die abendländische Kultur in Gefahr – durch exzessives Fernsehamüsement

Wo waren Sie im Kriege, Herr...?Kurt Tucholsky und 30 Jahre Bundeswehr von Kurt Tucholsky

Vor fünfzig Jahren, am 21. Dezember 1935, starb Kurt Tucholsky in Hindas/Schweden, wohin er vor den aufziehenden braunen Deutschen emigriert war. Die Rechtsnachfolger des deutschen Reiches setzten in den fünfziger und sechziger Jahren den Kampf gegen Tucholsky fort: Politiker schimpften auf seine »zersetzende Kritik«, Feuilletonisten denunzierten ihn als »Clown« und in seiner Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts rächte der Berufssohn Golo Mann Tucholskys Kritik an Papa, der ein großer Romancier und – nach der NS-Machtergreifung – großer Schleimscheißer gewesen war, mit der Enthüllung, Tucholsky habe die Weimarer Republik umgebracht

Guckt wieder kein Schwein! von Peter Krieg

Ist die bundesdeutsche Filmförderung am Ende? Und mit ihr der in die Jahre gekommene »Neue deutsche Film«? Filmemacher Peter Krieg fordert: Schafft die Selbstverwaltungs-Gremien ab!

HTLV goes Hollywood von Christel Dormagen

AIDS hat das Kino erreicht und wird wohl lange davon leben können. Gleich der erste Film zum Virus zeigt sich immun gegen alle Warnungen, das Thema moralisch anzugehen

Späth-Kapitalismus als Gartenlandschaft von Georg Fülberth

Die CDU-Vordenker sind Recycling-Experten: Auch die High-Tech Version ihres »Modell Deutschland« ist wiederaufbereiteter Ludwig Erhard – damit die Vergangenheit eine Zukunft hat

Müll-Abfuhr von Hermann L. Gremliza

»...wie viele Deutsche heuchlerisch und sich anbiedernd Juden gegenüberstehen. Wobei innerhalb der deutschen Gesellschaft weiter die gleichen psychologischen Faktoren fortbestehen, die den Aufstieg des Nazismus möglich machten« (R.W. Fassbinder)

Notizen

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 12/85, S. 4

von Konkret

1. Ein Jahr ist es her, auch damals weihnachtete es gerade mal wieder, da offerierte KONKRET seinen Lesern einen Bruno-Bruni-Kalender mit dem Versprechen, daß der Reinerlös auf jenes Spendenkonto gehen werde, daß der ehemalige Bundestagsabgeordnete Karl-Heinz Hansen für den Ankauf zweier Sanitätsflugzeuge für Nicaragua eingerichtet hat

Jetzt, ein Jahr danach, sind die beiden Flugzeuge in Nicaragua angekommen. Karl-Heinz Hansen schreibt:

»Das Flugzeugprojekt ist damit abgeschlossen. Am 28.10.85 wurden die beiden DO 27 an den Innenminister Tomas Borge auf dem Flugplatz Los Brasiles übergeben. Borge bedankte sich für die materielle wie solidarische Hilfe im Namen der Regierung und des nicaraguanischen Volkes. Die Flugzeuge werden im Rahmen des 'Autonomieprojekts 'für die Atlantikküste vor allem zur Hilfe für die dort lebenden Minderheiten (Miskitos, Suma, Rama usw.) eingesetzt.

Jedenfalls bin ich erleichtert, daß damit zwei Jahre Sammler- und Versammlungstätigkeit beendet sind . Ein Anschlußprojekt habe ich allerdings schon wieder mitgebracht: die Nicas brauchen dringend Ersatzteile für Flugzeuge, die mit geringen Mitteln instandgesetzt werden könnten. Deshalb bleibt das Spendenkonto bestehen. «

Nur für jene, die sich nicht sofort erinnern, daß das Spendenkonto in KONKRET 5/84, Seite 11, Spalte 7, veröffentlicht worden war, sei es hier noch einmal wiederholt: Stichwort »Sanitätsflugzeuge für Nicaragua«, Konto 19 002 286 bei der Sparkasse Bonn (BLZ 380 500 00), K.H. Hansen.

2. Ankündigung des »Jugendabends der »ARD« vom 13. November im »Spiegel: »Mit Rick Springfield, Kabarettist Thomas Freitag und – zum Thema Jugendliebe – eine Diskussion mit Udo Jürgens samt Tochter Jenny, Sex-Doktor Amendt und Pro-Familia-Vertretern.« Bei einem Vorgespräch zwei Tage vor der Sendung stellte sich heraus, daß die Redaktion von den 105 Sendeminuten des »Jugendabends« der Diskussion des Schwerpunktthemas zwölf Minuten eingeräumt hatte; in dieser Zeit sollten in drei Gesprächsrunden je drei Experten und vier oder fünf Jugendliche zu Wort kommen – jedem Teilnehmer standen (abzüglich des ModeratorenGeschwätzes) bestenfalls 60 Sekunden zur Verfügung. Ein schönes Exempel dessen, was auf Seite 38 dieses Heftes mit dem »Narrenkäfig der Talk-Shows« gemeint ist. KONKRET-Autor Günter Amendt hat die Einladung zu dieser »Diskussion« ausgeschlagen.

3. Das Leben des Joschka Fischer ist um einen der »rasanten Brüche«, mit denen er kokett all seine wunderbaren Wandlungen benennt, reicher: Nun ist er Minister. Vor Jahresfrist widmete ihm KONKRET 1/85 einen Titel und eine dazugehörige Geschichte. Dort hieß es:

»Allerdings wird er auch als 'Wegrücker' in Bonn bleiben und sich auf 1987 vorbereiten, denn 'natürlich' schließt er nicht aus, weitere Ämter bei den Grünen zu übernehmen: 'Aber daß ich nun unbedingt Minister werden will, das ist doch lächerlich, das könnte der Otto, ich nicht. '«

»You can call me a son of a bitch, as long as you spell my name correctly«, hieß es in KONKRET über den PR-Agenten in eigener Sache, den Joschka. Der Joseph ist ein solcher.

4. Furrer wieder auf dem Boden der US-amerikanischen Schutzmacht und schon hat ihn die bundesdeutsche Wirklichkeit eingeholt. Ein bißchen nach dem Erscheinen von KONKRET 11/85 vermeldete das Hamburger Rechts-Blatt »Spiegel«:

»Ließ etwa das Hamburger Links-Blatt 'Konkret'-Überschrift 'Aus dem Gully in den Weltraum ' – letzten Monat noch offen, ob Fluchthelfer Furrer einst womöglich mitgeschossen habe ('bleibt unklar') so ist der Astronaut aus Sicht der Nürnberger Fernseh-Gazette 'die 2' schlicht 'als Todesschütze verdächtig '. «

Er war dabei, dieser bundesdeutsche Überflieger. So viel ist sicher. Und wie: Das westberliner Kabelfernsehen SK 8 strahlte während der letzten Wochen, akustisch unterlegt mit einer Klassiker-Sauce, wie sie den Nazis schon recht war, wenn etwas Erhabenes, Großes vorgeführt werden sollte, immer wieder Bilder aus, die Furrer in den Sechzigern beim Einsatz unter der Erde zeigten. Kein Kunststück. Denn als Furrer 1964 mit dabei war, als auf Ostberliner Territorium ein Mensch erschossen wurde, stand auf westlicher Seite des Tunnels ein Team des »German Television Service« unter der Regie von Helmut W. Sontag, der jetzt, 21 Jahre später, die Lizenz für das Kabelprogramm SK 8 innehat.

Konkret 12/85, S. 5

an Konkret

GEWISSE PARALLELEN

KONKRET 11/85: »Kurdistan – Husseins und Khomeinis anderer Krieg« von Jürgen Reents

Ich vermißte ein Eingehen auf die (feudalistische) Sozialstruktur in allen vier Teilen Kurdistans, was nämlich mit »Demokratie« – zumindest im westlichen Sinne – praktisch nichts zu tun hat. Ich vermißte ein genaueres Eingehen auf die Bedeutung der sog. »linken« Gruppen, die gegen die Teheraner Revolutionsregierung kämpfen und dabei von Irak, Frankreich und eben vor allem auch Washington massive Unterstützung erhalten.

Mir fallen da gewissen Parallelen zu Nicaragua ein, das ja noch näher an den USA liegt, und wo eben noch deutlicher die Contras und einige Gruppierungen der Misquitos (die eine ähnliche Tradition innerhalb Nicaraguas haben, wie die Kurden im Iran) die Revolutionsregierung in Managua bekämpfen.

Wie in KONKRET und auch »Washington Post« zu verschiedenen Zeiten berichtet, will man das iranische »Terroristenregime« – ähnlich wie dasjenige von Nicaragua, liquidieren. Davon abgesehen, daß Nicaragua und Iran solidarisch beim Kampf gegen den Imperialismus zusammenarbeiten, ist die Doktrin der Sandinisten bei unserer Linken das Kriterium der Solidarität. Dagegen wird die Revolutionsdoktrin Irans als »faschistoid« oder sonstwas abgetan, nur weil die Geistestradition eine andere ist.

Und das wissen auch die Exilgruppen – ergo hängen sie sich den Namen »links« um. Dabei strotzen beispielsweise die Flugblätter der sog. »Heiligen Krieger des Volkes« (übersetzt von »Volksmudschahidin«), die sich in reinem Opportunismus sowohl »islamisch« als auch »links« nennen, von Meldungen über »Hinrichtungen« von Khomeini-Leuten. Merken die »Linken« oder »Alternativen« bei uns denn immer noch nicht, daß die Gegensätze »links«, »rechts« außerhalb westlicher Denkstrukturen keine Bedeutung haben? Man denke doch – als ein weiteres Beispiel – an die »Sozialistische Fortschrittspartei« des drusischen Feudalherrn Walid Dschumblat. Nur, weil Dschumblat eben gegen die Israelis und die mit ihnen verbundenen Christenmilizen kämpft, gilt er also als »sozialistisch« oder doch wenigstens »links«?! Ich meine, solche Fragen gehören doch wenigstens ansatzweise in einen derartigen Artikel.

Und dann sieht nämlich auch die Kurdenrepublik von Mahabad etwas anders aus. Sie konnte auch nur entstehen, weil im Zuge des Zweiten Weltkriegs im nordiranischen Raum ein Machtvakuum entstanden war, und Stalin zunächst noch seine schützende Hand auf diese und andere nordiranische Freie Republiken gehalten hat. Doch mit der Nachkriegsregelung hat er diese Hand schnöde zurückgezogen, denn ein Arrangement mit dem Schaft war ihm doch letztendlich lieber !

THOMAS OGGER

BERLIN

DER HÄSSLICHE JUDE

KONKRET 3/85 und KONKRET 11/85: Die Fälle »Ghetto« und »Fassbinder«

Als Abonnentin Ihrer Zeitschrift muß ich auch Kritik üben: Schon im März verriß Ingolf Schulte auf unerträglich hämische und herabsetzende Weise die Aufführung von »Ghetto« durch Zadek. Sozusagen stellvertretend, um den Opfern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Dagegen wehre ich mich. Ich bin selbst Jüdin und Opfer des Nazismus. Ich fand die Aufführung von »Ghetto« ausgezeichnet. Auch der Regisseur Sobol aus Haifa, der das Stück geschrieben hatte, sah in Zadeks Aufführung seine Intentionen bestätigt. Nun lese ich in KONKRET erneut einen Beitrag, der auf derselben Wellenlänge wie der genannte, eifernd und selbstgerecht, verfaßt ist. Zu diesem Thema bitte ich Sie, den Brief einiger Mitglieder der Jüdischen Gruppe Berlin abzudrucken.

ALISA FUSS

BERLIN

Sehr geehrter Herr Flimm, als Mitglieder der Jüdischen Gruppe Berlin bedauern wir, daß die schwierige und notwendige Auseinandersetzung mit dem Thema »Der häßliche Jude« nur auf der Ebene der Drohung und des Verbotes geführt werden soll. Auch wenn nicht alle von uns mit Fassbinders Stück einverstanden sind, halten wir Zensur und Anzeige beim Staatsanwalt nicht für die angemessenen Mittel.

ALISA FUSS / SORAYA HOPMANN

JESSICA JACOBY / ARNOLD GREYER

MONIKA LEONHARD-PILZ

EDNA BAUMBLATT-HERMANNS

MIKI RIESE / HAZEL ROSENSTRAUCH

SUSANNA STERN

GLÜCKWUNSCH

KONKRET 10/85: Titel-Foto

Propriatorisch drängt sich ein männliches Abdomen ins Bild und demonstriert für sein unsublimiertes Recht: Die Unterhose spitzt sich zu. Schon harrt unfern eine zarte (vergeistigte?) Hand, dem Wichser im Geiste die eigene, zum Schreiben so bitter benötigt, zu ersetzen. Und was wäre auch der Herr Doktor ohne seine töpfernde Gattin? Mir scheint, mit Ihrem Bilde haben Sie das sexuelle und sittliche Leben in unseren geistigen Schichten doch sehr genau wiedergegeben. Meinen Glückwunsch!

B. WEINFÜRTHER

RERLIN

MENSCHENMATERIAL

KONKRET 11185: »Im letzten Dreck« von Günter Wallraff

Die kapitalistische Geschäftemacherei mit illegalen, meist ausländischen Leiharbeitern ist übelste Ausbeutung. Die hat Günter Wallraff, als Türke Ali getarnt, am eignen Leib erfahren und nun ans Licht gebracht. Danken sollten wir ihm für diese den Ausbeutern natürlich verhaßte Aufklärungsarbeit.

HANS WITTEK

LEUTKIRCH

Bei aller Bewunderung für Wallraff: Hätte man zwanzig türkische Leiharbeiter interviewt, ihre Erlebnisse aufgeschrieben und in einem Buch zusammengefaßt – wie viele Leser oder Käufer hätten sich dafür interessiert? Hätte nicht jeder von denen, die jetzt Wallraff zu einer Auflage von 700.000 Büchern verhalfen, gesagt: Das ist ja öde, das wissen wir doch längst? Und wenn es so ist – was bedeutet das? Offenkundig macht an Wallraffs Bericht so »betroffen«, daß hier einer von uns, ein richtiger Deutscher (in der Maske eines Türken) so schlimm behandelt worden ist, als wäre er ein echter Türke. Ich fürchte, daß es auf der sogenannten Linken ein unbewußtes Herrenmenschentum gibt, das uns noch einmal böse überraschen könnte.

URS FRIEDRICH

SALZBURG

Was mich am meisten an der neuen Wallraff-Geschichte verblüfft hat, war das Foto auf dem KONKRET-Titel, wo er sich als Türke von Franz Josef Strauß ein Autogramm geben läßt (es sieht jedenfalls so aus). Wie leicht es doch sein muß, so nahe an diese Typen heranzukommen, und wie doof deren Leibwächter sind!

MICHAEL SCHNELL

HANNOVER

Wallraffs Bericht zeigt mit aller Deutlichkeit, daß sich unsere Politiker kaum um jenes »Menschenmaterial« kümmern, das von diesem System täglich gefühl- und gedankenlos in die Tiefe gestampft wird. Hier wird aufgezeigt, wie eine Elends-Population erzeugt wird, die man in Gettos (Obdachlosen-Baracken, Heilanstalten, Gefängnissen) zu verbergen sucht.

KARL KIRCHNER

WÜRZBURG

Wallraff endlich wieder einmal in KONKRET! Danke! Jetzt weiß man doch, warum wir solange nichts von ihm in KONKRET mehr gelesen haben.

ELISABETH KNAUER

HEIDENHEIM

SPOTTPREIS

KONKRET 11/85: »Der Asylantenkönig«. Michael Lichtwarck über die Geschäfte des Augsburgers Otto Schnitzenbaumer mit der Unterbringung von Asylanten

Ihr Bericht bedarf einer Ergänzung: Der Senior des jetztigen Otto Schnitzenbaumer kam nur durch Arisierung 1933 zu seiner ersten Firma (Augsburg, Kitzenmarkt, Jude Rosenau). Otto Schnitzenbaumer junior erhielt das Grundstück zu einem äußerst niedrigen Spottpreis im schönsten Teil des sogenannten Wittelsbacher Parks für den Hotelturm (»Maiskolben« genannt) und das Parkhaus, die wegen schwacher Rendite dann an eine US-Firma und später an Glöggler übergingen.

HUBERT WÖLFLE

AUGSBURG

SPITZ AUF KNOPF

KONKRET 9/85: »Die USA brauchen den Krieg« – Interview mit Noam Chomsky

Wie eine profilierte Zeitschrift, die über Deutschland spitzeste journalistische Feder (Gremliza) verfügt, dazu kommt, einem politischen Feierabenddenker wie Chomsky ihre Spalten zu öffnen, begreife ich nicht. Bloß weil Chomsky sich seinerzeit etwas früher als andere Amerikaner darüber erregt hat, daß so viele seiner Landsleute in Vietnam ihr Leben lassen mußten? »Reagans Behauptung, daß die Sicherheit der USA durch Nicaragua gefährdet sei, ist zu lächerlich, um sie überhaupt zu diskutieren«, sagt er. Wenn die Sicherheit und der Bestand des US-Imperiums durch Nicaragua (indirekt und langfristig) *nicht* gefährdet wären, würde mich Nicaragua nur halb so stark interessieren.

ERNST FÜRNTRATT – KLOEP

HACKAS (SCHWEDEN)

LINKER URLAUB!

KONKRET 10/85: »Nicaragua-Tagebuch« von Franz Xaver Kroetz

Kroetz will Urlaub von sich machen, seinen vor zwei Jahren verlorenen Lebensfaden wiederfinden – und das in Nicaragua! Was hat ein Abenteuer und Heldentum träumender Schriftsteller in Managua zu suchen? Was, bitte schön, hat da ein Schriftsteller verloren, der nicht ein Wort Spanisch spricht, der das Gelände nicht kennt, den Umgang mit der Waffe nicht (jedenfalls nicht mit den AK-Gewehren), der »blank« ist – in jeder Beziehung! Als Brigadisten haben wir zwei Monate in Nicaragua gelebt, gearbeitet und das Land bereist; wir haben beim Bau einer Schule in Masaya mitgeholfen, ihn mit Werkzeugen, Spendengeldern und unserer eigenen Arbeit unterstützt – und ohne uns anmaßen zu wollen, daß dieses Projekt ohne uns nicht zustandegekommen wäre, haben wir doch seine Realisierung beschleunigt und ein Stück weit mitgetragen, damit konkrete Solidaritätsarbeit geleistet und unsere Verbundenheit mit der Politik der Frente Sandinista de la Libération Nacional nicht in Verbalradikalität erstickt.

ANGELIKA HUBER

MÜNCHEN

Es ist lange her, seit ein deutscher Erfolgsdichter sich nicht seinen Nabel, sondern die tatsächlichen Kämpfe in der Welt angeschaut hat. Beim derzeitigen Zustand des hiesigen Literaturbetriebs erfordert so eine Selbstverständlichkeit wohl schon Mut? Eine ketzerische Frage: Wenn Raddatz wg. Goethe jetzt sowieso erst mal nicht mehr schreiben darf, warum geht er – zur Bewährung! – nicht nach Nicaragua?

MARKUS PETERSEN

Z.ZT. HAMBURG

DEUTSCHLAND 1

KONKRET 10/85: »Aus dem Gully in den Weltraum« von Carl L. Guggomos

Aus eurer Geschichte über den bundesdeutschen Astronauten Reinhard Furrer muß man den Schluß ziehen, daß dieser entweder selbst einen DDR-Vopo erschossen oder dazu Beihilfe geleistet hat. Da ich in der ganzen Fernseh-Berichterstattung über die deutschen Raumfahrer kein Wort von dieser gravierenden Beschuldigung gehört habe, frage ich euch: Ist Furrer inzwischen gerichtlich gegen KONKRET vorgegangen? War euer Bericht eine Ente?

HANNSPETER HERZOG

FREUDENSTADT

Weder noch. Eine Illustrierte hat sich von KONKRET zu einer entschuldigenden Story animieren lassen und der »Spiegel« hat beide – schön distanziert – ein bißchen abgekupfert. Richtig bleibt, was in KONKRET stand – Die Red.

Konkret 12/85, S. 8

Hermann L. Gremliza

Von Knuschel und Schaschel

Der Streetfighter ist also Minister geworden, kein Jahr nachdem er in KONKRET beteuert hatte: »Daß ich unbedingt Minister werden will, ist doch lächerlich, das könnte der Otto, ich nicht.« Der grüne Bundestagsabgeordnete Suhr empfängt den Redakteur der »Bild«-Zeitung zum Interview: »Ich könnte mir vorstellen, daß die Grünen vier Ministerinnen und Minister haben wollen: Etwa ein Frauenministerium, ein Umweltressort, das Auswärtige Amt. Oder die Ministerien für Verkehr, Innen und Agrar. Als Gegenstück zum Verteidigungsministerium wollen wir auch ein Amt für Friedenspolitik... Wir haben kein Interesse daran, die Unternehmen zu ruinieren.« Der unbändige Cohn-Bendit malt ein neues Spruchband: »Wir müssen jetzt die Frage nach einer demokratischen Partei stellen.« Peter Collier und David Horowitz, einst »neue« US»Linke«, jetzt Reagan-Wähler, proklamieren die Trennung »von der Romanze mit dem ganzen Dritte-Welt-Rummel, der Nachsicht gegenüber dem sowjetischen Totalitarismus und dem überkritischen und überdramatischen Antiamerikanismus«.

Was ist denn bloß passiert? Leben die Neger in Saus und Braus? Ist Stalin wiederauferstanden? Haben die USA aufgehört, die halbe Welt auszuplündern? Dienen Regierungen, Parlamente, Polizei und Militär neuerdings den Beherrschten? Ist »Bild« enteignet? Haben die Unternehmer die Front gewechselt?

Es ist etwas passiert, nämlich von allem so ziemlich das Gegenteil. Erklärt das die Verwandlung einstiger Systemgegner in sanft opponierende oder nur noch akklamierende Mitmacher? »Meine Biografie hat Brüche«, sagt der Joschka zum »Spiegel«-Reporter. Das ist ein nützlicher Hinweis: Psychologie scheint im Spiel zu sein.

Es zeigt sich nämlich, daß dieses in den Siebzigern so in Schwang gekommene Fach, dem staatserhaltende Kommentatoren zersetzende, ans Bolschewistische grenzende Wirkungen unterstellt hatten, als bürgerliche Entschuldigungswissenschaft beste Dienste zu tun vermag. Wie hatten sich die Alten, die überall dabeigewesen waren, noch vor dem Vorwurf gekrümmt, ihr Mäntelchen nach dem Wind gehängt zu haben? Wie leidet der bekannte Gegner des Privatfunks Helmut Schmidt noch heute, wenn er als Moderator bei »SAT I« ein paar Mark abgreifen will? »Man muß sich unter den jetzt gültigen Spielregeln einrichten«, sagt er, und eine bessere Entschuldigung hatte auch Kiesinger für seine Tätigkeit im Ministerium Ribbentrop nie.

Hingegen: biografische Brüche – da waltet ein schuldunfähiges Es, da stehen mißglückte Ablösungsprozesse von der Mutter, anale Phasenverschiebungen und pränatale Ich-Schwächen zur bildungstiefen Diskussion, in welcher als traditionalistischer Widerling auffiele, wer so humorlose Begriffe wie Überzeugungstreue oder Opportunismus hervorkramen wollte. »Brüche« sind komplex und interessant, das »Gebrochensein« ist künstlerisch wertvoll. Psychoanalyse statt Spruchkammerbescheid! Da muß jemand was dazugelernt haben.

Damals, in den Jahren 68 folgende, hatte die Herrschaft das, was man heute ein echtes Problem nennt: Wie sollte sie ihren Nachwuchs, dem von ihr und ihren Taten ein bißchen übel geworden war und der deshalb fast geneigt schien, mit feindlichen Mächten sich zu verbünden, an die heimischen Kochtöpfe zurückholen? Der schlichte Aufruf, sich zu benehmen und, satt Ho-ho-ho zu grölen, lieber Hört-hört dazwischenzurufen, mußte die empfindsame Psyche der meisten Jungen überfordern. Sanfte Übergänge waren das Gebot der Stunde. So erdachte und propagierte man (»man« war zu jener Zeit: der sozialdemokratische Weltgeist) sog. »neue soziale Bewegungen«, die jede Verbindung zu Ideologie oder Organisationen des Klassenfeindes kappen würden, jedoch hinreichend rebellisch erschienen, um auch bekannten Steinewerfern einen Anschluß ohne Gesichtsverlust zu erlauben.

Mit einer Hingabe, derer die in Gewerkschaften organisierte Minderheit nie teilhaftig wurde, widmeten die Medien, und insbesondere die Anstalten des Staatsrundfunks, jeder Regung jeder »neuen sozialen Bewegung« äußerste Aufmerksamkeit: ob Indianertanz vor der Gedächtniskirche (»Tunix-Kongreß«), Renovierung von Altbauten durch Assistenzprofessoren (sog. »Häuserkampf«) oder Gründung sowie Auf und Ab einer entsprechenden Tageszeitung - Mikrophone und Kameras waren dabei, den Ernst des jeweiligen Anliegens zu dokumentieren. Die geradezu penetrante Bereitschaft von Moderatoren und Bundesgeschäftsführern, auch für ungezogene Auftritte und nicht ganz »gewaltfreie« Aktionen Verständnis zu bekunden, kontrastierte übrigens sehr augenfällig mit der Entschlossenheit, den Anhängern einer älteren sozialen Bewegung den Weg von der Kandidatur fürs Studentenparlament zur Anstellung im städtischen Kindergarten rigoros zu **ver**sperren.

Der Geniestreich war schließlich die Gründung einer Partei, die den Rest des in Gorleben oder an der Startbahn West trotz alledem zu beobachtenden Widerstands ins Parlament ziehen und dort zersetzen sollte. Ganz langsam, natürlich, denn man wollte nicht den spektakulären Umfall, der den Charakter der Operation so kurz vor ihrem erfolgreichen Abschluß enthüllt hätte, sondern kleine Brüche, die sanfte Geburt des Alten aus dem Neuen. Die neue Partei mußte eine Nicht-Partei-Partei

sein, nur der parlamentarische Arm der Bewegung, der keine Karrieren duldet noch Pfründe zuteilt. Und erst viel später, kommt Zeit, kommt Unrat, sollte sie im System aufgehen.

Das hat nun leider nicht geklappt. Kaum drei Jahre nach dem Einzug in den Bundestag wedelt der Schwanz schon mit dem Hund, können die neuen sozialen Bewegungen das Bein nicht mehr heben, juckt ab und an noch ein übergesprungener Floh, doch wie man sagt: Stelle merken und waschen – im nächsten Bundestag werden wieder saubere Verhältnisse herrschen.

Das war vorauszusehen und wurde hier, lange vor den großen Wahlerfolgen, vorausgesagt (worauf ich nicht besonders stolz bin, denn dazu brauchte man wahrlich nicht immer mit dem Diamat unterm Arm herumzulaufen; es genügte die Lektüre der Kontaktanzeigen in den Szeneblättern, wo im »Oxmox« der oder die »Knuschel« seine oder seinen »Schaschel« sucht wie im Lokalanzeiger der Schmusekater sein Mäuschen, und der ganze alternative Rummel sich als die kindische Version des herrschenden erweist; wer sich's noch leichter machen wollte, konnte die Zukunft der Grünen am Beitritt des Cohn-Bendit ablesen: der korpulente Avantgardist ist naturgemäß ein wenig kurzatmig und kann darum nur auf Züge aufspringen, die schon entgleist sind).

Spannend ist nicht mehr, wann und wie die Pleite kommt, sondern wer was aus der Konkursmasse retten wird: für eine Opposition mit Rückgrat, die auf Kopf statt auf Bauch, auf bewußte Klasse statt auf irgendwie unheimlich betroffene Masse, auf polizeiwidrige Analyse statt auf staatlich approbierte Apokalypse setzt. So laßt uns denn ein Apfelbäumchen fällen.

Konkret 12/85, S. 10

Magazin

Ein kleiner Sieg

Einen kleinen Sieg errang die Anti-Apartheid-Bewegung zusammen mit Dennis Brutus in Zürich. Der mittlerweile 61jährige Schriftsteller aus Südafrika – im Exil seit 1966, jetzt Literaturprofessor in den USA – war nach Zürich eingeladen worden, doch die Schweizer wollten ihn auf dem Flughafen Kloten nicht ins Land lassen, weil er keinen ordentlichen Pass, sondern nur einen Flüchtlingspass der USA vorweisen konnte. Zur gleichen Zeit, da Brutus im Flughafen festsaß, demonstrierten Tausende in der Innenstadt Zürichs gegen das Apartheid-Regime.

Als bekannt wurde, daß man Brutus festhielt, blockierten die Demonstranten den Paradeplatz in Zürich mit dem Hinweis, daß sie die noble Ecke – rechts'ne Bank, links'ne Bank, vorne wie hinten 'ne Bank und der Himmel eine einzige Sicherheitszone – erst verlassen würden, wenn Brutus einreisen dürfe. Nach zwei Stunden beharrlichen Wartens wurde Brutus in einem Polizeifahrzeug, eskortiert von Streifenwagen, zu den Demonstranten gebracht. »Es war ein kleiner symbolischer Sieg«, sagte er, als er sich für das Engagement bedankte.

Rechtfertigung

Für den Zeitungsfahrer, der am 18. Mai 1984 während des Arbeitskampfes in der Druckindustrie vor dem Stuttgarter Druckzentrum den Bezirksvorsitzenden der IG Druck und Papier, Horst Bekel, überfuhr und lebensgefährlich verletzte, wird es nach der Entscheidung des Vorsitzenden des Stuttgarter Schöffengerichts kein strafgerichtliches Nachspiel geben. Die strafrechtliche Verfolgung dieses Gewaltaktes war mit der Begründung abgelehnt worden, daß der Fahrer lediglich einen Angriff der Streikposten abgewehrt habe. IG Druck und Papier werden Beschwerde gegen diesen Beschluß einreichen.

Fortschritt

»L'Unità«, Zentralorgan der Kommunistischen Partei Italiens veröffentlicht seit dem 1. Oktober regelmässig die Kurse der Mailänder Börse.

RÜCKSCHRITT

»L'Humanité«, Zentralorgan der Kommunistischen Partei Frankreichs, monierte noch dem Kongreß der Sozialisten, der Mitte Oktober in Toulouse stattgefunden hatte daß die sozialistischen Delegierten nicht, wie sonst üblich, die »Internationale« zum Abschluß des Kongresses gesungen hätten. Ärgerlich, daß die 1.200 Delegierten, die sich am gleichen Wochenende in Nanterre zu einer nationalen Konferenz der KPF versammelt hatten, das Lied auch nicht über die Lippen brachten.

Atomspray

Gar nicht zimperlich wirbt Bayer in der Dritten Welt für das Anti-Insekten Mittel Baygon. In der französischsprachigen Zeitschrift »Afrique-Asie« knallt man den Lesern gleich die »Force de frappe«, Synonym für die französische Atomstreitmacht, um die Ohren. Auch die sonstigen Sprüche bedienen sich der Assoziation zu einer absolut tödlichen Waffe. Im »alltäglichen Kampf« trägt »Baygon den Sieg davon«, weil es eine schnelle Waffe »von Dauer« ist. Bayer feiert den Endsieg. Kaum ist der Spray raus, spreizen sich die Finger auch zum schon zum V.

Schöne Hilfe

20 Prozent der Hochschulabsolventen aus Asien, Afrika und Lateinamerika bleiben auch nach dem Abschluß ihres Studiums in ihren nordamerikanischen oder westeuropäischen Studienländern. Das belegen UNO-Statistiken. Dieser »Brain drain« (Entzug der Gehirne) nimmt ständig zu. 1960 rechnete man noch 12.000 abgeworbenen Hochschulabsolventen pro Jahr. In den siebziger Jahren waren es durchschnittlich bereits 30.000, gegenwärtig sind es

jährlich etwa 50.000 diplomierte oder promovierte Experten, die nicht in ihr Heimatland zurückkehrten. Bei dem US-Großkonzern General Electric stammt mittlerweile jeder vierte Ingenieur aus einem Entwicklungsland. Die Stipendien, die ihnen als »Entwicklungshilfe« gewährt worden waren, erweisen sich in diesen Fällen als eine doppelt profitable Investition: Die Stipendiaten arbeiten sie gewinnbringend für ausländische Unternehmen ab und ihre Heimatländer müssen die Kredite, aus denen sie das Studium finanzierten, mit Zinsen zurückzahlen.

Pleiten und Patronen

In den ersten fünf Monaten dieses Jahres ist die Zahl der Firmenauflösungen in Südafrika um 107 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen – von 546 auf 1.123. Doch es gibt auch Firmen, die in der Krise erst aufblühen: Stuttafords Van Lines, Südafrikas größtes Möbelspeditionsunternehmen hat die Umsätze in einem Geschäftsbereich um 60 Prozent gegenüber dem Vorjahr erhöhen können: Während die Inlandsumzüge stagnierten bzw. zurückgingen, legte die Firma im Auslandsgeschäft zu – durch die wachsende Zahl der Auswanderer nach Großbritannien, Australien und in die USA.

»Wenn es die Aufstände nicht gäbe, so hätten wir nicht das Geschäft, das wir jetzt haben«. Zitat eines Waffenhändlers in Johannesburg. Während der Kauf von Sportwaffen zurückgeht, gibt es einen »Boom« bei Selbstschutzwaffen. Zu den meistgekauften Waffen gehört ein kurzläufiges Schrotgewehr. Ein Händler in Durban berichtet der Zeitung »Weekly Mail«, er habe neulich praktisch dem gesamten Parlament von KwaZulu solche Gewehre gekauft.

Zum Siebten

Der erste indische Schnelle Brüter ist jetzt in Kalpakkam bei Madras in Betrieb genommen worden. Indien ist damit das siebte Land in der Welt, das sich eine derartige Anlage, die mit Plutonium gefahren wird, hingestellt hat.

Grünes AKW

Ein neugegründetes Komitee »Initiative Österreich 2025« will das einzige österreichische Atomkraftwerk, die nach einer Volksabstimmung eingemottete Anlage in Zwentendorf, kaufen. Die Bevölkerung ist aufgerufen worden, Anteilscheine zu erwerben. Gleichzeitig wurde ein internationaler Ideenwettbewerb ins Leben gerufen, bei dem Möglichkeiten zur Verwendung des Gebäudes als Ökologie- und Friedenszentrum gesammelt werden sollen.

DIE BOMBE

Dr. Roland Kollert ist Leiter der Einsatzabteilung beim Polizeipräsidium München. Und Major der Reserve Als solcher auch gelegentlicher Autor in der »Europäischen Wehrkunde«, einem offiziösen Blatt der Bundeswehrführungsakademie. Im Januar 1984 mochte sich Kollert seine Gedanken über deutsche Atomwaffen. Zitat: »Nicht sinnvoll wäre die Wiedergeburt einer Fiktion des Inhalts, daß sie – die Bundesrepublik – 'mitwirkt', während es in Wirklichkeit so ist, daß nur der amerikanische Präsident über den atomaren Einsatz entscheidet. Einfach ausgedrückt, cruise missile oder Pershing II einschließlich Sprengkopf in deutscher Hand.« In deutscher Hand befand sich Münchens Szene nach der Anti-WAA-Demonstration am 12. Oktober im Stadtteil Haidhausen: Prügelorgien, Massenfestnahmen, Hausdurchsuchungen, der ganze Stadtteil war abgesperrt. Einsatzverantwortlicher war Dr. Roland Kollert, der Mann, dessen Finger gern an den Abzug jener Bombe möchten, die mittels WAA und Brüter ermöglicht wird.

Sammeln

Mit großformatigen Anzeigen in »Welt, »FAZ», und »Bild« rief am 15 Oktober eine »Bürgergruppe Patrioten für Deutschland« zu einer »überparteilichen Sammlung« auf »Das große Problem« besteht für sie darin, »daß die von der Bundesregierung versprochene Wende nicht stattgefunden hat«. Weiter wird gewarnt. »Wenn die SPD unter ihrer heutigen Führung an die Macht käme, wäre ein Austritt aus der Nato gewiß. Mit der Veröffentlichung der skandalösen von Bülow-Thesen hat die SPD-Spitze nun endgültig ihre Maske fallengelassen. Die Vorstellung eines 'neutralen Mitteleuropas' ist eine Illusion. Wir würden für immer in russische Abhängigkeit geraten «

Kernpunkte des eigenen Programms »Ein deutliches Nein zur Abkoppelung vom Westen! Ein rot-grünes Regierungsbündnis in Bonn muß verhindert werden.« Ein festes »Bündnis mit Amerika als einzigem Garanten unserer

Freiheit. Das schließt die volle Kooperation der Bundesrepublik Deutschland bei der amerikanischen Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) ein.«

Wer steht hinter dieser angeblich »überparteilichen« Sammlung? Helga Zepp-La-Rouche, Vorsitzende der aus den USA kommenden rechten »Europäischen Arbeiterpartei« (EAP), führte in Washington mit dem Vertriebenenfunktionär und Rechtsideologen Prof Emil Schlee, dem die Union zu versöhnlerich ist, Vorgespräche für diese deutsch-amerikanische Initiative. Im Hintergrund stehen US-Kreise, vor allem die Bewegung »Peace through Strength« (Frieden durch Härte) unter Milton Croom. Weitere Unterzeichner die Journalisten Angelika Raimondi und Rainer Apel (EAP-Landtagskandidat) und der Geschäftsführer Michael Liebig. Verschwiegen wird, daß sie allesamt Mitarbeiter des EAP-eigenen Nachrichtendienstes »Executive Intelligence Review« (EIR) sind. Unter der angegebenen Telefonnummer meldet sich der Journalist Hassmann, auch EIR-Mitarbeiter. Die Nummer ist identisch mit der des »Schiller-Instituts«, einer EAP-Gründung in Hannover, zu deren Beisitzern der Soziologieprofessor Erwin Scheuch zählt. Ferner unterschrieben neben Helga Zepp-La Rouche der langjährige Direktor des Würzburger »Instituts für Staatslehre und Politik« (ISP), Freiherr von der Heydte, hinreichend bekannt, sowie Admiral a D Zenker.

Geknackt

Schüler der Wanne-Eickler Gesamtschule staunten nicht schlecht: Videospiele, die gerne untereinander getauscht werden, wiesen plötzlich einen Vorspann auf, der nicht von den Herstellern stammt. So war das ansonsten harmlose Spiel »Henry's House« geknackt und mit dem Vorspann »cracked für great union – Aktion deutsche Einheit und Antitürken« versehen worden, den sich jeder reinziehen muß, der dieses Spiel spielen will.

VERWEIGERUNG

Ein Pinneberger Drucker, der drei Jahre arbeitslos war, weil er sich geweigert hatte, neofaschistische Werbeprospekte für einen Hamburger Verlag zu drucken, gewann den Rechtsstreit in dritter und letzter Instanz vor dem Bundesarbeitsgericht (BAG), nachdem zuvor in den unteren Instanzen die Kündigung ob seiner Weigerung für rechtens erklärt worden war. Das BAG berief sich auf ein Urteil aus dem Jahre 1960, in dem es heißt: »Es geht vielmehr darum, daß kein Bürger der Bundesrepublik nach seinem Arbeitsvertrag verpflichtet sein kann, für eine Zeitschrift auch nur im geringsten tätig zu werden, die den freiheitlich demokratischen Rechtsstaat angreift, oder das blutbefleckte Gewalt- und Unrechtsregime des Nazismus verherrlicht oder verharmlost. Ein Arbeitnehmer hat bei einem derartigen Verlangen seines Arbeitgebers das Recht und auch die Pflicht, eine solche Tätigkeit abzulehnen.«

Abgerundet

Im Oktober, so meldete es die Nürnberger Bundesanstalt, sei die Arbeitslosenzahl um 2.758 auf 2.148.819 zurückgegangen. Die Arbeitslosenquote verringerte sich von 8,7 auf 8,6 Prozent. Oder andersherum gesagt 2.151.577 Arbeitslose im September waren 8,7 Prozent, ober 2.148.819 Arbeitslose im Oktober sind dann eben nicht 8,6 Prozent, sondern 8,68 Prozent, und da ist es dann nur logisch im Sinne der öffentlichen Rechenkunststücke, daß mal schnell abgerundet wird.

Zum Wohle

Manche US-Amerikaner behaupten, die Wohltätigkeit hätte in ihrem Lande Tradition. Tatsächlich hört man des öfteren von Veranstaltungen, die der Wohltätigkeit dienen sollen, bei denen sich eine erkleckliche Anzahl reicher Leute an einen mit Delikatessen überladenen Tisch setzt und sich aus sozialer Verantwortung die Bäuche vollschlägt. Der Erlös solchen Tafelns bei dem zwar erhöhte Preise verlang; werden, die aber andererseits in den Portemonnaies der Gäste keine sichtbaren Spuren hinterlassen, soll dann den Armen zur Verfügung stehen.

In Marshfield (US-Bundesstaat Massachusetts) übte man Wohltätigkeit auf neue Weise. Zum angeblichen Wohle von Jugendheimen bewarfen sich 500 Gäste gegenseitig mit rund 5000 Torten.

BEDROHUNG

Ausgerechnet Bertelsmann, bundesdeutschen Gigant in allen Medien und Kanälen, läßt durch seinen Chef der Verlagsgruppe, Ulrich Wechsler, verbreiten, daß die Bedrohung des Buches durch das Fernsehen ständig anwachse, weil

die Lust zum Bücherlesen bei ständig steigendem Fernsehkonsum nicht zunimmt. Dem sei entgegenzutreten, der *Nichtzunahme* der Leselust, aber so recht wisse man auch noch nicht wie der zu befürchtende Zerfall der Lesekultur aufgehalten werden könne, sprach der sich vegetarisch gebende Metzger.

Pleitenfall

Die Zahl der Konkurse US-amerikanischer Banken steigt weiter. Für dieses und das kommende Jahr rechnen die Bankaufsichtsbehörden mit einem neuen Höchststand von jeweils 100 und mehr Pleiten. Wie bei einer Anhörung im Kongreß verlautete, trifft die Bankenversicherung FDIC bereits Vorkehrungen um bis zu 200 bankrotte Kreditinstitute auffangen zu können. Besonders brisant ist die Situation bei den Sparkassen: die Zahl der Problemfälle unter den Sparkassen wurde auf 656 mit einer Gesamteinlage von 198 Milliarden Dollar beziffert. Experten rechnen damit, daß rund ein Drittel der 3.150 von der Versicherungsbehörde gedeckten US-amerikanischen Sparkassen bis zum Ende des Jahrzehnts verschwunden sein werden.

Aus Versehen

Aus »Versehen« warb die Bank für Gemeinwirtschaft, Zweigstelle Mannheim, statt für kanadische »Maple Leaf« für südafrikanische Krüger-Rand. Ex-DGB-Vorsitzer Heinz Oskar Vetter sah's und kommentierte: »Eine Schweinerei«.

Soll nicht mehr vorkommen, denn »die BfG hat die Krügerrandmünzen seit vielen Jahren aus ihrem offiziellen Verkaufsprospekt für Goldmünzen gestrichen und verzichtet auch seit einiger Zeit auf eine Verkaufswerbung in ihren Kassenhallen. Unter anderem haben wir durch diese Maßnahmen bewußt eine erhebliche Reduzierung der Absatzzahlen in Kauf genommen...«, so die Zentrale der Bank. Weiter drin, im offiziellen BfG-Prospekt, sind »100 Pesos« – die kommen aus Chile.

Kleiner Joke

Im australischen Queensland hoben Urlauber die Möglichkeit, ihre reichliche Freizeit mit einem ganzen besonderen und völlig neuen Sport totzuschlagen: Liliputaner-Weitwurf, nennt sich die Disziplin, in der genau das geschieht, was der Begriff vorgibt. Liliputaner deren Kopf man in einen Schutzhelm gesteckt hat, müssen in einem hohen und weiten Bogen auf eine Matte geworfen werden. Der Erfolg dieses Spiels sei beträchtlich. Die Organisatoren überlegen bereits, ob sie mit ihren lebenden Wettkampfgeräten nicht eine Europatournee starten sollten. Im Europäischen Parlament hat eine italienische Abgeordnete auf dieses Freizeitvergnügen aufmerksam gemacht.

Besatzer

Mit einer Maschinenpistole, die nach offiziellen Angaben allerdings ungeladen war, hat ein britischer Soldat während des Manövers »Quarter Final« einen Landwirt in Neersen bei Hameln bedroht. Es kam zu der Bedrohung, weil der Sohn des Landwirtes Kennzeichen britischer Fahrzeuge notiert hatte, die – so wie es in Kriegszeiten halt üblich ist – Zäune durchbrochen hatte, ohne vorher auch zu fragen, ob das denn gestattet sei. Ungeklärt ist auch, ob es sich bei den Fahrzeugen überhaupt um geladene Fahrzeuge handelte.

UMVERTEILUNG

Innerhalb des Regierungsprogramms zur Wiederansiedlung landloser Bauern haben in Simbabwe in den zurückliegenden fünf Jahren 36.000 Familien eigenen Grund und Boden erhalten.

Ein bißchen Haft auf Bewährung

Mit sieben Monaten Haft zur Bewährung und einer Geldbuße von 2000 DM – zu zahlen an eine Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit – kam ein 25jähriger Münchner davon, der Aufkleber mit Hakenkreuzen und antisemitischen Aufschriften wie »Kauft nicht bei Juden« verteilt und an öffentliche Gebäude geklebt hatte. Der Angeklagte war Mitglied der ANS und der FAP. Das Gericht entschloß sich nach eigenen Angaben zur Strafaussetzung auf Bewährung, weil der Angeklagte nach seinen eigenen Worten inzwischen aus der FAP ausgetreten und mit einer jungen Frau verlobt sei, »die recht resolut zu sein scheint.« Aha.

Wie gehabt

Als am 30. Mai 1984 im Grenzgebiet zwischen Nicaragua und Costa Rica während einer Pressekonferenz des Contra-Führers Eden Pastora eine Bombe hochging – zwei Menschen wurden getötet, andere verletzt – wurde dieser Anschlag den Sandinisten untergeschoben. Die mühsame Recherchen eines Journalistenteams von ABC haben nun ergeben, daß es doch ein wenig anders war: Das Attentat wurde vorbereitet und durchgeführt von einer Gruppe der FDN. Eine zentrale Rolle spielte dabei ein US-Amerikaner, John Hull, der in Costa Rica eine ein größeres Anwesen besitzt, das den Contras der FDN als logistisches Zentrum diente mit der Gewissheit, daß ranghohe Militärs Costa Ricas nicht nur um das Vorhaben wußten, sondern es billigten und unterstützen. Die Mittel für das Attentat – 50.000 Dollar – wurden bereitgestellt von einer Person, die eingeschworen ist auf eine Organisation mit drei Buchstaben. Der erste ist ein C.

Konkret 12/85, S. 16

Otto Köhler

Ab marsch nach Bergen-Hohne

Die Bundeswehr feierte sich selbst an einem Ort, der gar nicht erst so tut, als hätte es Bergen-Belsen nicht auch gegeben. Der Affront gegen die Opfer war beabsichtigt, die Tradition der Täter sollte beschworen und mit einer ordentlichen Parade gewürdigt werden. Otto Köhler war bei der Geburtstagsfeier dabei

Helmut Kohl kam uniformiert im Bundeswehr-Parka. Sein Genscher auch. Bundesinnenminister Friedrich Zimmerman übertraf beide. Er hatte sich das GI-Käppi des Großen Bruders von der anderen Seite des Ozeans aufs deutsche Haupt gesetzt. Doch beim Besuch von Bundeskanzler und Bundeskabinett zum 30. Geburtstag der Bundeswehr fehlte ein ganz besonderer Minister, obwohl eigentlich Präsenz angesagt war: Norbert Blüm. Es mochte damit zusammenhängen, daß der Ort des lautstarken Geschehens, der Truppenübungsplatz Bergen-Hohne unmittelbar neben dem KZ Bergen-Belsen – dem ehemaligen – liegt. Denn von Blüm stammt das immer noch passende Wort: »Ob einer im KZ Hitler gedient hat oder an der Front, macht in meinen Augen nur einen graduellen Unterschied aus. Das KZ stand schließlich nur so lange, wie die Front hielt.«

Die Front bei der ebenso lärmenden wie lächerlichen Gefechtsübung mit Panzern und Infanterie – wir leben im Pershing-Zeitalter – diese Front ging quer durch den Truppenübungsplatz Bergen Hohne. Der Feind, der – wie es auf dem Lautsprecher hieß – »geworfen« wurde, siegreich, hatte offiziell keinen Namen mehr. Er war, wie mir ein Presseoffizier sagte, »anonym«.

Für Helmut Kohl aber war die Feindlage klar. Er hat das feierliche Gefecht und die Truppen-Parade zum 30. Geburtstag der Bundeswehr gewiß nicht deshalb in Bergen-Hohne veranstalten lassen, weil dieser Truppenübungsplatz »birnenförmig« ist, wie ein anderer Pressebetreuer in Uniform dezent andeutet.

*

Es gab einen ernsten Grund: Die Parade von Bergen-Hohne war eine zusätzliche Wiedergutmachung für den Staatsbesuch in der Gedenkstätte Bergen-Belsen, den sich Kohl von den Reiseplanern der US-Präsidenten im Frühjahr abhandeln ließ. Zuvor hatte der Kanzler sich schon energisch einen Besuch im KZ Dachau verbeten.

Als in den USA klar wurde, daß Kohl statt Dachau den SS-Friedhof Bitburg ausgesucht hatte, mußte zur Kompensation Bergen-Belsen her. Und das sitzt bei Helmut Kohl, der damals, wie inzwischen die ganze Welt weiß, doch wirklich erst fünfzehn war, immer noch tief.

Das Gedenken in Bergen-Belsen war mit dem gemeinsamen Besuch auf dem SS-Friedhof in Bitburg allein nicht wiedergutgemacht. Es mußte noch einmal klargestellt werden, daß die kleine Geste für die Opfer kein Affront gegen die Mörder sein sollte. Und da hatte es auch noch nicht gereicht, daß die Bundeswehr dem DGB verbot, am 8. Mai Kränze in der Gedenkstätte Örbke niederzulegen, wo 34.000 von den rund 50.000 in Bergen-Belsen umgebrachten sowjetischen Kriegsgefangenen liegen. Der Friedhof ist vom Truppenübungsplatz okkupiert, und die Herren von der Bundeswehr hatten für den 8. Mai eine dringliche Übung im Scharfschießen vor.

Nein, auch das genügte nicht – Helmut Kohl ist ein Kanzler der mächtigen Gesten – diese Jubel-Parade, diese hinreißende Gefechtsübung genau neben dem KZ, wo viele zehntausend Menschen elend zugrundegingen, dieser Triumph für die Rechtsnachfolger der Mörder mußte auch noch sein: Was den einen Bergen-Belsen, ist den anderen Bergen-Hohne.

*

Als kulturelles Beiprogramm zum großen Fronttheater von Bergen-Hohne hatte sich die Brecht-Tochter Hanne Hiob mit einer Schauspieltruppe aufgemacht. Sie wollte in der Inszenierung von Thomas Schmitz-Bender (»Der anachronistische Zug« für Strauß 1980 und Carstens 1979) ihres Vaters »Legende vom toten Soldaten« aufführen, aber sie erntete nur Verbote.

Das Gedicht *(»Und als der Krieg im vierten Lenz/Keinen Augenblick auf Frieden bot/Da zog der Soldat die Konsequenz/Und starb den Heldentod«)* schildert wie der Soldat des Ersten Weltkriegs von einer militärischen ärztlichen Kommission ausgegraben und kriegsverwendungsfähig geschrieben wird – ein angemessener kultureller Beitrag also zum 30. Geburtstag der Bundeswehr. In Bitburg, wo im Mai Kohl und Reagan ihre Show auf dem Heldenfriedhof veranstalten durften, hatte die Stadtverwaltung plötzlich Geschmacksbedenken: »Es ist mit Sicherheit davon auszugehen, daß die Darstellung als Herabwürdigung des Andenkens der Toten verstanden wird« und deshalb sei sie mit der »Würde des Ortes« nicht vereinbar.

Welche Passagen des Gedichts gegen die Ortswürde verstoßen, daß wollte Bürgermeister Theo Hallet (CDU) nicht sagen, er berief sich vielmehr auf eine Gerichtsentscheidung, wonach die »szenische Darstellung eines Gedichts« auf einem Friedhof »regelmäßig der Benutzungsordnung« widerspreche. Eine Aufführung benutze nämlich den Friedhof »als Mittel

für die wirkungsvolle Teilnahme am Kampf um die öffentliche Meinungsbildung« und sei deshalb zu verbieten. Dann hätten auch Kohl und Reagan in Bitburg verboten werden müssen? »Den Vergleich lehne ich ab«, sagt mir Bürgermeister Hallet am Telefon und möchte sich mit mir darüber nicht mehr unterhalten.

*

Bitburgs Heldenfriedhof ist eben nur für die SS und ihre Freunde da. »Lieber Peter«, so hängt ein Schild am Grabstein des 18jährigen Kanonenfutters Peter Meid, der sich noch auf dem Friedhof in Großbuchstaben als »SS-SCHTZ« denunzieren lassen muß, »Lieber Peter, Du hast Dein Leben gegeben für Dein Vaterland. Nun ist Frieden über Deinem Grab. Am 5. Mai 1985 haben Bundeskanzler Kohl und der amerikanische Präsident Ronald Reagan diesen Soldatenfriedhof besucht als Zeichen der Aussöhnung und Freundschaft unserer Völker..« Und so weiter im langen Text. Mit diesem Schild empfiehlt sich ein Parlamentarier zur Wiederwahl. Es ist unterzeichnet: »Hans Josef Koggel, Mitglied des Landtags«. Man habe von dem Schild nichts gewußt und es sofort entfernt, als es entdeckt wurde, versichert mir die Stadtverwaltung, und ob das wirklich ein Landtagsabgeordneter war, wisse man nicht. Doch der rheinlandpfälzische Landtagsabgeordnete Koggel weiß es besser und versicherte mir, er habe der Stadtverwaltung von dem Schild und seinem Text Mitteilung gemacht und die habe ihm zurückgeschrieben, das Schild könne hängen, solange nicht weitere Anträge kämen.

Jetzt ist das Schild weg, damit der Helden-Friedhof nicht mit einem Brecht-Gedicht befleckt werde.

*

Drei Tage nach der geplanten und verbotenen Uraufführung im Heldenfriedhof Bitburg, findet eine Generalprobe der »Legende vom Toten Soldaten« in Bergen-Belsen und Osterholz statt. Die Inszenierung ist perfekt. Denn vom nahegelegenen Truppenübungsplatz Bergen-Hohne dröhnt wirklichkeitsgetreu der Geburtstags-Schlachtenlärm der Bundeswehr herüber. Und Helmut Kohl ist auch hier als gleichwertige Maske dabei. Bei der Aufführung der Bundeswehr fragt Helmut Kohl – der ohne Maske – händedrückend den braven Soldaten: »Was sind Sie für ein Landsmann?« Der hatte die richtige Antwort: »Ich bin Schlesier – das sollte man ruhig mal sagen.«

Manfred Wörner aber, der Kriegsminister, unterschlägt in seiner Rede einen Satz aus seinem schon an die Journalisten verteilten Textbuch: »...sind wir angetreten, das Erbe unserer Väter zu schützen.« War es Takt? Hat dieser Mann doch noch daran gedacht, daß gleich nebenan ein Väter-Erbe hunderttausenfach unter der Heideerde verscharrt ist? Oder war es nur ein Versehen?

Takt darf man dem begeisterten Rudel-Anhänger Wörner – und von Rudel führt der Weg direkt zum KZ-Arzt Mengele – sicherlich nicht einfach unterstellen. Ihm nicht, der als Wehrexperte der Union mit einem landauf, landab immer wieder verkündeten Standard-Satz das strategische Genie des Führers verherrlichte: »Die militärischen Erfolge der deutschen Wehrmacht gegen einen zahlenmäßig fast immer überlegenen, qualitativ fast durchgehend gleichwertigen Gegner beruhten vornehmlich auf der überlegenen, auch vom Gegner anerkannten Führungskunst auf allen Ebenen.«

Auf der hOchsten stand – das weiß der Reserve-Oberstleutnant Wörner genau – der Oberbefehlshaber des Heeres, Adolf Hitler. Und dessen Menschenverachtung ist dem Verteidigungsminister nicht fremd. Ich habe es selbst miterlebt, wie er eine Woche nach der Märzwahl '83 auf einer Siegesfeier der Freunde des erfolgreichen Marinerichters Filbinger vor Funktionären von Union und NPD und vielen Bundeswehroffizieren in Uniform im Rittersaal des Mannheimer Schlosses im Zusammenhang mit der »Nachrüstung« sein Christentum verkündete: »Wenn ich mich draußen mit den Gemeinden herumschlage, dann finde ich dort häufig genug ein Verständnis des menschlichen Lebens, mit dem ich große Schwierigkeiten habe – eine Verabsolutierung des Überlebens in einer Art und Weise, bei der ich mich manchmal frage, ob sie wirklich noch mit dem Grundgehalt des christlichen Glaubens übereinstimmt.«

*

Und da wir schon im Dunstkreis des furchtbaren Juristen sind, so sei zu Norbert Blüms Ehre vermerkt: Er hat den eingangs zitierten Satz über die KZs, die an der Front verteidigt wurden, keineswegs in der Absicht gesagt, irgendeinen Mörder in Uniform zu kritisieren. Blüm schrieb seinen Satz im »Spiegel« nieder, um damit seinen Parteifreund, den Marinerichter, zu verteidigen, der bis zur letzten Kriegsminute Soldaten über seine scharfe Klinge springen ließ.

*

Die Mörder in Uniform sind tabu. Das mußte auch Lästerlyriker Hans Scheibner erfahren, als er in der NDR-Talkshow vor einem sorgfältig gesiebten Bundeswehr-Publikum mit Wörner an der Spitze sein Lysistrate-Lied vortrug von der großen Verweigerung und was daraus in unseren Tagen wurde: *»Die Frauen sind nicht zu retten / Sie schicken ihre Söhne in den Krieg / Und mit den Mördern liegen sie in den Betten«.*

Generalinspekteur Wolfgang Altenburg, der höchste Uniformträger der Republik, fühlte sich angesprochen: »Unsere Frauen verweigern sich nicht!« »Ja! Bravo« schrie die anwesende Bundeswehr-Meute. Und Johannes Steinhoff, einst Hitleroberst, dann einer der höchsten Bundeswehrgenerale, schließlich Aufsichtsratsvorsitzender bei Dornier, dessen Mentalität offenbar wurde, als er gegenüber dem Moderator darauf beharrte, er habe nicht, wie der behauptete 167, sondern

vielmehr 176 Feindabschüsse getätigt, dieser Steinhoff, der im Bitburger Friedhofstheater als Händeschüttler vom Dienst auftrat, wollte es nicht hinnehmen, daß »die Frontgeneration kriminalisiert wird oder mit Schuldgefühlen herumlaufen muß«. Denn: »Als Goebbels den totalen Krieg verkündete, war das ganze Volk im Krieg!«

Und da hielt es auch den sogenannten Verteidigungsminister nicht länger: »Herr Scheibner, Sie könnten doch in dieser Talkshow überhaupt nicht auftreten, wenn es nicht die Soldaten der Bundeswehr gäbe, die Ihre Freiheit sichern.« Das Publikum gehorsamst: »Jawoll, bravo ! «

Einer dieser Freiheitssicherer ist der Ausbilder der Panzerpionier-Kompanie in BrannenburgDeggendorf, der 1978 seinen Rekruten erklärte, das wichtigste Werkzeug des Pioniers sei »die Kombizange, die wir brauchen, um den toten Russen die Goldzähne auszubrechen«. Kein Rekrut hatte sich darüber beschwert. Das Verteidigungsministerium unter dem – gegenüber Wörner noch gemäßigten – Hans Apel nannte den Mordaufruf des Stabsunteroffiziers lediglich eine »Entgleisung«.

Scheibners Lied aber hatte Folgen. Einer der Wörner-Offiziere, die seine Freiheit, in der NDR-Talkshow aufzutreten, gegen die Russen verteidigen, sagte ihm: »Das wird Herrn Korn interessieren. Da werden Sie wohl im 'Abendblatt' nicht mehr schreiben.«

Das Befehlen und Gehorchen funktioniert. Vier Tage darauf stand an der Stelle, an der sonst die Scheibner-Kolumne im »Hamburger Abendblatt« erscheint, eine Mitteilung des Stellvertreters von Chefredakteur Klaus Korn: »Diese Zeitung würde ihre Glaubwürdigkeit einbüßen, schwiege sie zu dem weitab aller Satire stehenden Scheibnerschen Angriff auf die Soldaten der Bundeswehr, die er mit kriminellen Gewaltverbrechern, Mördern auf eine Stufe stellt.« Die Scheibner-Kolumne ward seither im »Abendblatt« nicht mehr gesehen, seine ARD-Satiresendung »scheibnerweise...« wird nach den nächsten beiden Folgen abgesetzt – die Bundeswehr hatte ganz offensichtlich dem Ansturm der Russen gegen Scheibners Freiheit nicht standhalten können.

*

Ach ja, das wollen wir nicht vergessen: Jedesmal wenn bei der Parade der Mordwerkzeuge in Bergen-Hohne eine Truppenfahne vorbeigefahren wurde – und das geschah fünfmal – jedesmal erhoben sich fast alle Ehrengäste auf der Tribüne, einschließlich der meisten Journalisten: den Kotau vor dem Stück Tuch zu bekunden. Wer hatte, zog auch noch seinen Hut.

Die Fahne war wieder einmal wie es im bewährten alten Nazi-Lied heißt, mehr als der Tod. Denn keiner stand auf, alle blieben sitzen, als der Kanzler eher beiläufig, wie bei einer Pflichtübung noch schnell vermerkte: »Wir wollen diesen Geburtstag nicht feiern, ohne denen ein ehrendes Gedenken zu widmen, die in Ausübung ihres Dienstes ihr Leben gaben. 2.000 Soldaten der Bundeswehr waren es in 30 Jahren, die im Friedensdienst für unser Vaterland den Tod fanden.«

*

Friedensdienst – als ein Stabsoberjäger 1957 seine Soldaten durch die reißende Iller hetzte. Erfolg: 15 Tote und ein Verteidigungsminister Strauß der deswegen seine Hochzeitsfeierlichkeiten nicht unterbricht.

Friedensdienst – als im November 1960 ein Unteroffizier seinen Rekruten befiehlt: »Rechts wegtreten! Marsch, marsch!« Zwei gehorchten, traten nach rechts weg, stürzten in den Abgrund der Felsschlucht bei Unterjettenberg und sind tot. Der Unteroffizier war ortskundig.

Friedensdienst – als im August 1963 die Schleifer von Nagold den Rekruten Gerd Trimborn nach nur 25 Tagen Wehrdienst mit »Gewöhnungsmärschen« totmachten.

Friedensdienst – als 1965 der junge Joachim von Hassel von seinem Vater auf einem Starfighter in den Tod gejagt wird. Der erzreaktionäre Verteidigungsminister Kai Uwe von Hassel wollte beweisen, daß der Starfighter (bisher weit über 250 Abstürze) sicher sei.

Friedensdienst – ihn üben die mehr als 1.200 Soldaten, die Jahr für Jahr versuchen, sich der Bundeswehr durch Selbstmord zu entziehen.

Meine Herren, Minister, Generale und Offiziere: Sie haben sich auf ihrer Ehrentribüne *nicht* für die in der Bundeswehr umgekommenen Soldaten erhoben. Die danken Ihnen.

Konkret 12/85, S. 20

Tobias Thomas

Ab Marsch in die Betten

Nachdem die Hochrüstung der BRD durch die Stationierung der Pershings vorangebracht worden ist, wie es die USA befohlen hatten, zielt der nächste Schlag der Bonner Strategen auf die Zivilbevölkerung. Mit einem Zivilschutzgesetz, das vorerst noch im Referentenentwurf vorliegt, soll die umfassende Militarisierung vollendet werden. Die absehbaren Folgen sind gewaltig.

Geduldig arbeitet die Rechtsregierung dieser Republik an dem »Entwurf eines Zivilschutzgesetzes« (ZSG), nachdem der Bundestag im Juli 1980 ohne Gegenstimme eine Empfehlung des Innenausschusses zum Thema »Gesamtverteidigung« angenommen hatte, deren Aussage es war, »die Zivilschutz-Gesetzgebung zu vereinfachen und zu verbessern«. Doch eigentlich geht es um nichts anderes als um die totale Militarisierung der Gesellschaft, denn Zivilschutz ist fester Bestandteil der »zivilen Verteidigung«, die als zweite Säule neben der militärischen die sogenannte »Gesamtverteidigung« darstellt. Das ist keine bundesdeutsche Spezialität, sondern erklärte NATO-Doktrin.

In den mittlerweile drei Referentenentwürfen zum ZSG – der letzte vom November '84 – wird so gut wie alles und jeder verplant – natürlich nur, weil den Gesetzgeber die tiefe Sorge um unser aller Zukunft plagt. Kritiker sehen in der Gesetzesvorlage nur ein besonderes Element zur materiellen und ideologischen Kriegsvorbereitung der gesamten Bevölkerung. Der SPD-MdB Harald B. Schäfer brachte es auf die Formel »Der Volkssturm läßt durch die Hintertür grüßen!«

Die politisch wie militärisch brisanten Schwerpunkte dieses Gesetzesvorhabens liegen in mehreren Bereichen:

Das Kapitel **»Schutzmaßnahmen«** hat im wesentlichen eine Eigenverpflichtung zum Selbstschutz der Bevölkerung Betrieben und Behörden zum Gegenstand. Daraus wird u. a. abgeleitet, daß Gemeindegebiete in Wohnbereiche eingeteilt und Selbstschutzberater bestellt werden sollen. Was das in der Praxis bedeuten wird, hat das bayerische Innenministerium mit Schreiben vom 17.5.84 (also bevor der 1. Entwurf zum ZSG überhaupt vorlag !) an die Landratsämter und kreisfreien Städte bereits vorweggenommen: Die Selbstschutzberater haben eine Wohnbereichsbeschreibung zu erstellen und bereits in Friedenszeiten den Kontakt zur Bevölkerung herzustellen. Beurteilt man dies im Zusammenhang der vorgesehenen Einschränkungen von Grundrechten und verliert gleichzeitig andere Gesetzesvorhaben wie das Personalausweisgesetz oder das Volkszählungsgesetz nicht aus den Augen, so ergibt sich das Bild einer bis in die letzte Wohnung reichenden totalen Überwachung und militärischen Verplanbarkeit der Bevölkerung.

Die **»Schutzraumbestimmungen«** enthalten als Kernsatz die Bunkerbaupflicht für den »Neubau von Gebäuden, die ausschließlich oder überwiegend Wohnzwecken dienen...« und zahlreiche Anregungen und Soll-Vorschriften zum Bau von Schutzanlagen und auch der »Wiederherstellung früherer Schutzbauwerke als öffentliche Schutzräume«. Genauso wie beim Selbstschutz wird hier die Bevölkerung geistig und materiell an den Ernst-Fall gewöhnt und gezielt eingestimmt.

Im Unterabschnitt **»Aufenthaltsregelung«** ist verankert, was in der NATO »stay put-policy« (Bleib' zu Hause-Politik) genannt wird: Die freie Wahl des Aufenthaltsortes kann eingeschränkt werden. Wer dagegen verstößt, kann zwangsevakuiert werden. Dies gilt, wie offen im Text zugegeben wird, auch »für Zwecke der Verteidigung«. Das bedeutet, daß die Freiheit militärischer Operationen Vorrang erhält gegen mögliche Fluchtbewegungen der Zivilbevölkerung: »Stay put« heißt dann wohl eher »Stirb zu Hause! «

Als ob Krieg zu behandeln sei wie jede andere (Natur-)Katastrophe, werden nationale Hilfsgesellschaften und humanitäre Organisationen in den **»erweiterten Katastrophenschutz«** eingebunden. So nebenbei wird damit zum einen die ursprünglich strikte Trennung zwischen Zivilschutz und Katastrophenschutz aufgehoben, zum anderen stellen die Maßnahmen und Verpflichtungen zur Bereitstellung von Helferkontingenten Ergänzungen und Verstärkungen schon bestehender Katastrophenschutzbestimmungen dar, die aber im Rahmen der »zivil-militärischen Zusammenarbeit« (ZMZ) von zivilen Behörden die Durchführung militärischer Maßnahmen verlangen. Hier wird daran angeknüpft, daß die ZMZ auf Kommunalebene durch sogenannte »Ausschüsse für zivile Verteidigung« verankert ist, deren Aufgaben die FAZ (13.2.81) in bemerkenswerter Offenheit so beschrieb:

»In solchen Ausschüssen für zivile Verteidigung bei den Städten, Gemeinden und Kreisen werden seit jeher die zivilen Alarmpläne der Bundesregierung behandelt, die Weisungen für die zivile und militärische Zusammenarbeit im Verteidigungsfall durchgesprochen und auch Stabsrahmenübungen, etwa der Wintex-Kategorie, behandelt und gelegentlich mitvollzogen.«

Den Hauptverwaltungsbeamten kommt so die Aufgabe zu, als direktes Bindeglied zum Bundesverteidigungsministerium zu fungieren und dessen Anordnungen – etwa die Erklärung eines bestimmten städtischen Gebietes zum »Schutzbereich« – schon heute auf dem Verwaltungswege durchzusetzen.

Hinter dem Abschnitt **»Ergänzende Maßnahmen der gesundheitlichen Versorgung«** verbergen sich die Kernsätze des inzwischen wieder verworfenen Gesundheitssicherstellungsgesetzes: Neben der Planung von Kapazitätserweiterungen

durch Hilfskrankenhäuser und sonstige Versorgungseinrichtungen ist besonders die

personelle Bedarfsplanung auffällig. Nicht nur die Kommunen werden für die Sicherstellung der notwendigen Aufnahme- und Behandlungskapazität in die Pflicht genommen, sondern auch die Kammern der Ärzte, Zahnärzte und Apotheker sowie die ärztlichen Vereinigungen. Meldepflicht besteht hinsichtlich der ermittelten Bedarfsdeckung gegenüber Militärbehörden; sie kann vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung auch für die »nicht berufstätigen Angehörigen der Gesundheitsberufe« eingeführt werden; das Bundesamt für Zivildienst hat Zivildienstleistende aus dem Gesundheitsbereich zu benennen.

Auch hier handelt es sich nur noch um eine, die bisherigen Bestimmungen zusammenfassende gesetzliche Abrundung, denn schon längst werden nicht nur Ärzte, Arztpraxen, Apotheker und ihre Daten erfaßt, sondern auch Schwesternhelferinnen und medizinisches Hilfspersonal. Grundlage dabei sind die Sicherstellungs- und Notstandsgesetze. Genauso wird bereits die Katastrophenmedizin eingeübt, deren wohl makaberster Bestandteil die »Triage« ist. Danach werden Verletzte in drei Kategorien eingeteilt, die nichts mit medizinischen Erwägungen, viel aber mit militärischen Verwendungsgründen zu tun haben. Entsprechende Registrierlisten und »Verletztenbegleitkarten« existieren natürlich dank deutscher Gründlichkeit schon heute. Dazu gehört außerdem die Panikpsychologie, die sich unter dem harmlos klingenden Titel »Sanitätsmaterialbevorratung« findet. Dort heißt es: »Art und Umfang des zu bevorratenden Materials bestimmt der Bundesminister des Inneren...« Eben dieser war im Juli '83 schon mal dadurch aufgefallen, daß er Valium und andere Psychopharmaka in Millionenmengen für Zivilschutzzwecke orderte.

Was die **»Verplanung gesellschaftlicher Bereiche durch das ZSG«** angeht, so sind davon nicht nur kommunale Behörden, Hilfsorganisationen und das gesamte Gesundheitswesen betroffen: So wird Wehrpflichtigen die Freistellung vom Wehr- oder Zivildienst eröffnet, sofern sie sich für zehn Jahre für den Dienst im Zivilschutz verpflichten.

Was sich hier in Richtung Heimatschutzkorps abzeichnet ist erst die Spitze des Eisbergs, denn im Abschnitt der **»Zivilschutzdienstpflicht**« werden die Maschen des Verplanungsnetzes noch enger geknüpft, wenn es dort heißt: »Wehrpflichtige können nach Maßgabe des 80a des Grundgesetzes bis zum vollendeten 60. Lebensjahr zum Dienst im Zivilschutz in Einheiten und Einrichtungen des erweiterten Katastrophenschutzes verpflichtet werden...« und das gilt für alle, die »im Verteidigungsfall nicht zum Wehrdienst, Dienst im Bundesgrenzschutz oder Zivildienst herangezogen sind« bzw. keinen Ausnahmen unterliegen. Für diesen Personenkreis gilt im übrigen eine Tauglichkeitsmusterung – diese Ähnlichkeit zum Militärdienst wird noch weiter dadurch bestärkt, daß »Vorführung und Zuführung« nach dem Wehrpflichtgesetz geregelt sind.

Damit aber noch nicht genug: Im Rahmen der vorgesehenen »Änderung von dienstrechtlichen Vorschriften« wird das Beamtenrechtsrahmengesetz auf die Erfordernisse der Gesamtverteidigungskonzeption zugeschnitten. Demnach kann der Beamte »für Zwecke der Verteidigung auch ohne seine Zustimmung zu einem anderen Dienstherrn abgeordnet oder zur Dienstleistung bei einer zivilen Dienststelle der NATO verpflichtet werden.« Weitere Änderungen sehen vor, daß Beamte dabei laufbahnfremd eingesetzt werden können, sie zur Dienstleistung verpflichtet sind, und schließlich, daß dies alles bis zum 65. Lebensjahr praktiziert werden kann, wobei vorher eingetretener Ruhestand rückgängig bzw. entsprechend hinausgeschoben werden darf. Eine »vorübergehende« Kasernierung – im Amtsdeutsch mit »Gemeinschaftsunterkunft«

und »Gemeinschaftsverpflegung« umschrieben – ist ebenfalls nicht vergessen worden.

Nimmt man nun noch die bereits in den Arbeitssicherstellungsgesetzen und Notstandsgesetzen vorgesehenen einschlägigen Bestimmungen hinzu und bedenkt, daß eine Frauendienstpflicht für die Bundeswehr keineswegs vom Tisch ist, so ergibt sich ein umfassendes Bündel von Dienstverpflichtungsvorschriften teilweise mit Zwangscharakter, von dem kaum jemand zwischen 18 und 65 ausgespart wird.

Geklärt ist auch, in welchen Fällen Ordnungswidrigkeiten zu ahnden sind: Ordnungswidrig handelt, wer »eine Aufforderung, sich zu melden, sich vorzustellen und auf seine Tauglichkeit untersuchen zu lassen sowie die notwendigen Auskünfte zu erteilen, nicht nachkommt.« Der ungenaue Begriff »notwendige Auskünfte« läßt Erinnerungen an staatlich gefördertes Denunziantentum hochkommen. Um den Abschreckungscharakter auch klar zu machen, drohen bei Befehlsverweigerung oder Fahnenflucht – im Gesetzestext werden diese Begriffe selbstredend

vermieden – Freiheitsstrafen bis zu drei Jahren. Das ist Militärgerichtsbarkeit unter dem Zivilschutz-Etikett .

Um die Funktionsfähigkeit dieser Totalmobilisierung sicherzustellen, sieht der ZSG-Entwurf den Ausbau des Bundesinnenministeriums zu einem Superministerium der Zivilverteidigung vor: Nicht nur, daß der oberste Dienstherr in allen wesentlichen Belangen »ermächtigt« wird, mit Erlassen, Anordnungen usw. Bestimmungen in Kraft zu setzen und z. B. auch den ansonsten nicht näher beschriebenen »Art und Umfang der Ausstattung des Zivilschutzes« festzulegen – der Bundesinnenminister wird auch drei allein diesen Zwecken dienenden Bundesbehörden unter sich haben: Das Bundesamt für Zivilschutz, die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk und die Bundesanstalt für Selbstschutz. Die beiden letzteren

Institutionen sind berechtigt, Einheiten bzw. Helferkontingente aus Freiwilligen und Ehrenamtlichen aufzustellen. Und für alle Eventualitäten werden die ohnehin sehr weitgesteckten Grenzen des ZSG noch aufgehoben: »Die zuständigen Bundesbehörden führen den Zivilschutz in der Bundesverwaltung durch. Sie können allgemein oder in Einzelfällen über die Anforderungen dieses Gesetzes hinausgehen. . .«

Sollte dieses Gesetz Realität werden, wird damit eine Gemeinschaftsdienstpflicht durch die Hintertür eingeführt. Der gesamte Verwaltungsapparat in der Bundesrepublik ließe sich auf Kriegsführung einschwören. Ohne erst die Notstandsgesetze beanspruchen zu müssen, würden wesentliche Grundrechte weitgehend eingeschränkt und gleichzeitig ein umfassendes Bürgerüberwachungssystem eingeführt, das jedem Datenschutz Hohn spricht.

Mit dem unverschämten Euphemismus »Zivilschutz«, der militärische, insbesondere aber atomare Konflikte unverantwortlich verharmlost, beabsichtigt der Gesetzgeber, Sichtweise und Planungskalkül der Militärstrategen zur Denkungsweise jedes einzelnen Bürgers – sozusagen überwacht und unter Strafandrohung – zu machen. Die Unvermeidbarkeit eines Krieges erscheint als gesetzt, das Humanitäre wird zur geplanten Minimierung eines ohnehin einkalkulierten Schadens pervertiert, dessen Verursacher – der ideologische Kreis schließt sich – sowieso nur im sowjetischen »Reich des Bösen« zu suchen ist.

Deswegen heißt es auch in der Begründung zum I . Entwurf des ZSG, daß Zivilschutz »auf die Akzeptanz durch die Bevölkerung angewiesen« sei und »die Effizienz seiner Maßnahmen (...) entscheidend von Einsicht und Mitwirkung der Bürger« abhänge. Mit dieser Art von Einsicht scheint es jedoch nicht weit her zu sein: nach einer Umfrage von Emnid wollen mehr als zwei Drittel der Bundesbürger einen Schutzraum nicht einmal geschenkt haben und ebensoviele vertreten die Auffassung, daß Zivilschutz die Illusion von Sicherheit erzeugen soll. 76% glauben nicht, im Falle eines Atomkrieges in einem Schutzraum eine Überlebenschance zu haben – allerdings glauben dies 69% im Falle eines konventionellen Krieges. Und dies scheint gegenwärtig auch der Ansatzpunkt der Zivilschutzapologeten bei öffentlichen Diskussionsveranstaltungen zu sein: Zivilschutz, der sich im ZSG-Entwurf als Notstandsgesetz ohne Notstandserklärung wiederf!ndet, über die konventionelle Schiene zu verkaufen.

Denn es ist kein Zufall, daß ausgerechnet jetzt ein solcher ZSG-Entwurf vorgelegt wird, mit dem einerseits die zivile Flanke der Gesamtverteidigung verschärft wird, andererseits die Bevölkerung an die Kriegsführungskonzepte der US-Regierung, die eben auch den konventionellen Bereich mitbeinhalten, gewöhnt werden soll, der Militarisierung nach außen auch diese nach innen durchzusetzen – koste es, was es wolle. Hier liegt ein Hemmnis des ZSG-Vorhabens, denn bisher läßt sich dieses Gesetz aus Kostengründen nicht so ohne weiteres durchpeitschen. Die Friedensbewegung hat noch die Chance, um diese Art der Kriegsvorbereitung politisch unmöglich zu machen, vereinzelt haben sich schon Kommunen gegen solche Verplanungen zur Wehr gesetzt und damit der Friedensbewegung den Ansatz zu kommunaler Friedensarbeit geliefert.

Konkret 12/85, S. 24

Rolf Uesseler

Das Mittelmehr gehört allen. Am meisten der USA

Israel und die USA haben gezeigt, zu welchen militärischen Leistungen sie fähig sind. Israelische Bomber machten das PLO-Hauptquartier in Tunis kratertief dem Erdboden gleich, US-amerikanische Bomber kaperten mal flink eine ägyptische Verkehrsmaschine. Die Folgen sind klar: die PLO wurde bestraft, Jordanien gewarnt, Italien verprellt und die NATO-Verbündeten bekamen mal kurz vorgeführt, daß sie nichts zu sagen, aber viel zu staunen haben

Der Soldat lächelt, freundlich, zufrieden. Er nestelt an seinem schwarzen Kampfanzug herum. Am Hals baumelt ein Amulett: Eine Patrone, festgemacht an einem Goldkettchen. Drumherum Stacheldrahtverhau, Schilder »No entry«. Ort: Tel Aviv. Filmset. Filmhandlung: Ein amerikanisches Passagierflugzeug wird von »Delta Force« – der »schnellen Eingreiftruppe« der USA – aus den Händen palästinensischer Terroristen befreit. Titel des Films: »The Delta Force«; Hauptdarsteller: Lee Marvin, Hanna Schygulla, Chuck Norris, Jay Cook (als perfekter Doppelgänger Reagans) und zwei Dutzend von »our tough boys« mit Spezialeinheitvergangenheit.

Als der israelische Regisseur des Streifens, Menahem Golan (»Entebbe«), von der Entführung der »Achille Lauro« durch Palästinenser und der Aufbringung des ägyptischen Flugzeugs mit den Entführten an Bord durch Einheiten der »Delta Force« hört, kommentiert er enthusiastisch: »Es ist verdammt wahr, daß die Realität immer die Phantasie übersteigt«.

Die Entführung der Entführer der »Achille Lauro« löste in den USA, wo die Menschen doch so leicht geneigt sind, Film und Realität zu Filmrealität zusammenzuziehen, eine Welle der Begeisterung aus. Spielte sich doch alles so ab, wie in einem richtigen Film: Schiffspiraterie wurde mit Air-Hijacking beantwortet, Böse (Terroristen) wurden von Guten (Antiterrorismustrupps) mit technologisch hochmodernen Waffen gejagt; Rechtsmaßstäbe spielten keine Rolle, der Zweck heiligte die Mittel – nicht nur in den Augen der »schweigenden Mehrheit« aus »mid-west«.

Die Ereignisse zwischen dem 7. und dem 12. Oktober mögen die Phantasie von Drehbuchautoren übersteigen – aber auch ihre Darstellung in den westlichen Medien ist offensichtlich mehr dem Wunsch entsprungen, einen roten Faden in dem buntgescheckten Nachrichtenlabyrinth auszulegen, als den Tatsachen zu genügen. Das, was von dem hundertfach mit tausend Einzelheiten und immer neuen Varianten Geschriebenem und Gesagtem an beweiskräftigen Tatsachen übrig bleibt, ist wenig.

Die Fakten der ersten Phase: Am Montag, 7.10.1985, nachmittags gegen 13.30, erklären vier mit Kalashnikoffs bewaffnete Personen das italienische Kreuzfahrtschiff »Achille Lauro« vor dem Einlaufen in Port Said für besetzt und zwingen es auf Route Syrien. (Was in den folgenden 48 Stunden geschieht, ist unklar und widersprüchlich bis auf die Tatsache, daß am 8.10. zu nicht ermittelbarer Uhrzeit der US-Bürger Leon Klinghofer stirbt, dessen Leichnam später vor der syrischen Küste mit zwei Einschußwunden aufgefunden wird).

Am 9. 10. gegen 15 Uhr verlassen die vier Personen – mit der Zusicherung der italienischen Regierung auf freies Geleit und Straffreiheit – erneut vor Port Said das Schiff. Das »besetzte« Schiff ist wieder »frei«.

Die zweite Phase: Am 10.10. spätabends (die offiziell angegebenen Uhrzeiten widersprechen sich) wird eine Boeing 737 der »Egypt Air« bei Kreta von vier US-amerikanischen Militärflugzeugen abgefangen und auf Route Sizilien gezwungen. An Bord befinden sich die vier Entführer der »Achille Lauro«, der Palästinenser Abu al Abbas und eine unbekannte Anzahl von Personen, darunter ägyptische Staats- und Sicherheitsbeamte. Am 11.10. um 0.16 Uhr landet das aufgebrachte Passagierflugzeug in Sigonella, einer Militärbasis 16 km von Catania entfernt, einer amerikanischen Basis sagen die einen, andere Versionen sprechen von NATO-Stützpunkt oder von italienischem Hoheitsgebiet. Es wird von bewaffneten Delta-Force-Einheiten auf der einen und italienischen Militärs auf der anderen Seite in Empfang genommen. Die vier »Entführer der Lauro« entsteigen der Maschine und werden – gegen den Protest und Widerstand der Amerikaner – von Carabinieri ins Gefängnis von Syrakus gebracht. Die Amerikaner verlangen in Rom die Auslieferung der Entführer und des PLF-Führers Abu al Abbas. Die italienische Regierung lehnt mit der Begründung ab, daß sich die Entführer auf italienischem Territorium befinden, daß das ihnen zur Last gelegte Verbrechen auf italienischem Hoheitsgebiet verübt wurde und daß Abbas diplomatische Immunität genieße. Um 22.01 Uhr des gleichen Tages startet die ägyptische Maschine von Sigonella in Richtung Rom, Flughafen Ciampino, mit einer Eskorte aus vier italienischen Militärmaschinen (Begründung: Die italienische Regierung befürchtet nach Ablehnung der Auslieferung eine erneute Entführung durch US-Jäger). Der Konvoi wird von einer F- 14 der US-Navy umflogen (US-Pilot an Eskorte: »Haut ab ihr Hurensöhne, das ist mein Flugzeug!«) mit einem »schnellen »US-Truppentransporter« T 39 im Schlepptau. Am Sonnabend, 12.10., gegen 19 Uhr verläßt Abu al Abbas Rom an Bord einer jugoslawischen Linienmaschine in Richtung Belgrad (Begründung: Der sicherste Weg, um einer erneuten US-Kaperung zu entgehen). Unbehelligt verläßt wenig später auch die ägyptische Maschine Rom in Richtung Kairo.

Diese Fakten erfahren in der internationalen, veröffentlichten Meinung schnell eine sehr viel ausgebautete Deutung und Dimension, wobei die zusätzlich herangezogenen Fakten ausschließlich auf Beweisen bzw. Informationen der US-

Regierung und der israelischen Geheimdienst- und Staatsstellen basieren: Die vier Entführer werden zu einem palästinensischen Terrorkommando, das der PLO-Organisation PLF angehört: PLF-Chef Abbas habe das Unternehmen geplant und geleitet, sich dann als Vermittler angeboten und im Auftrag der italienischen Regierung seine Leute zur Kapitulation aufgefordert. Da der eigentliche Coup auf Anlagen in Israel mißglückt sei, haben die Terroristen, um ihrer Forderung nach Freipressung von palästinensischen Gefangenen Nachdruck zu verleihen, kaltblütig einen an den Rollstuhl gefesselten US-Bürger mit jüdisch klingendem Namen erschossen. Zwar habe die USA zur Ergreifung der Terroristen einen internationalen Rechtsbruch begangen, doch sei dieser angesichts der gegebenen Umstände moralisch gerechtfertigt.

Nur: Bis heute konnten die vier Entführer, deren Namen mit Magied Molki, Kalah Hasan, Hammad Abdullah und Abdelatif Fataier angegeben sind, nicht hinreichend identifiziert werden; ihre Nationalität als Palästinenser ist nicht bewiesen. Um wieviele Personen es sich tatsächlich bei dem »Unternehmen« gehandelt hat, ist auch nicht klar: So wurden in Genua von der gleichen Person acht Karten für die Kreuzfahrt gebucht, vier für die von den Entführern benutzte Kabine P 82, sechs Karten aber nachweislich benutzt.

Das vom israelischen Geheimdienst Mossad und der CIA vorgelegte »Beweismaterial« für eine Komplizenschaft von Abu al Abbas, das in Italien inzwischen veröffentlicht wurde, enthält nichts, was eine solche These stützen könnte. Über das Motiv der Schiffskaperung oder über die ursprünglichen Pläne gibt es nur Spekulationen. Auch die Todesumstände des US-Bürgers Klinghofer – dessen »Mord« vom Europaparlament als »Tat der PLO« verurteilt wurde – und in dem die italienischen Untersuchungsrichter den »zweiten Mann des Mossads« an Bord der »Achille Lauro« sehen, sind alles andere als geklärt. Die Entführer behaupten, der nachweislich Herzkranke sei an einer Herzattacke gestorben und nicht von ihnen erschossen worden; tatsächlich wies der Leichnam aber Schußwunden auf. Zeugen gibt es keine.

Die Folgen dieser von den USA und Israel gewollten und verbreiteten Version über die Entführung der »Achille Lauro« und der ägyptischen Boeing werden in der diesen Ereignissen folgenden Woche sichtbar:

- In Israel sind Labour und Likud einig, daß die PLO desavouiert, ein Friedensplan unter Einbeziehung der Palästinenser unreal geworden ist;
- In den USA schwelgen Republikaner und Demokraten mit einer breiten Mehrheit von US-Bürgern im Siegestaumel;
- In Ägypten kommt es zu schweren Unruhen, Mubaraks Stuhl wackelt zeitweilig;
- In Italien muß die Regierung Craxi am 17. Oktober zurücktreten;
- Die PLO verschwindet von der diplomatischen Bildfläche, Arafat wird nicht zum 40. Jubiläum der UNO-Vollversammlung zugelassen.

Aber die Fakten lassen auch eine andere als die allgemein von den Medien verbreitete Interpretation zu. Demnach habe sich der israelische Geheimdienst in das Unternehmen eingeschaltet, um die PLO als Terroristenorganisation zu demaskieren, den israelischen Überfall auf der PLO-Hauptquartier vergessen zu machen und vor allem, um den für Israel gefährlichen Nahost-Friedensplan von Arafat und Hussein zum Scheitern zu bringen.

Die vielen mysteriösen Umstände lassen eine solche Version ebenso logisch wie die »offizielle« erscheinen.

Der historische Hintergrund der jüngsten Vergangenheit ist schnell zusammengefaßt: Am 11.2.1985 einigen sich Jordaniens König Hussein und PLO-Führer Arafat auf eine gemeinsame Delegation, die ihre Interessen auf einer zu schaffenden internationalen Friedenskonferenz vertreten soll. Dieser »Hussein-Arafat-Friedensplan« wird noch im Februar von Israel als unannehmbar bezeichnet, von Ägypten aber unterstützt. In den folgenden Monaten erzielen Ägypten, Jordanien und PLO bei den Westmächten diplomatische Erfolge. Im August verstärkt Italien seine Kontakte zur PLO (Treffen Arafat-Craxi) und unterstützt die Initiative indirekt. Im September startet die italienische Regierung mit Rückendeckung des Vatikans und der EG eine Nahostinitiative unter Einbeziehung der PLO; die Spannungen zwischen Italien und Israel wachsen. Die USA stellen sich auf den Standpunkt Israels. Oktober: israelischer Überfall auf das PLO-Hauptquartier in Tunesien; Entführung des italienischen Schiffs »Achille-Lauro«.

Ob nun jedoch die offizielle Version oder die entgegengesetzte Hypothese von einer Komplizenschaft des Mossad richtig ist, bleibt letztendlich unerheblich. Fakt ist, daß Israel und die USA erneut unter Anwendung von Gewalt, Rechtsbrüchen und Meinungsmanipulation gegenüber erklärten Feinden aber auch gegenüber »befreundeten Staaten« und »Alliierten« ihren Willen durchgesetzt, eine ihren Ansichten entgegenstehende Vorstellung zur Lösung des Nahostkonflikts mit allen ihnen als geeignet erscheinenden Mittel zunichte gemacht haben.

Daß Israel bei der Wahl der Mittel nicht zimperlich ist, war bekannt; daß die USA dem nicht nachstehen auch, daß die Reagan-Regierung auch NATO-Länder inzwischen als Bananenrepubliken oder als 53., 54., 55. Staat ihres Hoheitsgebietes ansehen, ebenfalls. Daß dieses Verhalten keine einseitige Angelegenheit der USA ist und ohne die Willfährigkeit sowie das treudumme, z.T. blinde Vertrauen der italienischen Regierung nicht zustande gekommen wäre, ist ein nachgeordnetes Problem.

Doch noch ein anderer, gravierender Aspekt ist bei dem »Zwischenfall im Mittelmeer« deutlich geworden. Die von Italien reklamierte Hohheit über die Militärbasis Sigonella (die offiziell drei »Schirme« hat: NATO, USA, Italien) stellt sich als juristische Fiktion heraus. Faktisch handelt es sich um eine US-Militärbasis ohne italienische Kontrollmöglichkeit. Italien hat hier den USA den »größten sich im Aufbau befindlichen Marinestützpunkt der Welt« eingeräumt: Sigonella ist die logistische Basis für alle militärischen Operationen der USA im Mittelmeer und Nahost bis zum arabischen Golf. Da in Sigonella die USA mit NATO gleichbedeutend sind – in Italien gibt es nur amerikanische NATO-Einheiten, denen italienische Truppen angeschlossen sind – eine Unterscheidung zwischen US- und NATO-Einsätzen rein formaler Natur ist, wird von hier aus faktisch über den NATO-Rahmen hinaus operiert. Ohne Kenntnis darüber zu haben, können also alle NATO-Länder zumindest indirekt in US-Operationen, die von Sigonella nach Nahost ausgehen, verwickelt werden. Schöne Aussichten.

Konkret 12/85, S. 26

Georg Stein, Abdalla Frangi

Europäer sind im Nahen Osten nur Zwerge

Der israelische Luftangriff auf das PLO-Hauptquartier in Tunis und die Entführung der Entführer der »Achille Lauro« haben die Bemühungen Jordaniens und der PLO um eine friedliche Lösung der Palästinenserfrage torpediert. Für KONKRET sprach Georg Stein mit dem Vertreter der PLO in der BRD, Abdalla Frangi.

KONKRET: Die Zusammenhänge um die Entführung der »Achille Lauro« werden vielleicht nie ganz aufgeklärt werden. Zielte die Schiffsentführung gegen die politische Verhandlungsbereitschaft Arafats bzw. war sie eventuell Ausdruck der gegenwärtigen innerpalästinensischen Rivalitäten?

Frangi: Ich glaube nicht, daß es eine gezielte Aktion gegen die Politik Arafats war.

Die Entführung des Schiffes wurde von Yassir Arafat und der PLO auch sofort verurteilt. Die PLF ist seit einigen Jahren in verschiedene Fraktionen gespalten, so daß einige Gruppen immer noch alleine operieren. Abu al Abbas hat vor Yassir Arafat und dem Exekutivkomitee der PLO betont, daß er mit der Entführung der »Achille Lauro« nichts zu tun hat.

KONKRET: Die PLO weiß also selbst noch nicht genau, wer das Schiff entführt hat?

Frangi: Ja, wir wissen wirklich selbst noch nicht, wer dahintersteht. Für uns war die Entführung ein miserabler Akt. den wir verurteilt haben. Die Schiffsentführung hat im Grunde genommen nur den Israelis und den Amerikanern geholfen, von dem israelischen Angriff auf Tunis abzulenken, bei dem 100 Menschen umgebracht worden sind. **KONKRET:** Die völkerrechtswidrig israelische Bombardierung des PLO-Hauptquartiers in Tunis und die amerikanisch-israelische Diffamierungskampagne gegen die PLO im Zusammenhang mit der Schiffsentführung haben gezeigt, daß die Israelis und wohl auch die Amerikaner keinen Frieden mit der PLO wollen. In welcher Form soll denn der mit dem Abkommen zwischen Arafat und Hussein im Februar 85 eingeleitete Friedensprozeß nach den jüngsten Ereignissen weitergehen?

Frangi: Zunächst einmal: Der Friedensprozeß im Nahen Osten ist durch den israelischen Angriff auf die PLO in Tunis gestoppt, es gibt keinen Friedensprozeß mehr. Die kommende Entwicklung wird eine Steigerung der Gewalt mit sich bringen, das ist normal.

KONKRET: Wird die PLO-Führung weiter an der Arafat-Hussein-Initiative festhalten?

Frangi: Wir Palästinenser waren gewillt, eine friedliche Losung im Nahen Osten zu erreichen. Wir haben deswegen mit König Hussein ein strategisches Abkommen beschlossen.

KONKRET: Versteht die PLO eine Anerkennung durch die USA als entscheidende Voraussetzung für weitere Friedensverhandlungen?

Frangi: Wir werden die amerikanische Rolle im Nahen Osten nicht akzeptieren, solange die Vereinigten Staaten uns nicht anerkannt haben.

KONKRET: Wird Hussein nach den jüngsten Ereignissen seine weiteren Friedensbemühungen im Rahmen des jordanisch-palästinensischen Abkommens fortsetzen, d.h. in enger politischer Zusammenarbeit mit der PLO?

Frangi: Wenn auch Hussein die Kooperation zwischen Jordanien und der PLO weiterhin als strategische Notwendigkeit ansieht, wird er auch bei einem Scheitern unserer gemeinsamen Initiative auf unserer Seite stehen und notfalls die Konfrontation mit Israel und den Amerikanern auf sich nehmen. Sollte er dazu nicht in der Lage sein, wird er in naher Zukunft eine Rückkehr machen und die PLO für das Scheitern das Friedensprozesses verantwortlich machen.

KONKRET: Der Palästinensische Nationalrat hat auf seiner Sitzung im November '84 in Amman die Notwendigkeit einer Verbesserung der Beziehungen zwischen der PLO und Syrien betont. Kann man sagen, daß ohne die politische Einbeziehung Syriens im nahöstlichen Friedensprozeß nichts läuft?

Frangi: Es wäre dumm zu glauben, ohne Syrien könne man eine Friedenslösung erreichen. Weder die PLO noch Jordanien und Ägypten wollen das. Die Bereitschaft auf seiten der PLO, mit Syrien wieder zu einem gemeinsamen Nenner zu kommen, ist vorhanden. Wenn die Syrer das Libanonproblem gelöst haben werden, wird die Palästinenserfrage bestimmt wieder das zentrale politische Anliegen der syrischen Regierung. Die Zukunft der Syrer, der Palästinenser und der gesamten Entwicklung des Nahen Osten hängst davon ab, daß wir zusammenarbeiten.

KONKRET: Die jüngsten Ereignisse im Zusammenhang mit der Schiffsentführung könnten die Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der PLO belasten. Mitte Oktober platzte in London ein vorgesehenes Gespräch des englischen Außenministers Howe mit PLO-Exekutivkomiteemitgliedern.

Bahnt sich da möglicherweise eine Einstellungsänderung der Europäer zur PLO an?

Frangi: Die Gesprächsabsage der Engländer an die PLO hat zwei Gründe: als Gegenleistung für das milliardenschwere englische Tornadogeschäft mit den Saudis haben sich die Engländer bereit erklärt, Kontakt zur PLO aufzunehmen. Nach

der Unterschrift unter das Geschäft sahen die Engländer jedoch keine Notwendigkeit mehr, an der Gesprächsbereitschaft mit der PLO festzuhalten. Hinzu kommt natürlich noch das Verhalten der USA. Nach der Entführung der »Achille Lauro« haben die Vereinigten Staaten Druck auf ihr Freunde in Westeuropa ausgeübt, England ist offensichtlich nicht in der Lage, eine unabhängige Politik zu betreiben.

Die Engländer unterschätzen die Probleme im Nahen Osten, obwohl sie von den dortigen Ereignissen direkt betroffen sind. Eines Tages werden die Europäer aufwachen, und dann wird es sehr böse aussehen, auch für die Europäer. Sie haben immer noch nicht begriffen, worum es geht. Wir leiden darunter, aber sie werden auch noch darunter zu leiden haben.

KONKRET: Glauben Sie denn an eine längerfristige Verschlechterung der Beziehungen zwischen der PLO und den europäischen Staaten?

Frangi: Wir haben lange ohne die EG-Staaten gelebt, und gut gelebt. Wir können so weitermachen. Die EG-Staaten waren bis jetzt nicht fähig, eine ihren Interessen entsprechende eigene Nahostpolitik zu betreiben. Deswegen sind sie im Nahen Osten gegenüber den Supermächten auch nur Zwerge.

KONKRET: Die PLO sprach sich auf ihrem letzten Nationalrat zu Kontakten mit solchen israelischen Kräften aus, die die Rechte der Palästinenser anerkennen. Setzen Sie denn noch irgendwelche Hoffnungen auf die israelische Friedensbewegung?

Frangi: Wir sind keine Hühner, die überall nach einem Korn suchen, das ihnen neue Hoffnungen versprechen könnte. Wir haben es mit politischen Entwicklungen zu tun, die von uns eingeleitet werden oder auf die wir reagieren müssen. Der Nationalrat hat beschlossen, Kontakte zu all denen aufzunehmen, die unsere nationalen Rechte anerkennen.

KONKRET: Der Palästinensische Nationalrat hat sich im November letzten Jahres für die Fortsetzung des innerpalästinensischen Dialogs ausgesprochen. Wo sehen Sie die Voraussetzungen für eine innerpalästinensische Aussöhnung?

Frangi: Unser Tor zu einer nationalen Versöhnung steht immer noch offen, insbesondere für jene, die nicht daran beteiligt waren, als unsere Lager in Tripoli in Schutt und Asche gelegt wurden. Die mindeste Voraussetzung dafür aber ist, daß sie sich aus der Abhängigkeit gewisser arabischer Staaten lösen und die nationale Sache Palästinas zu ihrem Hauptanliegen machen. Wir sind auch bereit, ihre Opposition gegen das Amman-Abkommen zu ertragen, aber im palästinensischen, nicht im syrischen Lager.

KONKRET: Der Revolutionsrat der Al Fatah bezeichnete im April 1985 den bewaffneten Kampf als einzigen Weg zur Befreiung Palästinas. Welche Funktion hat heute noch der bewaffnete Kampf im Verständnis der Al Fatah?

Frangi: Unsere nationale Befreiung erfordert, daß wir unseren Kampf auf allen Ebenen führen, politisch, militärisch usw. Darüber gibt es weder in der PLO noch in der Fatah die geringste Diskussion. Unser militärischer Kampf in den besetzten Gebieten verstärkt sich; der israelische Polizeiminister Bar Lev hat dies erst jüngst bestätigt. Gleichzeitig suchen wir über das jordanisch-palästinensische Abkommen nach einer umfassenden politischen Lösung, die die Rechte unseres Volkes wieder herstellt. Zweifelsohne kommt dem in der jetzigen Phase die größere Bedeutung zu.

Konkret 12/85, S. 28

Rolf Lindner

Marathon: Die Bew□ hrungsprobe als Massenbewegung

Erst in der Teilnahme an einem Marathon hat der Jogger seinen Endsieg □ ber sich erreicht: mit Durchhalteparolen im Kopf and den neuesten Entwicklungen der Sportschuh-Forschung an den F□ □ en qu□ lt sich der Marathonl□ ufer □ ber die 42 Kilomete und ringt mit jedem Schritt den rebellierenden K□ rper nieder.

Beim nächsten Mal will der Regierende eventuell mitmachen, zumindest hat es der Sprecher am Platz der Republik angedeutet: vom Berlin-Marathon ist die Rede und von Eberhard Diepgen, der auch schon mal im Grunewald läuft. Ob das eine glückliche Idee ist, ausgerechnet beim 13. Berlin-Marathon sein Debüt zu geben, sei dahingestellt. Ungewöhnlich wäre es jedenfalls nicht; das richtige Alter hat der Regierende – im Hauptfeld ist »Wir-um-die-Vierzig« angesagt – und der soziale Hintergrund stimmt auch. Denn der Marathon, bei dem die Teilnahme endlich wieder wichtiger ist als der Sieg und der Erfolg bereits, laut Avon-Reklame, im Mitmachen besteht, ist der neue Weg der Mittelschicht, allen voran die urban professionals, sich und anderen zu beweisen, daß man sich freudig zu quälen versteht.

Selbstverständlich ist, nach Sinn und Zweck des Tuns befragt, von Fitness die Rede und vom körperlichen Wohlbefinden, das in seelische Ausgewogenheit umschlägt; bei manchen Jüngern dieser neuen »Städte-Marathon-Bewegung« nimmt das zuweilen Züge einer Heilslehre an. Die Marathoni finden bereits Befriedigung in der Anstrengung selber, die ihnen als Sieg über den berühmtberüchtigten »inneren Schweinehund« gilt. So nehmen sie denn den Kampf mit dem eigenen Körper auf, als sei er ihnen etwas Fremdes, Aufgebürdetes: »Entweder Ich oder der Körper«, an dieser unübertrefflich formulierten Tageslosung eines Teilnehmers zeigt sich, daß es letztlich um das Niederringen des rebellierenden Körpers geht.

»Per aspera ad astra«, auf rauhen Wegen zu den Sternen, das ist dem Marathon als Übung eingeschrieben. Keine andere Sportdisziplin führt das, was Soziologen das »deferred gratification pattern« nennen, den Verzicht auf momentane Belohnungen zugunsten späterer, so sinnlich vor Augen. Selbst austrainierte Sportler können sich nicht von einem Tag zum anderen auf den Marathon verlegen; das erklärt zum Teil, warum die Marathon-Bewegung als 'naturwüchsige' Verlängerung der Jogging-Bewegung erscheint.

Diese Strecke erfordert ein allmähliches Gewöhnen, ein langsames Herantasten an die magische Grenze, die Selbst-Befriedigung verschafft. Erst nach langen Mühen, Kenner der Branche sprechen von zwei bis drei Jahren Lauftraining, ist die Zeit für die große Bewährungsprobe gekommen, die die Spreu vom Weizen trennt. Kaum am Ziel angelangt, warten schon neue Herausforderungen: der 100 Kilometer-Lauf, der Ultra-Lauf und, 1987 erstmals, der »Germathon«, in zehn Marathon-Etappen von Bonn (!) nach Berlin (!).

Daß solcherart Askese mit einer Vorliebe für nüchtern-strenge Ernährungsweise einhergeht, ist bekannt; freilich auf der Höhe der Zeit. Schon gibt es die komplette Fitness-Tasche mit leistungswichtigen Nährstoffen incl. All-over-skin-oil (»mit 5500 e E.Vit.E.«) für die sportliche Massage. Der Marathon-Sport ist auf unauffällige Weise kostspielig; dort, wo andere mit »Equipment« protzen, investiert der Läufer in die Ausdauerleistungsfähigkeit seines Körpers. Isotonische Durstlöscher müssen es sein, Energie-Mineral-Drinks und jenes Voll-Vitamin-Programm, das seine Krönung im »Müsli für Sieger« findet.

Das Stichwort »Müsli« ist nicht schlecht, zeigt es uns doch an, daß wir es bei der Marathon-Bewegung mit der dynamischeren Variante der postmodernen Reform-Kultur zu tun haben: die Rückkehr zur Vollkornmahlzeit ohne Leistungs- und Technologiefeindlichkeit . Denn die neue asketische Bewegung präsentiert sich im ultramodernen Gewand: Kappa, offizieller Hauptsponsor des Berlin-Marathon '85, vertreibt »Sportbekleidung mit NASA Technologie«. Da weiß man endlich, wozu das ganze Programm gut ist. Da mag die »Sportschuh-Forschung«, die rastlos tätig ist, nicht hintenanstehen: »Zehn Jahre Forschungsarbeit«, so ein bekannter Hersteller, »zahlen sich aus«, etwa beim Trainingslaufschuh mit integriertem Computer.

Die kurios anmutende Mischung von Technologie-Jargon und Müsli-Kost, die keine Schwierigkeit hat, »Die zwölf Gebote der biologisch gesunden Ernährung« und »Das große Buch der Überlebenstechniken« in einen Prospekt zu bringen, ist ein Indiz dafür, daß es sich hier um eine Bewegung handelt, die das Individuum auf der Höhe der Zeit beläßt und mit den Umständen versöhnt. Wenn es nichts mehr zu kämpfen gibt, bleibt doch immer noch der Kampf mit sich selbst und der Sieg über sich selbst ist allemal der schönste.

Da trifft es sich ganz gut, daß wir es bei den Marathonmassen, nicht mit einer Herde zu tun haben, wie uns die Funkberichterstattung aufklärt, sondern mit einem »Heer von Individuen«, das jeden Feldherrn das Fürchten lehrt: »Sie laufen jeder für sich und alle zusammen«. Diese aparte Version des »Alle für einen, einer für alle« ist das Credo einer neuen Volksbewegung, der es einzig um das Durchhalten geht. Deren Botschafter, die »Unentwegten«, sind bereits in Honolulu, beim Hawaii-Marathon, ebenso zuhause wie beim Volksmarathon in Athen, neuzeitlich »The original run« genannt.

So wird allmählich die traditionelle Bildungsreise des deutschen Oberstudienrats durch die dynamische Spielart der Sportreise abgelöst. Wie heißt es doch im Sportflug-Reiseprogramm: »Wir bieten ihnen dieses einmalige Wettkampferlebnis auf den Spuren des antiken Boten Phedippidis, der 490 v. der Zeit die Botschaft vom Triumph der Griechen über die Perser 'auf Schusters Rappen' nach Athen trug, jetzt als abgerundetes Paket von 'Sport-Urlaub-Sonne□«. Und Zeit für die Besichtigung der Akropolis bleibt auch noch!

P.S. Da der Kulminationspunkt der für den Städtetourismus recht einträglichen City-Marathon-Bewegung noch nicht abzusehen ist, werden wir in der nächsten Zeit weitere Berichte im Fernsehen erwarten dürfen. Nur sollten die Sportmoderatoren, dies meine Bitte, die gewiß verführerisch naheliegende Rede von der »Einsamkeit des Langstreckenläufers« tunlichst lassen und stattdessen Sillitoes Erzählung einmal lesen. Die fängt nämlich so an:

»Sobald ich ins Borstal (Erziehungsheim) kam, machten sie mich zum Langstreckenläufer. Sie dachten vermutlich, ich sei dazu gerade richtig gebaut, denn ich war hager und lang für mein Alter, und jedenfalls hatte ich nicht viel dagegen, denn Laufen ist bei uns zu Hause immer groß geschrieben worden, besonders das Weglaufen vor der Polizei«.

Konkret 12/85, S. 32

Winfried Wolf

Vom Krieg des guten Sterns

Ob Hans-Didi sich spreizt, Helle Kohl das Ding breitsitzt oder am Ganges die Linde rauscht: Die Entscheidung für eine bundesdeutsche Beteiligung an Reagans Weltraumrüstung ist gefallen, und zwar dort, wo die wichtigen Entscheidungen gefällt werden – nicht in Kanzlerämtern, Kabinetten und Parlamenten, sondern in den Aufsichtsräten und Vorstanden von Banken und Konzernen. Winfried Wolf hat die neue Formel entdeckt: Daimler (MTU + Dornier + AEG) = SDI

Der Welt älteste Autofirma galt noch vor einem Jahr als ein eher »stiller Riese«. Der schwäbisch-betulich geführte Konzern garantierte für solide Dividenden bei einem Minimum von Experimenten. Doch plötzlich ist alles ganz anders: »Eine fast aggressive Aufkaufpolitik« (»Süddeutsche Zeitung«), die »die Ellbogen weit herausdrückt, um den Angreifern aus West und Fernost mit gleicher Macht entgegenzutreten« (»Spiegel«), ließ die »Financial Times« den Charakter der Untertürkheimer neu bestimmen: »Westdeutschlands Industrie schlägt zurück.«

Tatsächlich rückte die Daimler-Benz AG an jenem 12. Oktober 1985, da sie den Elektrokonzern AEG aufkaufte, vom vierten auf den ersten Platz der deutschen und vom 34. auf den 22. Platz der internationalen Hitliste der Konzerne vor. Der Umsatz der Schwaben, der noch 1984 »nur« 43,5 Milliarden betrug, wird 1986 bei über 60 Milliarden liegen. Eindrucksvoller noch als die Quantität der Aufkäufe aber erscheint deren Qualität: Anfang des Jahres war es der drittgrößte BRD-Rüstungskonzern MTU, im Sommer folgte die Mehrheitsbeteiligung bei Dornier, im Herbst kam die AEG dran – Rüstung, Raumfahrt, Hochtechnologie sind die neuen drei Zacken des guten Sterns.

Bevor es jedoch am Himmel so richtig losgeht, wurde erst mal ganz irdisch gehobelt: Daimlers Zugriff beendete die hundertjährige Geschichte der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, die freilich schon seit 1980 ihre Eigenständigkeit eingebüßt hatte. Damals übernahmen die stützenden Banken das Kommando, ab 1982 hatte zeitweise der Vergleichsverwalter das Sagen und nun bestimmt der Daimler-Vorstand, über den wiederum die Deutsche Bank wacht. Steuerliche Gründe sprechen dafür, daß die neuen Eigentümer die AEG völlig im Daimler-Konzern aufgehen lassen oder neben der Autofirma eine aus MTU, Dornier und AEG bestehende Technologie-Holding bilden. So nämlich könnte »der Verlustvortrag der AEG in Höhe von drei Milliarden Mark« von Daimlers Gewinnen abgezogen und damit hunderte Millionen Mark Steuern gespart werden, wie die »Wirtschaftswoche« schrieb. Für die Belegschaft der AEG ist es die letzte Etappe eines langen Leidensweges, der 1973/74 begann, als der Elektrogerätekonzern voll von der Krise erfaßt wurde. Seitdem wird die AEG wie Ausverkauf Einer Gesellschaft buchstabiert. Der Elektrokonzern diente der Großindustrie als Selbstbedienungsladen. Vor allem in AEG's Investitionsgütersektor schlug die Konkurrenz zu. Siemens holte sich von der AEG die *Computergesellschaft Konstanz, Osram* und die 50-Prozent-AEG-Anteile an KWU und der *Transformatoren-Union.* Mit der neuen Krise 1980 und der Stützungsaktion der Banken bei AEG im selben Jahr war die zweite Etappe angesagt: *Hartmann und Braun* ging an *Mannesmann, Telefonbau und Normalzeit* an *Bosch, Telefunken* an *Grundig* (später an *Thomson-Brandt),* die *AEG-Nachrichtentechnik Backnang* wieder an *Bosch* und *Mannesmann.* Eine Reihe von AEG-Töchtern im Hausgerätesektor mußten Vergleich anmelden und wurden zum Teil von internationalen Multis – so *Zanker* von *Electrolux* – geschluckt.

Bei jedem Einschnitt hatte es geheißen, die Schrumpfung diene der Sicherung der (verbliebenen) Arbeitsplätze. In Wahrheit fand und findet ein kontinuierlicher Abbau der Belegschaft statt. 1974 zählte AEG noch 170.500 Beschäftigte; 1982 waren es 123.000. Als damals der Vergleich eröffnet wurde, lautete meine Prognose, daß »in den nächsten Jahren mindestens 30.000 Leute entlassen« werden (KONKRET 8/82). Der AEG-Vorstand widersprach solchen Zahlen – und baute die Beschäftigung bis 1985 um 50.000 ab.

Jetzt, wo sich AEG wie Anhängsel Eines Giganten buchstabiert, beginnt die dritte und traurige letzte Etappe. Daimler wird bei AEG weiter rationalisieren und ganze Teile abstoßen.

Jedes Vertrauen in Daimlers Stärke oder »soziale Verpflichtung« ist fehl am Platz. Zumindest auf mittlere Frist kommt es zu Massenentlassungen bzw. einem entsprechenden Belegschaftsabbau. Der »Synergie-Effekt«, über den sich DaimlerVertreter und Wirtschaftskommentatoren bei dieser Aufkaufpolitik so lobend äußern, heißt schlicht: Personaleinsparung. Dies droht der gesamten Daimler-Belegschaft.

Das Beispiel Daimler ist charakteristisch für das aktuelle Stadium der spätkapitalistischen Gesellschaftsordnung – in dreierlei Hinsicht: 1. Auch bisher florierende Branchen sind von einer strukturellen Krise bedroht; 2. der parasitäre Grundzug in der kapitalistischen Großindustrie wird immer stärker; 3. überall stehen der Einstieg in das Rüstungsgeschäft und dessen Ausbau auf der Tagesordnung.

Daimlers »aggressive Aufkaufpolitik« solle »auf die Zeiten vorbereiten, wenn mit Autos das große Geld nicht mehr zu machen ist«. Angesichts neuer Kfz-Zulassungsrekorde und klotziger Daimler-Gewinne mag dieser Kommentar der »Süddeutschen Zeitung« verwundern. Doch die kommende Krise im Fahrzeugbau, die allerdings zunächst die Pkw-Massenhersteller VW, Opel und Ford treffen wird, zeichnet sich bereits ab. Die Gründe hierfür:

•

Pkw zielen als langlebiges Konsumgut auf die Kaufkraft breiter, lohnabhängiger Massen. Eine entscheidende Folge der Krise und das Ziel der Schmidtschen und Kohlschen Sparpolitik ist jedoch ein Rückgang bzw. eine Stagnation der Masseneinkommen.

•

Alle großen internationalen Autokonzerne haben in den vergangenen fünf Jahren gewaltige Investitionsprogramme durchgezogen. Das hat, gemessen an der Kaufkraft und angesichts gewisser Sättigungstendenzen (I Pkw auf 2,5 Bundesbürger) gewaltige Überkapazitäten und einen unerbittlichen Konkurrenzkampf zur Folge.

•

Die Hersteller teurer Pkw nehmen zweifellos eine besondere und günstigere Position ein. Ein Grund dafür ist die Tatsache, daß ein großer Teil dieser Luxuskarossen als Firmenwagen aus »Unternehmereinkommen« bezahlt werden.

Doch auch hier verschärft sich der Konkurrenzkampf – zum einen unter den klassischen Herstellern der Luxuskarossen zum anderen dadurch, daß die Massenhersteller von PKW aus den genannten Gründen auch in diesen Sektor vorstoßen. Dies gilt auch für die japanische Konkurrenz; der weltweit erfolgreichste Sportwagen ist kein Porsche, sondern ein Mazda.

•

Das Auslandsgeschäft der Autokonzerne, insbesondere das der Hersteller von teuren Wagen, gewann immer größere Bedeutung; bei letzteren liegt der Exportanteil bereits bei 60 bis 70 Prozent. Damit ist die Abhängigkeit von den internationalen Märkten – vor allem dem US-Markt – enorm gestiegen.

•

Das große Engagement Daimlers im Lkw-Sektor (rund 40 Prozent Umsatzanteil) stellt einen weiteren Gefahrenherd dar. Als langlebige Investitionsgüter sind Lkw in erster Linie vom Wirtschaftsaufschwung abhängig. Doch dessen Ende ist in Sicht. Außerdem droht aber auch verschärfte Konkurrenz: *Iveco* (Fiat) holt europaweit auf; der Einstieg japanischer Lkw-Hersteller wird demnächst erwartet.

Ob bewußt oder halb bewußt: Aus diesem Szenarium zog der Daimler-Vorstand 1984 die Konsequenz, als die Entscheidung für eine Aufkauf- und Diversifizierungspolitik fiel. Der neue Konzern (Daimler/AEG/MTU/ Dornier) wird bereits 20 bis 25 Prozent seines Umsatzes außerhalb des Fahrzeugbaus realisieren.

Anläßlich des Schwabenstreichs Daimler/AEG trauerte ein *Helmut Maier-Mannhart* in der »Süddeutschen Zeitung«: »Das, was früher einmal einen Unternehmer ausgezeichnet hat, nämlich die Suche nach neuen Produkten und neuen Märkten in eigener Initiative, gerät ins Hintertreffen.« Diese goldenen Pionierzeiten des privaten Unternehmertums sind allerdings längst passé.

Richtig ist, daß Daimlers Aufkaufpolitik das Gegenteil von produktiver Geldanlage darstellt. Die Daimler-Beschäftigten haben in den letzten Jahren dem Konzern einen ausgewiesenen, auf Bankkonten geparkten Kriegsschatz von über 10 Milliarden Mark erarbeitet. Doch Daimler denkt nicht daran, diese Beträge zu investieren. Stattdessen bezieht der Konzern 1985 allein aus den ausgewiesenen 10 Milliarden liquider Mittel über 600 Millionen Mark Zinsen – das macht mehr als die Hälfte des ausgewiesenen Gesamtgewinns aus. Andere Konzerne nicht anders: So weist Siemens derzeit knapp 20 Milliarden liquider Mittel aus; der Konzern betätigt sich vor allem als Bank.

Daimler bezahlte für die Neuerwerbung MTU, Dornier und AEG rund 2,5 bis 3 Milliarden.

Mit diesen gewaltigen Geldausgaben wurde jedoch kein einziger Arbeitsplatz geschaffen. Im Gegenteil: bestehende, aufgekaufte Arbeitsplätze werden in Zukunft unter dem Zeichen des Daimler-Sterns abgebaut werden. Eine Politik des »Anlegens statt Unternehmens« (»Süddeutsche Zeitung«).

Die unproduktive Ausgabe von Daimler-Geldern für Firmenaufkäufe macht – im Rahmen des Systems – Sinn. Daimler ist bei seinen Neuerwerbungen insbesondere an der Hochtechnologie, der Weltraumtechnik und dem Rüstungssektor interessiert. Damit werden zwei Ziele verfolgt:

1. mit eigenem know how und eigenen Anlagen die Fertigung zu rationalisieren und automatisieren. Daimler wird seinen noch relativ hohen Anteil menschlicher Arbeit am Produktionsprozeß radikal senken.

2. teilzuhaben am größten Investitions- und zugleich Destruktionsprogramm in der Menschheitsgeschichte. Dieses findet seinen Ausdruck in den ständig vergrößerten nationalen Rüstungsprogrammen, in Projekten zu ihrer regionalen Koordination (große Teile des »Eureka«-Projekts) und insbesondere im US-Programm zur Aufrüstung im Weltall, das gemeinsam von den führenden imperialistischen Ländern – genauer: deren größten Elektronik-, Weltraum- und Rüstungskonzernen – betrieben werden soll.

Fast alle internationalen Automultis sind auf diesem High-Tech- und Rüstungstrip. *General Motors* kaufte 1984 den Computerkonzern *EDS,* und soeben den Luft- und Raumfahrtkonzern *Hughes-Aircraft. Ford* und *Chrysler* haben

Rüstungsanteile von 20 und 10 Prozent am Umsatz; dieselben Margen peilen die großen japanischen Automultis *Toyota, Toyo Kogyo* (Mazda), *Nissan* und *Mitsubishi* an. *Fiat* setzt über 25 Prozent des Umsatzes im Rüstungssektor um.

Daimler liegt im Trend. Im neuen Konzern werden von den 60 Milliarden Gesamtumsatz – einschließlich des Sektors Militär-Lkw – zwischen sechs und acht Milliarden im Rüstungssektor umgesetzt werden. Damit ist Daimler größter Rüstungskonzern im zweitgrößten imperialistischen Land. Die Nummer 2, MBB, hat einen Umsatz von 5,9 Milliarden und nennt einen Rüstungsumsatz von 3,3 Milliarden. Da ist es kein Zufall, daß auf der Südschiene dieses unseres Landes Lothar Späth und F.J. Strauß für SDI rotieren. Der baden-württembergische Ministerpräsident hatte den Dornier-Daimler-Deal eingefädelt, der bayrische steht hinter MBB*.

Wenige Tage nach Daimlers Zuschlag bei AEG fand sich dann die entscheidende Notiz in den Zeitungen: Dornier – also Daimler, also die Deutsche Bank – werde sich gemeinsam mit dem US-Konzern *Sperry* als erstes deutsches Unternehmen an der Ausschreibung des US-Kriegsministeriums für das SDI-Projekt beteiligen. Auch MBB befindet sich, laut »Süddeutscher Zeitung« im »SDI-Visier«. Und Mitte Oktober, parallel zu Daimlers Coup, fand sich in US-Zeitungen die Notiz, MBB und der US-Electronic-Konzern *United Technologies* (auf der Fortune-Liste Rang 31) wollten ein »Joint venture« – ein gemeinsames Unternehmen – bilden.**

Die Entscheidung »der Bundesrepublik« für SDI ist also gefallen. Und vielleicht ziehen die Bonner etwas rascher nach, wenn einige Herren so ein Briefchen erreicht.

»Wir dürfen Ihnen unseren ergebensten Dank dafür zum Ausdruck bringen, daß Sie für den Wagen, den wir Ihnen zeigen durften... besonderes Interesse an den Tag gelegt haben. Unsere Firma bittet ergebenst darum, Ihr fachmännisches Urteil über diesen Typ zu hören, den wir zur Zeit wohl als eine Spitzenleistung der Automobilindustrie ansehen können. Aus diesem Grund sprechen wir die ergebenste Bitte aus, daß wir, hochverehrter Herr Ministerpräsident, Ihnen diesen Wagen zur Verfügung stellen dürfen, um seine Fahreigenschaft eingehend kennenzulernen.«

Dieses Schreiben richtete die Daimler-Benz AG am 12. Januar 1934 an Hermann Göring.

---

* MBB wird über »Fides« von Thyssen und Siemens; via »ABM« von Allianz und Bosch und über direkt Beteiligungen bzw eine »Bayrisch Hamburgische Beteiligungsgesellschaft mbH« vom bayrischen Staat kontrolliert,

** Die »International Harald Tribune«, die am 14 10 1985 über diese geplante joint venture berichtet nennt auch ein Bindeglied zwischen Daimler-AEG und MBB-United Technologies: die Firma Telefunken Electronik, bei der United Technologies und AEG (Daimler) je einen Anteil von 49 Prozent hielten.

Konkret 12/85, S. 38

Jürgen Seifert, Thomas Ebermann, Susanne v. Paczensky, Günter Amendt, Otto Schily

Konkret-Dialog 1
Ist dieser Staat unser Staat?

Rund fünfhundert Zuhörer zwängten sich am 25. Oktober in den Kokoschka-Saal im Philosophenturm der Universität Hamburg, um das erste Streitgespräch der Reihe KONKRET: DIALOG mitzuerleben. Unter der Gesprächsleitung von Jürgen Seifert (Professor an der Uni Hannover) diskutierten Thomas Ebermann, Susanne v. Pazzensky, Günter Amendt und Otto Schily

Gremliza: Dialog 1 ist die erste einer Reihe öffentlicher Veranstaltungen, die in der Absicht unternommen werden, die Auseinandersetzung über linke Politik, über ihre Theorie und ihre Praxis, aus den Werbezwängen von Parteiversamnlungen und aus dem Narrenkäfig der Taikshows zu befreien. Die Diskussionen und Streitgespräche im Rahmen der Reihe KONKRET: DIALOG werden zunächst in Hamburg, später auch in anderen Städten der BRD und in Westberlin stattfinden. Die Protokolle der Veranstaltungen werden in KONKRET nachgedruckt.

Das Thema des heutigen, ersten Abends – »Ist dieser Staat unser Staat?« – hat eine lange Geschichte: Es hat die Sozialisten und Anarchisten der Kaiserzeit so beschäftigt wie die Arbeiterbewegung der Weimarer Republik und die Außerparlamentarische Opposition der späten sechziger Jahre, die damals theoretisch dem vom Staat beanspruchten Gewaltmonopol die Legitimation bestritt und es auch praktisch in exemplarischen Fällen durchbrach.

Wie wenig bloß akademisch die Frage ist, zeigte sich jetzt wieder, als die Exponenten der verschiedenen bei der grünen Partei gelandeten linken Strömungen mit dem Versuch begannen, ihre Differenzen auf den Begriff zu bringen. In einem Streitgespräch zwischen Antje Vollmer und ihrem Parteifreund Otto Schily, das der »Spiegel« veranstaltet hatte, kam es in diesem Frühjahr zum Vorschein .

Schily: Ich anerkenne das Gewaltmonopol dieses Staates. Wir haben eine Regierung, die wir bekämpfen, aber wir bekämpfen doch nicht den Staat.

Antje Vollmer: Da sträubt sich alles in mir... Ich kann so eine Blankoerklärung nicht unterstützen.

An dieser Stelle wollen wir die Auseinandersetzung heute aufnehmen und fortsetzen.

Amendt: Dieser Staat ist nicht unser Staat. So hat die 'Neue Linke' die Frage schon in den 60er Jahren beantwortet. Es gibt allerdings zwischen der Diskussion in der Linken damals und unserem Dialog heute einen gravierenden Unterschied, den ich am Anfang doch zumindest erwähnen möchte. Heute wissen wir, daß alles, was wir sagen, verwertet werden kann und verwertet werden wird – in Berufsverbotsverfahren, Kriegsdienstverweigerungsprozessen, bei Einstellungsgesprächen oder wo auch immer.

Unser Thema ist also alles andere als harmlos. Jeder, der Ambitionen hat in diesem Staat, muß vorsichtig sein, wenn er die Frage negativ beantwortet. Umgekehrt habe ich Otto Schilys positive Antwort im »Spiegel« als Festlegung von einem empfunden, der etwas vorbereiten wollte, der Ambitionen hatte, nicht für sich persönlich, sondern für das, was im Augenblick in Hessen passiert.

Im übrigen beantwortet sich die Frage, ob dieser Staat der unsere ist, relativ einfach und fast von selbst, wenn man sie etwas weniger geschwollen formuliert: Gehört dieser Staat uns? Da gibt der Blick ins Grundbuch, in die Bilanzen von Banken Versicherungen und transnationalen Konzernen die einfachste Antwort.

Wie man sich in den Besitz der Funktionsträger dieses Staates setzt, dazu hat Otto Schily im Flick-Untersuchungsausschuß einiges Erhellende beigetragen. Und was passiert, wenn die, denen dieser Staat gehört, sich in ihrem Besitzanspruch gefährdet sehen, das erleben Schilys und Ebermanns Parteifreunde im Augenblick in Hessen. Wenn man die Frage ganz nüchtern angeht, dann stellt sich der Staat dar als ein Organ der Klassenherrschaft zur Unterdrückung der einen Klasse durch die andere Klasse. Instrument dieser Unterdrückung ist die Staatsgewalt. Staatsgewalt manifestiert sich im Militär, das im übrigen, wie die aktuelle Situation in Südafrika zeigt, immer auch ein Instrument zur Unterdrückung des 'inneren Feindes' ist bzw. werden kann – in der Bundesrepublik regeln das die Notstandsgesetze.

Wenn ich Staat höre, denke ich an Gewalt, und zwar nicht nur die Gewalt des Militärs, die Gewalt der Polizei und die Gewalt anderer bewaffneter Organe – auch Gefängnisse sind Instrumente staatlicher Gewalt und psychiatrische Anstalten. Auch das Beamtenheer ist eine stille Reserve der Staatsgewalt, was sich im gerade ergangenen Urteil über den Einsatz von Beamten bei Streiks bestätigt. Letztlich sind auch Schulen bzw. Lehranstalten Instrumente staatlicher Gewalt, wie der aberwitzige Vorschlag aus CDU/CSU-Kreisen belegt, den Kriegsdienst zu verlängern und dafür die Schulzeit zu verkürzen.

Aber die Frage: Ist dieser Staat unser Staat? hat natürlich auch eine emotionale Bedeutung – das heizt das Thema ja so auf. Die Frage zielt auf Identifikation. Die Formel: *Dieser unser Staat* ist alles andere als eine politische Leerformel oder die

Floskel eines tumben Kanzlers, sondern mit ihr wird Identifikation erwünscht, gefordert und abverlangt. Wer sich weigert, wird denunziert und ausgegrenzt.

Ich hatte Gelegenheit, eine Gruppe Schweizer Ethnologen in Mexico dabei zu beobachten, wie sie versuchten, mexikanischen Bauern zu erklären, auf welchen Prinzipien ihr Staat beruhe, der männlichen Staatsbürgern den Karabiner mit nach Hause gibt, ohne befürchten zu müssen, daß dieser gegen den Staat gerichtet wird. Ich kann versichern, daß es den Schweizern nicht gelungen ist, das mexikanischen Bauern klarzumachen.

Gremliza sagt, das Thema klinge zunächst einmal akademisch. Im Grunde ist es völlig egal, wie wir uns hier darüber verständigen, was die Linke in der Bundesrepublik unter Staat versteht und wie sie ihr Verhältnis zum Staat definiert. Zumindest aber müssen wir zur Kenntnis nehmen und in unsere Analysen einbeziehen, daß für bestimmte Teile der Bevölkerung die Frage in der Tat keine akademische ist. Fakt ist, daß in der Bundesrepublik und in vergleichbaren Gesellschaften immer mehr Menschen auf Distanz zu diesem »ihrem« Staat gehen. Die einen bewußt, die anderen ohne sich darüber Rechenschaft zu geben. Das ist ein Prozeß. Der vollzieht sich auf vielen Ebenen. Etwa in den sogenannten Musterdemokratien. Beispielsweise vollzieht sich in der Schweiz der Prozeß politischer Willensbildung bei permanenter Abwesenheit von 60 Prozent der Bevölkerung. 60 Prozent nehmen einfach an Wahlentscheidungen nicht mehr teil. In den USA sind es 50 Prozent. Immer mehr Menschen befinden sich in einem Prozeß der ständigen Distanzierung von jeweils ihrem Staat Menschen, die herausfallen, herausgedrängt und marginalisiert werden. In den USA sind sie ein Millionenheer und hier steigt ihre Zahl.

Ich glaube, daß bei Zuspitzung der Klassenwidersprüche in dieser Gesellschaft täglich Menschen Identifikations-Brüche erleben, Frauen beispielsweise, die neben der Klassenunterdrückung auch die Gewalt männlicher Normen erfahren, sexuelle Minderheiten, die von staatswegen verfolgt werden, Demonstranten, die mit der Polizei konfrontiert werden usw. Es gibt ja nicht nur zweieinhalb Millionen Arbeitslose in der Bundesrepublik, es gibt zehn Millionen Menschen, die bereits durch die Erfahrung der Arbeitslosigkeit gegangen sind, die sich in Bereichen der Marginalisierung bereits bewegt haben und die Grenzen zum Teil überschritten haben. Die »Frankfurter Rundschau« von heute zitiert aus Biedenkopfs neuem Buch, in dem von »Aussteigern« die Rede ist: Schwarzarbeiter, unehrliche Steuerzahler und alle »die das Machtmonopol des Staates nicht mehr ohne Widerspruch akzeptieren«. Der Staat, sagt Biedenkopf, sei in seinem Kern getroffen. Der Analyse stimme ich zu. Die Schlußfolgerung teile ich nicht, über die politische Bedeutung dieses Phänomens müßte man diskutieren.

Ebermann: Wenn man feststellt, wem der Staat dient, wer ihn besitzt, welches politische Lager oder welche Klasse hier herrscht, dann ist die Frage leicht zu beantworten: Dieser Staat ist Bestandteil eines Militärbündnisses, das gegenwärtig kleine Kriege führt und große vorbereitet. Dieser Staat ist Repräsentant und Befürworter einer Weltwirtschaftsordnung, die Hunger und Verhungern millionenfach produziert, damit es der hiesigen Wirtschaft gutgeht.

Dieser Staat selbst hat ein extrem taktisches Verhältnis zur bürgerlichen Demokratie – das kann man gut erkennen, wenn man seine internationalen Bündnisse beobachtet, wo ja die einzige Bedingung ist, daß in den jeweiligen Bündnisstaaten Marktwirtschaft herrschen muß und die Staatsform – faschistisch, despotisch oder demokratisch – keine Rolle spielt. In den Notstandsgesetzen liegt ja sowas wie Vorwegnahme oder auch Offenbarung des taktischen Verhältnisses zur bürgerlichen Demokratie nach innen, d.h. dieser Staat ist fest entschlossen, bürgerliche Demokratie außer Kraft zu setzen, wenn Massenloyalität eines Tages mal nicht mehr so besteht wie heute.

Daß dieser Staat Befürworter und kräftiger Protegé der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ist und diese verewigen will, kann man in der Verfassung nachlesen. Da wird dem Bourgeois angedroht, daß ihm das Privateigentum weggenommen wird, wenn er damit nicht sozial verantwortlich umgeht. Da dieser Nachweis zehntausendfach erfolgt und trotzdem nichts geschehen ist, können wir davon ausgehen, daß ich recht habe.

Dieser Staat will also, kurz gesagt, die Verhältnisse erhalten wie sie sind, und ich will sie ändern, also ist das nicht mein Staat. Was dieser Staat tun wird, damit die Verhältnisse so bleiben wie sie sind, erläutert übrigens so'n kaltschnäuziger Peter Glotz viel besser als manch linker Theoretiker. Wenn der Glotz in seinem Buch fast wörtlich schreibt: Ich rate der Linken, die Finger von der Eigentumsfrage zu lassen, weil sonst die Reaktion das Land mit Blut überzieht – dann sagt er, daß dieser Staat im Besitz eines anderen politischen Lagers oder einer anderen Klasse ist.

Aber uns darauf zu beschränken, was ich jetzt gesagt habe, wäre viel zu banal. Ich werde also auch die Gelegenheit nutzen, über theoretische Ansätze und Probleme, die ich habe, mit euch zu reflektieren.

Erstens ärgert es mich furchtbar, daß Leute, die das staatliche Gewaltmonopol akzeptieren, zugleich von sich behaupten, sie seien gewaltfrei. Jeder Staat, nicht nur der bürgerliche Staat, ist repressiv. Wer vom Staat des ganzen Volkes oder ähnlichen Formeln spricht, verschleiert damit nur die Despotie, die der Staat ausübt, oder beschönigt sie. Gewaltfreiheit und staatliche Verfaßtheit einer Gesellschaft schließen einander aus.

Sozialisten oder Ökosozialisten streben daher eine Gesellschaftsformation an, die ein Absterben des Staates, anders ausgedrückt: die Rücknahme des Staates in die Gesellschaft ermöglicht. Dazu allerdings bedarf es der Überwindung heutiger politischer und ökonomischer Verhältnisse. Die Überwindung dieser Verhältnisse abzusichern, bedarf es sicherlich der Momente eines Staates. Nur eine klassenlose Gesellschaft kann ohne Staat, ohne äußere Zwangsverhältnisse existieren. Nun ist absterbender Staat eindeutig, Günter, unvereinbar mit der Freude am »wachsenden Einfluß des Staates auf alle gesellschaftlichen Belange«, den die Staaten des Ostblocks alljährlich feiern, wenn nicht gerade der Gedenktag für Anti-Dühring ist. Absterbender Staat ist unvereinbar mit Staatwerdung einer Partei. Und absterbender Staat ist unvereinbar mit der Anmaßung, objektive Interessen einer Klasse oder eines politischen Lagers zu vertreten und diese Interessen notfalls auch mit staatlicher Gewalt gegen selbige durchzusetzen.

Wenn ich von der Hoffnung auf eine Gesellschaftsformation spreche, in der der Staat wirklich abstirbt, dann denke ich dabei zuerst an die Pariser Commune, die ja ganz starke Momente von Basisdemokratie, von radikaler Demokratie, von Abwählbarkeit und Rotation der Funktionsträger hatte. Nun habe ich vorhin aufgezählt, warum dieser Staat nicht unser Staat ist. Will man diese Diskussion nicht verplatten, darf man bei dieser Feststellung nicht stehenbleiben. Denn sie ersetzt ja keine materialistische Untersuchung des heutigen Staates mit seinen Veränderungen, mit seinen in die Gesellschaft auswuchernden Funktionen.

Wir haben ja nicht nur eine parlamentarische Verfassung, wir haben auch so etwas wie Sozialstaatsfunktionen, wir haben so etwas wie ein Rechtssystem, wir haben so etwas wie Arbeiterparteien und Gewerkschaften mit bestimmten Bewegungsmöglichkeiten und wir haben nicht nur, wie früher, dominant repressive Staatsapparate, sondern auch so etwas wie ideologische Staatsapparate, das heißt, wir leben in einer Gesellschaft, wo die Herrschenden ihre Macht und die Stabilität der heutigen Ökonomie nicht in erster Linie durch Zwang, durch Respressionen, durch Polizei, durch Militär realisieren, sondern wir leben in einer Gesellschaft, die auf einem Konsens, einem widersprüchlichen Konsens basiert. Wenn das richtig ist, muß die konkretere Analyse untersuchen, ob nicht der Staat selbst ein konzentriertes gesellschaftliches Kräfteverhältnis ist, innerhalb dessen sich der gesellschaftliche Kampf, der Klassenkampf, gebrochen ebenfalls abspielt. Und es ist dann auch naheliegend, darüber zu reflektieren, ob nicht die Umwälzung oder, wie wir es klassisch ausdrücken (ich find es immer noch richtig, dieses Wort): die Zerbrechung der heutigen Staatsapparate zugleich von innen und außen zu bewerkstelligen ist, und ob nicht das Bild, das früher herrschte – eine die Verhältnisse nicht mehr ertragende politische Formation greift den Staat von außen an – durch diese Momente ersetzt werden muß. Dies ist allerdings kein Reformismus, solange man klären kann, wer Souverän in diesem Staat ist, und das kann man immer nur klären, wenn man weiß, was im Ausnahmezustand passiert, also was passiert, wenn die Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr so staatsfromm ist wie heute. In diesem ganzen Kontext will ich mich abschließend fragen: Was nützt überhaupt eine Haltung, die das staatliche Gewaltmonopol akzeptiert?

Erstens hat die Nichtakzeptanz des staatlichen Gewaltmonopols überhaupt nichts damit zu tun, ob man Systemveränderer oder Reformist ist überhaupt nicht. Ein Reformist, der wirklich einer ist und so ein bißchen Mumm hat, der kann leicht begreifen, daß auch für die Durchsetzung von Reformen massenhaft staatliches Gewaltmonopol verletzt werden muß. Die Formeln, die man dafür benutzt, sind verdienstvoll und unterschiedlich zugleich. Die einen sagen: Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht. Ich selbst brauche dieses Wortspiel nicht: Wenn eine Sache durchgezogen wird, die mich in meiner Existenz, in meinem Wohlbefinden, in meiner Sicherheit bedroht, ist es mir egal, ob da irgendwelche Leute sagen: Das ist aber Recht. Aber die das sagen, sind deshalb noch keine Revolutionäre, sondern einfach nur nicht so bekloppt, bloß das zu machen, was erlaubt ist.

Ein anderes Milieu drückt das etwas härter aus. Die sagen dann: legal, illegal, scheißegal. Die brauchen die Kategorie des Rechts nicht. Aber recht haben sie genauso, weil selbstverständlich die Mißachtung des staatlichen Gewaltmonopols immer wieder Bedingung ist, um überhaupt ernsthaft bestimmte politische Ziele zu verfolgen.

Es ist eine einfache, grundsätzliche, leicht zu erfassende Tatsache, daß die Zeit, als in Berlin Petitionen geschrieben wurden, es sei doch eigentlich bedauerlich, daß so viele Häuser verfallen und der Spekulation preisgegeben werden, weniger fruchtbar war als die Zeit, wo es Leute gab, und zwar sehr viele Leute, die gesagt haben: legal, illegal, scheißegal, die Häuser stehen leer und ich habe keine Wohnung, also rein da.

Selbstverständlich und ganz pragmatisch kann man sagen: Jede Frau, die schwanger ist und ein Kind haben will und also abtreibt, soll sich nicht den Schädel zerbrechen, ob sie gerade das staatliche Gewaltmonopol verletzt, sondern soll es tun, verdammt noch mal. Das ist nicht Revolution, das ist einfach nur ein praktischer Umgang mit den eigenen Interessen.

Spannend wird es dann, wenn Otto formuliert: »Aber Strafverfolgungen wegen Umwelt- und Wirtschaftskriminalität, auch im Flick-Verfahren, sind ohne Polizei gar nicht möglich.« Das ist spannend, finde ich. Erstens frage ich mich, warum denn die Wirtschaftsverbrecher und Umweltkriminellen alle ganz geile Anhänger der Polizei sind, wenn diese sie immer so massiv verfolgt. Zum zweiten jedoch frage ich mich, ob es nicht eine unglaubliche Verkürzung sozialer Fantasie ist, zu sagen, es muß ja Polizei geben, weil es Umweltkriminalität und Wirtschaftsverbrecher gibt, und nicht dieses Minimum an Fantasie aufzubringen und zu sagen: dies Ganze wäre erledigt, wenn es gar keinen Flick mehr gäbe in seiner jetzigen

gesellschaftlichen Stellung; dies Ganze wäre erledigt, wenn die Triebkräfte für Umweltkriminalität, die aus der jetzigen Ökonomie und ihrer Konkurrenz entspringen, überwunden werden. Warum muß ich immer eine miese Voraussetzung zur Rechtfertigung einer miesen Institution heranziehen und sage nicht offen, daß diese Voraussetzung abgeschafft werden soll?

Ich kann das auch noch ausdehnen: Der Verkehr muß geregelt werden – der Ebermann spinnt wohl mit seiner antistaatlichen Politik. Warum kann ich nicht auch daran denken und in erster Linie daran denken, daß Polizei ganz offensichtlich ein Instrument ist, Rebellion, Aufbegehren, Wünsche nach Veränderungen zu unterdrücken.

Und wenn gesagt wird, daß gesellschaftliche Konflikte in staatlich geregelten Bahnen auszutragen sind, wie Otto das im »Spiegel«,getan hat, dann heißt das, ich akzeptiere letztinstanzlich – außer meinem Recht zu wählen, darauf beharre ich, merkt euch das – , daß der Staat das Monopol hat zu regeln, wann und wieviel und ob Raketen stationiert werden. Wann und wieviel Atomkraftwerke gebaut werden, wieviel leerstehende Häuser zu Spekulationszwecken leerstehen und verfallen dürfen. Dann regelt der Staat gegenüber einer Bewegung die Formen und das Erlaubtsein von Protest.

Es ist das Absurdeste, was ich überhaupt denken kann, daß man sich dem staatlichen Reglement unterwirft, wann und wie ein Haus besetzt werden darf: Anmeldungspflicht für Hausbesetzung, Vereinbarung, daß der Fußgängerverkehr in der Einkaufspassage nicht darunter leiden darf, Vereinbarung über die Beendigung der Besetzung.

Das ist Akzeptanz staatlichen Gewaltmonopols. Und wer das akzeptiert, nimmt erstens seine Analysen, wie wichtig das ist, wofür er kämpft, nicht ernst, und zweitens degradiert er sich selbst zum symbolischen Protest, das heißt, er überläßt einer anderen Instanz das Monopol, zu sagen, wie doll man demonstrieren darf und wie nicht. Und dann ist es gerade noch erlaubt, Luftballons steigen zu lassen, Sitzstreiks auch, aber nicht vor dem Tor, wo die Militärfahrzeuge durch wollen.

Ich denke also, daß es eine Kausalität gibt zwischen der Zufriedenheit mit dem bestehenden System hier und der Akzeptanz des staatlichen Gewaltmonopols. Ich bin fest davon überzeugt, daß diejenigen, die grundlegende Veränderungen wollen, auch immer wieder Kämpfe austragen, in denen sie dem Staat streitig machen, zu bestimmen, was erlaubt ist und was nicht. Das ist kein romantisches Verhältnis zur Illegalität, Kriminalität und sonst was, das ist die schlichte Erkenntnis, daß nur der die Verhältnisse ändern kann, der auch bereit ist, mutig zu kämpfen und die Spielregeln dieser Gesellschaft nicht zu akzeptieren.

von Paczensky: Ich komme mir vor wie im Ausland. Und so geht es mir eigentlich ganz oft. Ich höre mit Respekt und Interesse diesen Gedanken zu, und die sind mir zum Teil auch vertraut. Es ist ja wahrscheinlich auch alles richtig oder die Hälfte, aber irgendwie trifft das alles auf mich überhaupt nicht zu. Ich kann mich gar nicht darin wiederfinden. Ich habe mir schon oft überlegt, ob dieser Staat unser Staat ist. Ihr habt ja nun gar nicht gesagt, was ihr mit unser meint – aber ich meine mit unser die Frauen: Ich als Frau: Ist das nun mein Staat? Kann ich nicht erkennen. Jedenfalls nicht, wie er sich darstellt.

Er zeigt sich mir gar nicht je in weiblicher Form und zwar an den sozusagen banalsten Stellen. Ich habe mir mal überlegt, wo ich denn den Staat sehe – im Parlament oder in der Regierung oder zum Beispiel bei den Kommentaren in den Tagesthemen. Auch das ist der Staat in seiner Vielfältigkeit – mal mehr abgewogen, mal mehr mahnend. Es gibt da ungefähr drei Grundhaltungen, die man vertreten kann, und das ist wohl insgesamt das öffentliche Denken. Das wird von vollkommen auswechselbaren Gestalten, aber jedenfalls von Männern vertreten . Frauen kommen überhaupt nie vor und man kann es sich auch kaum vorstellen. Ich weiß auch gar nicht, ob die es anders machen würden. Aber jedenfalls tun sie es nie.

Ich sag nochmal etwas ganz Banales: Ich habe gerade gelesen, daß es eine Vorlesungsreihe an der Universität gibt, die die Geschichte Hamburgs oder der BRD nach 1945 darstellen soll, also diese Kampf- und Aufbaujahre. 13 Veranstaltungen, weil es wahrscheinlich 13 Termine im Semester gibt. Und da haben sie auch 13 Männer gefunden – vom ehemaligen Besatzungsoffizier über den Pastor bis zum Hafenarbeiter. Ein eklatantes Beispiel für eine Epoche oder für ein Stück nationaler Geschichte, das ganz stark von Frauen bestimmt worden ist, weil die Männer alle irgendwo in Gefangenschaft oder angeschlagen im Lazarett waren oder verschämt ihr Ritterkreuz irgendwo vergraben haben, wo Frauen den ganzen Laden geschmissen haben – und schon wenige Jahre später ist das alles zugeschüttet, und der Staat in seiner Vergangenheitsform ist männlich.

In seiner Gegenwartsform ist er auch männlich und wahrscheinlich wird er auch in seiner Zukunftsform männlich sein. Wobei ich unter dem Staat auch die Institutionen verstehe und auch die Linke. Die Linke ist doch auch mehr oder weniger männlich. Eine Stadt wie Hamburg hat keine einzige weibliche Bundestagsabgeordnete nach Bonn geschickt.

Sollen wir jetzt um Teilhabe kämpfen oder uns separatistisch zurückziehen? Das ist die alte Frage, der wir ja nun auch schon seit vielen Jahrzehnten nachdiskutieren. Wenn ich mir diese Diskussion hier mit Frauenaugen angucke und mit Frauenohren anhöre, erscheint sie mir sehr fremdartig. Wenn ich Gewaltmonopol höre: Was ist denn das Gewaltmonopol? Das Gewaltmonopol ist auch, daß die Polizei auf mich einschlägt. Und das tut sie genauso wie auf die männlichen

Demonstranten. Und daß bisher noch keine Frauen dabei zu Tode gekommen sind, das ist halt Glück und nicht das Verdienst der Polizei. Aber das Gewaltmonopol ist natürlich auch die männliche Gewalt in der Gesellschaft. Und die ist eben gegen Frauen gerichtet. Frauen werden verprügelt und auch totgeschlagen. Und Frauen werden vergewaltigt. Frauen werden ausgebeutet und ihrer Arbeitskraft enteignet in ganz anderem Ausmaß als Männer.

Die Auseinandersetzung mit der Ausbeutung oder mit der Gewalt hat jedenfalls aus meiner Sicht immer noch eine zweite Komponente. Da ist sozusagen die Ausbeutung und die Gewalt der Herrschenden über die nicht Herrschenden. Und dann ist da die Ausbeutung und die Gewalt der Männer über die Frauen.

Absterbender Staat – das ist eine bestechende Formulierung. Aber wie stirbt denn auch die Ausbeutung der Frauen dabei ab? In dem abgestorbenen Staat – werden die Männer sich dann plötzlich auch an der Hausarbeit beteiligen? Das ist mir bisher als Forderung nicht bekannt. Diese Ausbeutung scheint auch niemanden so recht zu beunruhigen. Wahrscheinlich ist die Forderung, die Ausbeuter sollten sich darüber beunruhigen, daß sie jemanden ausbeuten, naiv – aber wie anders sollen denn diese Fragen gelöst werden? Wie sollen sie denn zu gesellschaftlicher Bedeutung kommen, wenn wir uns nicht immerzu drüber beschweren.

Es ist ja auch langweilig, ewig dieses Frauenklagelied. Jeder kennt es. Die Einwände dagegen kennt auch jeder. Man könnte es auch bleibenlassen. Aber dann wird sich nichts ändern. Und dann wird eben die Gesellschaft nie eine gerechte Gesellschaft werden. Es wird nicht einmal angestrebt.

Ich nehm mal ein Beispiel – mein Lieblingsthema – , nämlich den Paragraphen 218. Da sagt der Thomas Ebermann ganz flott: Jede Frau, die kein Kind will und die abtreiben will, die soll es doch einfach tun. Und sich nicht um das Gewaltmonopol kümmern. Das tut sie ja auch. Es ist gar keine Frage der staatlichen Gewalt. Sondern es ist eine Frage der gesellschaftlichen Unterstützung. Und wo kommt die denn? Selbst die Grünen haben sich noch nicht zu der Forderung nach Abschaffung des Paragraphen 218 oder überhaupt zu einer dezidierten Haltung dazu verstehen können.

Der §218 ist ein sehr wichtiges und bezeichnendes Stück vergessener oder unsichtbarer Politik. Wenn man mal genau hinguckt, wer seit der Wende in den letzten Jahren am meisten beschimpft und diskriminiert worden ist, über wen die schlimmsten Sachen ungestraft und unwidersprochen gesagt worden sind, dann sind es die Abtreiberinnen, die mit Auschwitz verglichen werden, die mit Hiroshima verglichen werden. Wenn ich mir vorstelle, daß solche Vergleiche in aller Öffentlichkeit und häufig über Ausländer oder über Schwule oder über Behinderte gemacht worden wären, dann möchte ich mal wissen, was für ein Empörungssturm von allen Seiten dagegen gekommen wäre. Aber die Diffamierung der Abtreiberinnen, die stört eigentlich niemanden, obwohl ja an diesen rund 200.000 Frauen, die jedes Jahr in der Bundesrepublik abtreiben, doch höchstwahrscheinlich 200.000 Männer beteiligt sind, die sich mitgetroffen fühlen müßten. Und vielleicht auch noch Väter und Arbeitskollegen und politische Bundesgenossen. Das ist eine Diskriminierung, die kann ungestraft immer wieder erfolgen. Und es stört niemanden.

Weder kann ich in diesem Staat meinen Staat sehen, noch kann ich in dieser Linken meine Linke sehen. Und ob ich in diesem KONKRET mein KONKRET sehen soll, das weiß ich auch nicht recht.

Schily: Weil Susanne von Paczensky mit Recht Frauen in Staatsämtern und Parlamentsfraktionen vermißt, möchte ich sie daran erinnern, daß ich sie gern zu einer Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten überredet hätte, aber sie wollte das seinerzeit nicht.

Ich glaube, diese uns gestellte einfache Frage so einfach zu beantworten, geht nicht. Zu sagen: Dies ist unser Staat, oder: Dies ist nicht unser Staat, kommt beides auf ein Falsches heraus. Ich finde, wir haben als Deutsche zunächst einmal darauf zu achten, daß wir eine unselige Tradition der Staatsfixierung haben, und ich bin gewiß keiner, der einer Staatsunterwürfigkeit das Wort redet. Umgekehrt aber auch keiner Staatsverteufelung oder Staatsdämonisierung. Und ich glaube, daß hier viel zu wenig darüber gesprochen worden ist, wer oder wo oder was eigentlich der Staat ist. Diese einfach Gleichsetzung von Staat und wirtschaftlichen Machtverhältnissen, die trifft die Sache nicht. Wenn wir über Staat reden und auch über staatliches Gewaltmonopol, dann müssen wir zu allererst fragen, über welchen Staat reden wir, über welchen konkreten Staat. Es wird vielen hier nicht gefallen, die lieber auf Marx oder andere verweisen, wenn ich Winston Churchill zitiere, der gesagt hat: »Die parlamentarische Demokratie ist die schlechteste Staatsform auf der Welt, mit Ausnahme aller anderen.« Deshalb sollten wir nicht über einen abstrakten, sondern den Staat in seiner konkreten Verfaßtheit reden. Wir sind ja bei KONKRET.

Rechtsstaat heißt: Begrenzung staatlicher Macht, Rechtsstaat heißt: bestimmte Konfliktebenen zu eröffnen, auf denen gesellschaftliche Gegensätze ausgetragen werden können. Rechtsstaat heißt vor allem: die Rechte des Einzelnen gegenüber dem Staat, und die sind zugleich die Grundpflichten des Staates gegenüber dem Einzelnen, in den Vordergrund zu rücken. Und deshalb ist unsere Verfassung, das Grundgesetz, eine ausgezeichnete Verfassung, weil sie genau das tut. Sie stellt an ihre Spitze den Schutz der Würde des einzelnen Menschen.

Ich war ein kleiner Junge, aber ich habe noch am eigenen Leibe einen Staat erlebt, der zum Verbrecher wurde. Und diejenigen, die das nicht erlebt haben, die sollten sich überlegen, was der Unterschied zwischen einem verbrecherischen faschistischen Staat und einem Rechtsstaat ist. Das Recht ist sozusagen eine Form des gesellschaftlichen Friedens, Recht soll gesellschaftlichen Frieden herstellen, friedliche Auseinandersetzungen, den friedlichen Dialog ermöglichen. Das ist stets nur eine Annäherung. Genausowenig wie es die Wahrheit gibt oder den Staat, gibt es »das« Recht. Es gibt nur eine Annäherung an das Recht, nur eine Annäherung auch an den Rechtsstaat. Ich wiederhole, Rechtsstaat heißt: Beschränkung der Macht des Staates. Die Macht des Staates erfährt dadurch eine Beschränkung, daß sie geteilt wird. Es geht zugleich darum, gesellschaftliche Funktionen zu gliedern. Im Bereich des Staates haben wir die bekannte Dreiteilung der Staatsgewalten in Legislative, Exekutive und Judikative. Zentralistische Strukturen des Staates sollten zugunsten der Gemeinden, der kleinen kommunalen Einheiten entmachtet werden.

Es gibt sicherlich die Gefahr, daß sich der Staat verformt, oder sogar entstellt. Die Gefahr besteht besonders heute, daß der Staat einen hyperthrophierten, hochtechnisierten Gewalt-Apparat aufbaut, der demokratisch nicht mehr kontrolliert werden kann, der eine Eigengesetzlichkeit entwickelt. Alles das ist richtig. Aber gleichwohl können wir gegenwärtig nicht auf staatliche Strukturen verzichten, denn ungeachtet aller schönen Ausführungen von Günter Amendt und Thomas Ebermann: Ich habe nicht gehört, abgesehen von einer Utopie der gewaltfreien Gesellschaft, von der auch ich meine, daß sie unsere Hoffnung und unsere Zukunft sein sollte, ich habe nicht gehört, was denn eigentlich heute passieren soll. Heute und morgen und womöglich übermorgen.

Soll denn der Staat sich heute schon so mir nichts dir nichts aus dem Staube machen? Entwürfe von Wolkenkuckucksheimen sind billig zu haben. Aber die Realität ist: Gewalt ist in der Gesellschaft vorhanden. Deshalb ist doch die Frage, wenn wir über das staatliche Gewaltmonopol sprechen: Was ist eigentlich das Gegenteil von Gewaltmonopol? Ein Oligopol vielleicht? Ist es das, was Günter Amendt meint, mit den Gewehren in Mexiko und in der Schweiz? Daß jeder ein Gewehr zu Hause hat und dann sozusagen das Recht in seine eigene Hand nehmen kann, wie wir das ja aus bestimmten amerikanischen Western kennen – ist das die Gesellschaft, die wir wollen? Das ist doch sehr fragwürdig. Ich halte es für die viel größere Gefahr, wenn sich in den Vereinigten Staaten heutzutage eine Stimmung ausbreitet: Jeder nimmt sein Recht in seine eigenen Hände. Das ist eine sehr gefährliche Vergesellschaftung der Gewalt. Die führt auf direktem Wege zu Willkür und Lynchjustiz.

Ich bin für den Rechtsstaat und nicht für die Sozialisierung der Gewalt, sondern dafür, daß wir die Gewalt, soweit sie leider zur Abwehr von Gewalt noch notwendig ist, in der Tat den staatlichen Institutionen belassen. Das staatliche Gewaltmonopol hat in diesem Verständnis eine friedensstiftende Funktion.

Es ist doch interessant, daß die Linke immer wieder in einen großen Widerspruch verfällt: Einerseits sagt sie: Dort ist der böse Staat, das ist der Leviathan, der hat nur schlimmes im Sinn. Aber wenn es andererseits darum geht, in der konkreten Situation eine gesellschaftliche Intervention herbeizuführen, dann wird von links regelmäßig der Staat bemüht. Sei es in der Wirtschaft, sei es auch auf dem Gebiet der Strafjustiz.

Die Grünen hatten doch jetzt einen Frauenkongreß und haben eine Broschüre herausgegeben: mit dem Entwurf eines Antidiskriminierungsgesetzes. Ja, was ist denn damit gemeint? Das sind doch staatliche Handlungsweisen, die vorgezeichnet werden. Was ist denn damit gemeint, wenn die Frauen mit Recht sagen – mit Recht – , auch Vergewaltigung in der Ehe muß strafbar sein. Ich stimme dem zu. Aber das heißt doch: Ausdehnung des staatlichen Gewaltmonopols. Oder wollen wir da eine Selbstjustiz einführen? Die Wohngruppe X sagt womöglich: Mein Lieber, wir machen hier jetzt unser eigenes Volksgericht auf. Und dann wird in einem kurzen Prozeß irgendeine Sanktion verhängt: Versenkung in der Jauchegrube oder sowas. Ich warne vor Anfängen von Selbstjustiz!

Natürlich, Thomas – du bist ja ein geübter Demagoge, das sind wir beide – , natürlich hört es sich für mich gut an, wenn Thomas Ebermann das Über an der Wurzel packen und – so habe ich ihn verstanden – das Privateigentum an den Produktionsmitteln abschaffen und Flick enteignen will. Aber müssen wir uns nicht erst mit der Tatsache auseinandersetzen, daß es in der gegenwärtigen Situation noch Flicks gibt? Und wollen wir uns darauf zurückziehen: Naja, weil wir die Eigentumsverhältnisse heute noch nicht ändern können, deshalb lassen wir die Umweltstrafgesetzbücher beiseite? Laß sie doch alle den Main vergiften? Laß sie doch alle Dioxin überall abladen? Sollen wir das alles laufen lassen? Abgesehen davon, daß mit der Veränderung des Produktionsmitteleigentums Kriminalität keineswegs automatisch aus der Gesellschaft verschwindet.

Macht doch ein gedankliches Experiment. Stellt euch vor, ihr hättet Aladins Wunderlampe. Ihr reibt ein bißchen daran und morgen ist der Staat nicht mehr da. Das ist ein gedankliches Experiment, das Klarheit schaffen könnte.

Ich meine also, wir müssen unter den obwaltenden Umständen darauf achten, daß Gewalt nicht vergesellschaftet wird, sondern daß der Staat das Gewaltmonopol behält, daß Konflikte, soweit sie gewaltförmig in der Gesellschaft auftreten, über die staatlichen Konfliktinstanzen geregelt werden müssen. Wir sollten uns auch dazu verstehen, diesen Sachverhalt anzuerkennen und uns nicht diese luxurierende Kritik am Staat leisten. Das gibt es nämlich auch. Es gibt die luxurierende

Kritik am Staat. Einerseits ist alles Mist: die Polizei ist es sowieso, sie ist das Allerschlimmste was es gibt. Andererseits will man die Annehmlichkeiten des Staates in Anspruch nehmen. Die Polizei soll jedenfalls dann doch zur Stelle sein, wenn irgendjemand gewalttätig wird.

Es gibt ein Land, an dem wir sozusagen modellhaft betrachten können, was geschieht, wenn sich das staatliche Gewaltmonopol in tausend Bestandteile auflöst. Libanon: Da schießt jeder auf jeden. In dieser Hölle geht die menschliche Gesellschaft zugrunde.

Eine letzte Bemerkung: Es wurde gesagt, man dürfe sich mit dem Staat nicht identifizieren. Das halte ich für selbstverständlich. Es geht mir gar nicht darum, sich mit dem Staat zu identifizieren. Ich halte es mit Gustav Heinemann; der hat gesagt: »Ich liebe nicht den Staat, ich liebe meine Frau.« In der Tat, wir brauchen kein emotionales Verhältnis zum Staat. Wir können ein sehr nüchternes und meinetwegen sogar ein sehr distanziertes Verhältnis zum Staat haben. Wer aber meint, er könne den Staat einfach aus der Gesellschaft herausexpedieren, und wer meint, er könnte sich gewissermaßen das Privatvergnügen leisten, zu sagen, diese staatlichen Institutionen seien eigentlich nichts wert, der fördert das Gedeihen der Gesellschaft nicht.

Amendt: Zunächst einmal: mittlerweile bin ich nach allem Gesagten überzeugt davon, daß diese neuerliche Diskussion der Linken über ihre Beziehung zum Staat nötig ist. Denn Otto Schily hat hier Positionsbestimmungen vorgenommen, die weit über das hinausgehen, worauf er sich im »Spiegel« festgelegt hatte.

Ich habe gesagt: Der Staat ist ein Instrument der Klassenherrschaft. Bei Schily ist nicht ein einziges Mal der Begriff der Klasse als Erkenntnismerkmal auch nur aufgetaucht. Da haben wir ein Phänomen, das in der Bundesrepublik so klar erst zu beobachten ist, seit die Grünen in der Provenienz eines Otto Schily, eines Daniel Cohn-Bendit, eines Joschka Fischer einen Zipfel der Macht angefaßt haben. Solange die politische Polarisierung noch bestanden hat zwischen den beiden sogenannten Volksparteien, war der Klassengegensatz präsenter, weil beide Parteien immer in Gefahr waren, sich in Klassenparteien zurückzuverwandeln. Erst seit dem Auftritt der Grünen, repräsentiert durch Schily und Co., wurde alles aus der medienöffentlichen Diskussion eleminiert, was uns eine Möglichkeit geben würde, diese Gesellschaft und die Widersprüche, auf denen sie beruht, zu analysieren. Ich glaube, daß grüne Radikalität etwas zu tun hat mit einem Harmoniebedürfnis, das eine radikale Klassenanalyse und die Erkenntnis, daß der Klassenwiderspruch unversöhnlich ist, nicht zulassen kann.

Diese Haltung ist personifiziert in einigen Repräsentanten des Flügels, den Schily vertritt. Das erklärt auch etwas von den Schwierigkeiten, in denen sich eure Partei befindet, und warum ihr von innerparteilichen Kritikern Zoff bekommt. Einige von euch treten in einer Gesellschaft, die auf einem unversöhnlichen Klassenwiderspruch beruht, als Versöhnte auf.

Joschka Fischer, diese Bornheimer Barockfigur, sagt dem Präsidenten des Bundestages nicht: Sie sind ein Arschloch, Herr Präsident. Sondern – »mit Verlaub«. Dieser Rückzug ins Spielerische, das Kokettieren eines Cohn-Bendit mit den Mächtigen, diese Gier dabei sein zu wollen, diese Lust, dazuzugehören – das bringt euch in Widerspruch zu Teilen eurer Basis und euren Sympathisanten, denen es ernster ist als Leuten, die Politik nur als »just a game« betrachten. Und das rührt eben auch daher, daß sie – die Spieler – sich nicht auf den Grundwiderspruch dieser Gesellschaft einlassen können oder wollen.

Schily habe ich aus dieser Charakterisierung ausgelassen. Er war in den 60er Jahren »Republikanischer Anwaltsverein«, er ist es in meinen Augen noch heute. Deshalb ist er glaubwürdig und berechenbar. Mir geht es um die Hanseln, um die Leute, die alles als Spiel veranstalten, die sich wie Cohn-Bendit – natürlich sage ich das als Kommunist – damit brüsten, ein besserer Antikommunist als Reagan zu sein, und sich so verbünden mit den schlimmsten Reaktionären in diesem Land.

Ebermann: Otto, – laß uns mal versuchen, halbwegs unrhetorisch die Differenzen und Probleme zu diskutieren. Ich finde es nicht richtig, wenn du sagst: ich bin Demagoge und Ebermann auch, und dann ist die ganze Auseinandersetzung ein Spaß. Denn die hat ganz viel mit wirklicher Politik zu tun. Du sagst in Abwehr der Diskussion, die wir jetzt hier führen: Was soll denn heute passieren? Und einige gucken ganz wichtig – , ja, Mensch, was soll heute passieren? Heute passiert gar nichts mehr. Wenn hier Schluß ist, trinken wir alle noch unser Bier und dann ist morgen. Zur Klärung eines Problems kann der Verweis auf Dringliches nicht herhalten. Otto, du hast gesagt, unsere Verfassung sei nicht so schlecht, weil darin – ganz am Anfang – vom Schutz der Würde des Menschen die Rede ist. Das steht da, das ist unbestreitbar. Nur, blamiert sich diese Formel nicht alltäglich in der Wirklichkeit? Was hat jemand von dieser Formel, wenn es ihm geht wie denjenigen, die in den neuen Wallraff-Texten beschrieben werden? Was hat jemand von der Formel, daß in unserem Staat die Würde des Menschen unantastbar ist, wenn er in eine soziale Situation gezwungen wird, die ihn entweder einen Beruf ausüben läßt wo er erstens sein Leben lang für Schmarotzer produziert und arbeitet, und zweitens dabei seine Gesundheit ruiniert und drittens noch befürchten muß, daß er Sozialhilfeempfänger werden kann und es ihm saudreckig geht? Was hat so ein Mensch von der Formel, daß die Würde des Menschen in dieser Gesellschaft unantastbar ist?

Laß uns über die Wirklichkeit diskutieren und nicht über die Ideale, die ich im Gemeinschaftskundeunterricht auch gelernt habe.

Zweitens, Otto, es ist, auch wenn du es charmant vorgetragen hast, es ist unglaublich brutal, wenn du formulierst, die Linke darf den Staat nicht immer nur kritisieren, und dann auch noch seine Annehmlichkeiten in Empfang nehmen. Was ist das für eine Formel! Ich kannte diese Formel bis jetzt nur in der Form, daß Parlamentarier einem GAL-Abgeordneten gesagt haben: Du machst hier den Staatskritiker und bist Lehrer und empfängst dein gesichertes Gehalt und deine Rente von diesem Staat. Es ist eine unglaublich despotische Überlegung, daß radikale Kritiker dieses Staates dann auch auf jede Inanspruchnahme dessen, was man hier so abgreifen kann, zu verzichten haben. Das ist sympathisch vorgetragen, und ich weiß, du bist ein absoluter Gegner von Berufsverboten. Aber der Geist, der dahinter steckt, schimmert in solchen Formeln durch.

Drittens: Was bringt es, wenn wir darauf verweisen, daß es ganz viele staatliche Funktionen gibt von denen man dem Augenschein nach was hat? Du sagst, ich soll mir vorstellen, ich hätte Aladins Wunderlampe und morgen wäre der Staat weg. Worüber soll ich nun nachdenken? Die Wasserwerke sind staatlich. Morgen kommt aus meinem Wasserhahn kein Wasser mehr. Es ist doch eine Verballhornung des Problems, festzustellen, daß einerseits der Staat Verteidiger eines Systems ist, das Arbeitslosigkeit und soziales Elend erzeugt, andererseits aber auch der Auszahler von Sozialhilfe.

Ich will nochmal erläutern, was ich mit dem Wort vom konzentrierten gesellschaftlichen Kräfteverhältnis meine. Ich meine damit, daß dieser Staat, wie Günter Amendt sagt, Klassenstaat ist, Klassenherrschaft ausdrückt, aber in diesem Staat zugleich gesellschaftliches Kräfteverhältnis einfließt. Es gibt ein traditionelles Bild der Auseinandersetzung zwischen Unterdrückten und dem Staat, in dem der Staat sehr monolithisch gezeichnet wird: Der Staat ist Gegner. Nun muß ich aber feststellen, daß diese Wahrheit bei der heutigen Ausformung des Staates nur noch eine halbe ist. Sehr viele Kämpfe finden innerhalb des Staates statt. Wir haben – ich fang mit dem extremsten an – in Portugal erlebt, daß Teile der Armee nicht nur keine Gegner gesellschaftlicher Veränderung waren, sondern vielleicht sogar so etwas wie Beförderer und Beschützer. Das heißt: Selbst der repressive Staatsapparat, erst recht aber die anderen Momente des Staates werden offensichtlich berührt von den politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen oder dem Klassenkampf, wie immer man das ausdrücken will, und so können auch innerhalb des Staatsapparates Risse auftreten. Mit dieser Aussage negiere ich keineswegs, daß es einen politischen Block an der Macht gibt. Ich negiere damit nicht, daß es so etwas wie ein qualitatives Umschlagen einer Gesellschaftsformation in eine andere gibt. Aber es ist für die politische Strategiebildung sehr wichtig, über den Staat mehr zu wissen, als daß er der geschäftsführende Ausschuß der Bourgeoisie ist.

Günter – ich will heute mit Otto streiten, und deswegen vernachlässige ich dich – du machst hier den Radikalen. So richtig schön auf der Basis, daß eure Partei die Probleme, die wir haben, nicht hat, weil sie sie nicht haben kann. Wenn ich sehe, Günter, wie deine Radikalität eigentümlich korrespondiert mit Überlegungen deiner französischen Bruderpartei, wenn denn der französische Staat ihr Staat ist, wenn man ein paar Minister stellt, wenn man der Rüstungspolitik zustimmen muß, der force de frappe, wenn ich sehe, wie geil ihr seid, überall mit der SPD viel besser ins Geschäft zu kommen als die Jusos, dann muß ich sagen, diese Radikalität, die du da spielst, entspricht der Debatte nicht.

Die radikale Geste fällt leicht, wenn man nicht in Versuchung ist. Und selbstverständlich: Warum sollte Otto denn sein Bekenntnis zum staatlichen Gewaltmonopol ablegen, bevor er Minister werden wollte. Es ist doch völliger Quatsch zu glauben, daß man über alles redet, was man meint, wenn der Anlaß nicht gegeben ist. Wir leben in einer Gesellschaft und in einem Staat, wo es eine enge Kausalität gibt zwischen dem Bekleiden von Regierungspositionen und der Akzeptanz des staatlichen Gewaltmonopols.

Otto, wende deine bedingungslose Akzeptanz des staatlichen Gewaltmonopols doch mal auf Hausbesetzer an. Die haben sich entschieden: Wir gehorchen dem staatlichen Gewaltmonopol nicht, sondern wir organisieren und vertreten unsere Interessen. Wende sie doch mal an gegen Arbeiter, die – was leider noch eine verdammte Ausnahme ist – zu dem Mittel der staatlich verbotenen Betriebsbesetzung greifen. Wende sie doch mal an gegen die Arbeitsloseninitiativen, die jetzt demonstrativ eine Woche umsonst U-Bahn fahren, umsonst schwimmen gehen, umsonst in die Theater, die sie interessieren, reingehen. Wende sie mal an gegen real existierende Demonstranten, die sagen, wir wollen heute diese Kaserne nicht nur symbolisch, sondern wirklich blockieren. Wende sie an auf die Frankfurter Ereignisse, die ja erst ein paar Wochen alt sind. Du rettest dich, und das ist klassisch – nicht, daß sich jeder in Churchill rettet, das ist originell – , aber du rettest dich in den Gedanken, es sei zwar nicht gut hier, aber es gibt Beispiele, wo es noch schlechter ist. Und dann kommt erstens der Hinweis auf den real existierenden Sozialismus. Und dann soll ich dazu sagen, daß ich da auch nicht alles gut finde, und dann haben wir eine wunderschöne Unterhaltung, wie wir die despotischen, die stalinistischen Momente des real existierenden Sozialismus gemeinsam verurteilen. Aber was ist, wenn das nur Instrument ist, die hiesigen Verhältnisse zu beschönigen?

Und zweitens kommt dann der Hinweis auf den Faschismus. Selbstverständlich bin ich kein Abenteurer, ich bin kein leichtfertiger Mensch, selbstverständlich will ich allerlei, was ich tun kann, ins Werk setzen, wenn es eine wirklich faschistische Bedrohung hier gibt, und selbstverständlich lebt es sich unendlich angenehmer in der bürgerlich-demokratisch

verfaßten Gesellschaft. Aber warum soll mich diese Erkenntnis dazu führen, meine Kritik an dem, was ich hier vorfinde, abzumildern? Warum liquidierst du mit dieser Schönfärberei des Staates alles, was in unseren Programmen, wie hilflos auch immer, steht? Daß wir mit dieser Form der repräsentativen Demokratie, mit dieser bürokratischen Gängelung aller emanzipatorischen Bestrebungen nicht zufrieden sind? Wir nennen das manchmal hilflos: Basisdemokratie. Wir haben kein genaues Bild, wie denn eine Gesellschaft aussehen könnte, in der über imperatives Mandat, über Rätesystem eine unmittelbare Anknüpfung der Interessen der Produzenten an die Politik stattfindet. Aber die unendliche Überlegenheit dieses kurzen Experiments der Pariser Commune gegenüber einem System, in dem man alle vier Jahre einmal wählen darf und sonst gucken, was die Politiker machen und wie sie uns verarschen, die ist für mich absolut unbestreitbar.

Schily: Vorweg einige Sätze zu Günter Amendt: Du hast völlig recht, daß ich im Zweifel bin, ob die tradierte marxistische Theorie von den Klassenwidersprüchen geeignet ist, unter den gegenwärtigen Verhältnissen wirklich einen Begriff der gesellschaftlichen Funktionsmechanismen zu vermitteln. Ich frage mich, ob die Arbeiterklasse nicht eigentlich verschwindet, ob man zum Beispiel die Beamten so ohne weiteres zu Exponenten einer bestimmten Klasse machen kann.

Ihr macht auch einen Fehler bei der Analyse des Staates – abgesehen von dem ganz platten Fehler, daß ihr Regierungen, Staat, womöglich noch Militär, auch das Recht, alles in eins rührt. Wo ist denn eigentlich der Staat? Bin ich auch der Staat, weil ich jetzt im Parlament sitze? Dann bin ich jetzt also auch Instrument der Klassenherrschaft?

Wir wollen die Sache nicht billig abmachen, Thomas, das sind wir uns gegenseitig, glaube ich, schuldig. Um Vizekonsul in Florenz zu werden, brauche ich keine Bekenntnisse zum Gewaltmonopol des Staates abzulegen. Du solltest also nicht diese billige Tour reiten: weil ich angeblich eine Ambition auf ein Ministeramt hätte, deshalb hätte ich irgendwelche Erklärungen abgegeben. Ich habe meine Überzeugung zum Ausdruck gebracht. Ich laß deine Überzeugungen gelten. Das sollten wir uns gegenseitig abnehmen und nicht irgendwie ein instrumentelles oder opportunistisches Motiv unterstellen.

Ich kann auch stundenlang darüber sprechen, und wir sind sicher einer Meinung, daß die Verhältnisse, in vielen Asylantenheimen mit Artikel 1 des Grundgesetzes nicht zu vereinbaren sind. Wem sagst du das? Aber die Frage ist, ob eine solche Norm und staatliche Institutionen, die eine Norm zur Geltung zu bringen haben und die ich beim Wort nehmen kann – ob das sinnvoll ist oder nicht.

Ich muß auch nicht darüber belehrt werden, daß staatliche Institutionen verbesserungsbedürftig sind. Wir reden als Grüne über eine stärkere Ausformung der plebiszitären Komponente. Wir reden über Ausformung von Basisdemokratie. Alles richtig. Wir reden auch über Entstaatlichung. Die Frage ist jedoch, ob wir deshalb alle staatlichen Institutionen abrasieren, oder ob wir sie verbessern wollen. Ist es bei bestimmten gesellschaftlichen Konflikten, die die Menschen unmittelbar betreffen, zum Beispiel im ökologischen Bereich, nicht ein Positivum, daß eine Bürgerinitiative sich frei bilden und von Rechtsmitteln Gebrauch machen kann? Ich will dafür ein Beispiel geben: Es hat sich die staatliche Repräsentanz in Form einer SPD-geführten Stadtregierung in Berlin seinerzeit dafür ausgesprochen, in einem schönen Naturschutzgebiet in Berlin-Spandau ein überflüssiges Kraftwerk zu bauen. In einer rechtsstaatlichen Demokratie war es möglich, daß sich in Spandau eine Bürgerinitiative zusammenfand, sich einen tüchtigen Anwalt nahm und in einem formellen Verfahren vor dem Verwaltungsgericht eine Klage anhängig machte. Und dieser Bürgerinitiative gelang es – obwohl die Stadtregierung eine große Panik zu veranstalten suchte: die Lichter gehen aus in Berlin – , in dem förmlichen Streitverfahren vor dem Verwaltungsgericht den Bau dieses Kraftwerks und die Zerstörung eines schönen Naturschutzgebietes zu verhindern. Das staatliche Gericht hat sich insofern als eine sinnvolle Institution erwiesen. Daß es anderen Bürgerinitiativen vielleicht mißlingt, das will ich nicht bestreiten. Aber wie soll eigentlich in der Gesellschaft, in der es ja auch unterschiedliche Meinungen und keine absoluten Wahrheiten gibt, wie soll denn der Konflikt anders gelöst werden? Dazu hör ich überhaupt nichts von euch, Thomas. Das geht leider, so wie die Verhältnisse heute beschaffen sind, mit Blümchen schwenken alleine wohl nicht. Sondern es muß eine Rechtsinstanz geben – und das ist in der Tat eine fortschrittliche Lösung in einer rechtsstaatlichen Demokratie. Wer das nicht begreift, der sollte es spätestens begreifen, wenn er einem gesellschaftlichen Streit ausgesetzt ist, der durch bloßes Palaver nicht geschlichtet werden kann.

Nun sagst du, es gäbe ja Fälle, wo gesagt wird: Die Legalität ist nicht der Hauptzweck, ein Wert, dem alles unterzuordnen ist. Der Mensch läßt sich nicht verstaatlichen, gewiß er behält auch seine Autonomie. Deshalb kann es Situationen geben, wo ich wegen der existenziellen Bedeutung einer bestimmten Ausnahmesituation der Mehrheitsentscheidung nicht folgen kann. Wenn für mich evident ist, daß eine politische Grundentscheidung die Menschheit in ihrer Gesamtheit in Gefahr bringt, kann ich es mit meinem Gewissen verantworten, zivilen, gewaltfreien Ungehorsam zu leisten. Ich habe in der Tat die Straßenverkehrsordnung übertreten als ich mich seinerzeit vor das Verteidigungsministerium setzte. Aber das gilt nur in extremen Situationen, in denen der Konsens von bestimmten staatlichen Institutionen in einem wesentlichen Bereich aufgekündigt wurde. Wenn die Regierung sich darauf einläßt, im sogenannten Ernstfall durch Stationierung von Massenvernichtungsmitteln, dann wird ja der Konsens der Friedensstaatlichkeit, der auch ein zentrales Element unserer Verfassung ist, einseitig aufgekündigt. In diesem Fall wird gewissenhaftes Handeln eine Normverletzung nicht vermeiden können. Allerdings denke ich, daß es um eine demonstrative Normverletzung geht, die ihren Erfolg nur erreichen wird,

wenn sie überzeugungsbildend wirkt. Ein gewaltfreier ziviler Ungehorsam in bestimmten Ausnahmesituationen verträgt sich mit unserer Verfassung durchaus, verträgt sich selbstverständlich übrigens sehr viel besser mit einer rechtsstaatlichen verfaßten Demokratie als mit anderen Staatsformen. Und, lieber Günter Amendt, wenn du DKP-Mitglied bist, dann darf eines nicht vergessen werden: Eure Kritik an den hiesigen Verhältnissen, an angeblichen Untaten des Klassenstaates und an Berufsverboten, die ist doch dadurch unterminiert, daß ihr völlig einäugig seid. Ich bin jemand, der gegen Berufsverbote zu Lasten von DKP-Angehörigen ist, aber ich bin ebenso auch gegen ein Berufsverbot für Wolf Biermann in der DDR.

Es ist ja in der Tat die Frage, ob man alles aus einem Klassenbegriff herleiten kann. Es ist ein Grundirrtum, wenn man meint, Menschenrechte, überhaupt Rechte könnte man nur aus dem Klassenbegriff entwickeln. Ich gehe sogar noch ein Stück weiter: Es ist auch nicht alles aus den Eigentumsverhältnissen erklärbar. Schaut euch doch an, ob die genossenschaftlichen Losungen, siehe Neue Heimat, immer zu den besseren Ergebnissen geführt haben. Ich bin da sehr vorsichtig geworden.

Michael Stamm*: Ich finde Ottos Vorschlag mit dem Aladin und der Lampe unheimlich toll. Man denkt sich heute den Staat weg, Otto, und dann kriegst du Zustimmung bei allen im Saal, weil sich das keiner vorstellen kann. Ich frag mich nur, warum nimmst du nicht Aladins Lampe und denkst dir zum Beispiel den Unterschied von Arm und Reich, die Sauerei in der Welt, weg. Könntest du doch auch machen. Dann kämst du nie auf die Idee, als Notwendigkeit dieses besseren Zustandes der Menschen untereinander dann doch einen Staat zu benötigen. Du denkst dir also genau das weg, was du brauchst, wenn die Welt so bleibt wie sie ist. Das ist aber überhaupt keine Beweisführung, sondern das ist nichts anderes als staatsrechtfertigendes Denken.

Dein anderes Beispiel, der Libanon: Da stellst du dich hin und sagst: Verdammt nochmal, bei denen geht der Staat kaputt und deshalb bringen die Leute sich gegenseitig um. Abgesehen davon, daß man mit dieser Argumentation noch nicht einmal zu einem Rechtsstaat kommt, sondern zu einem ganz despotischen, der seinen Knüppel nimmt und für den Frieden sorgt. Das ist ja auch die klassische Staatstheorie, wie die bürgerliche Gesellschaft sie hervorgebracht hat. Dieses Beispiel verkennt, daß doch die Klopperei in diesen Regionen nicht daraus resultiert, daß da kein Staat ist, sondern die Probleme sind erst mit den Staaten entstanden. Der Libanon-Konflikt, die Metzeleien der Leute untereinander, die Aufteilung der Teilstaaten usw. – sind das Ergebnis der Aufteilung in Staaten, hat auch was mit Imperialismus zu tun, aber das würde natürlich zu weit gehen, wenn man solche Unterstellungen bei dir machen könnte.

Jetzt will ich aber zeigen, wo du total unredlich wirst. Du sagst nämlich, wieder Punkte sammelnd: Leute, es gibt doch so viele Sachen, wo man den Staat braucht, und dann zählst du die auf, und dann denkt jeder an sein Werktagsleben und stellt fest: stimmt. Und dann sagt er, was wäre denn nun, wenn wir so etwas nicht hätten, was da über uns wäre was da sozusagen den letzten Spruch macht. Das ist deine Argumentation. Und dann kommt plötzlich für dich eine Ausnahme. Plötzlich findet Otto Schily, es gibt auch Fälle, wo ein höheres menschliches Interesse, zum Beispiel das der deutschen Nation, durch die Nachrüstung gefährdet ist. Und dann findet Otto Schily, weil er die Lage so ernst sieht, es erlaubt, sich an die Stelle dieses höchsten Richters zu setzen und zu sagen: hier mach ich einen Rechtsbruch.

Das ist eine komplett absurde Argumentation, weil du damit die vermeintliche Notwendigkeit einer über dir stehenden Instanz für diesen Fall außer Kraft setzt, und dann darfst du dich nicht wundern, daß andere Leute andere Sachen wichtig finden und das genauso machen. Und dann hast du natürlich das Problem auf alle verteilt, und damit ist weder der Staat weg, noch hast du zur Staatsdiskussion irgendwas Erhellendes beigetragen.

Nehmen wir mal an, die Nachrüstung sei durch das Verfassungsgericht in letzter Instanz bewilligt und jeder, der den Rechtsstaat und das Gewaltmonopol des Staates anerkennt, muß nach diesem Urteil sagen: Nun gehorche ich; ich kann zwar theoretisch noch dagegen sein, aber praktisch nicht. Ich kann noch dagegen meckern, aber ich kann mich nicht widersetzen. Das höchste Gericht hat gesagt, es entspricht der Verfassung, diese Raketen hinzustellen.

Und nun hätten wir, entgegen der augenblicklichen Wirklichkeit, eine Arbeiterklasse – jetzt nehm ich mal Aladins Wunderlampe – eine Arbeiterklasse, die sagt: nein, wir nicht, wir setzen unsere Kraft ein, unseren Willen den anderen aufzuzwingen. Wir streiken generale. Dann üben sie, selbst wenn da kein Blut fließt, Gewalt aus. Denn Gewalt heißt nichts anderes, als einer anderen Gruppe den eigenen Willen aufzuzwingen. Dann setzen sie sich praktisch über das Gewaltmonopol des Staates hinweg und das wäre eine verdammt gute Sache, kann ich da nur sagen. Und daraus ergibt sich für mich als Schlußfolgerung: Mit der Anerkennung des Gewaltmonopols des Staates, wie du es hier gemacht hast, verlierst du jeden instrumentellen Bezug auf den Staat, machst den Staat zu etwas Höherem, statt zu sehen, daß in einem instrumentellen Bezug auf den Staat, der dessen begrenzten Nutzen in einer bestimmten Situation sieht, zugleich die Begrenzung des Staates liegt. Weil deine Anerkennung prinzipiell ist, führt sie in der Tat dazu, daß du dich in »Spiegel«Interviews über Antje Vollmer hermachst und sagst, ich verlange von euch, ihr Grünen, gefälligst die Anerkennung des Staates als ausdrücklichen Bewußtseinsakt. Und wer das verlangt, der hat praktisch mit der Veränderung der Welt, die diesen Staat braucht, wirklich nichts mehr am Hut. Und der bereitet die Weichmachung der Leute, das Einverständnis mit diesem Scheißverhältnis und seinem gewaltförmigen System vor.

Selbst die Feierei des Rechtsstaates muß instrumentell sein. Die ganzen Rechts-Hochstilisierer, die da immer über die Rechte und Grundrechte und weiß der Himmel was reden, die werden doch nicht einmal den instrumentellen Spielraum, der mit dem Rechtsstaat gegeben ist, erhalten können, weil für abstrakte Rechte sich keine Sau interessiert. Sondern nur, wenn konkrete Interessen verletzt sind, wenn was auf dem Spiel steht, dann setzt man sich dafür ein.

Und vielleicht sollte man zuletzt noch sagen: Recht ist keine Idylle, Recht ist nicht einer Grundnorm geschuldet, wie du soeben angedeutet hast, sondern, das sagt auch schon der Herr Hobbes: Nicht die Wahrheit schafft das Recht, sondern die Macht schafft das Recht. Insofern ist die Begründung des Rechts immer Macht, und die Interpretation des Rechts ist keine Sache des Konsens, sondern eine Frage der Gewalt, die die Macht hat, die letzte Interpretation des Rechts vorzunehmen. Und das ist nun mal hier unsere Staatsordnung und nicht wir.

v. Paczensky: Ich habe mir schon die ganze letzte Stunde überlegt, wovon diese Diskussion eigentlich handelt. Also von dem, was auf der Einladung stand, handelt sie, glaube ich, ganz wenig. Und dann bin ich zum Ergebnis gekommen, daß sie davon handelt, ob die Grünen sich an der Regierung beteiligen sollen oder nicht. Es ist verblüffend, wieviel Bildungsgut und Selbstdarstellung man anläßlich eines solchen Themas einbringen kann. Ich war schon immer eher dafür, daß die Grünen sich an der Regierung beteiligen, aber aus ganz untheoretischen und wahrscheinlich eher niederen Beweggründen. Und an dieser Einstellung hat sich auch nichts geändert. Klüger bin ich nicht geworden. Ich kann dazu nichts weiterführendes beitragen, nur damit ich in KONKRET groß rauskomme.

Amendt: Worüber wir nicht diskutiert haben, was du, Thomas, kurz angedeutet hast, ist die Frage, ob jemals irgendein Staat unser Staat sein kann. Ich fände diese Diskussion sehr interessant. Du bist ein bißchen voreilig, wenn du unterstellst, daß ich die Regierungs-Beteiligung einer kommunistischen Partei unter kapitalistischen Bedingungen – wie in Frankreich – vor dem theoretischen Hintergrund, von dem aus ich argumentiere, begründen könnte. Ich kann es nicht. Ich konnte es schon nicht, bevor das französische Experiment scheiterte. Ich konnte es u.a. auch deshalb nicht, weil ich die Konsequenzen gesehen habe, was beispielsweise die force de frappe anbelangt.

In der Analyse des absterbenden Staates bin ich mit dir einig, wobei du, im Gegensatz zu Otto, das Absterben nicht sozialdemokratisch interpretierst. Absterbender Staat ist der Staat nach der Zerschlagung des bürgerlichen Staates. Sozialdemokraten – Lenin hat sich damit bereits auseinandergesetzt – tun immer so, als würde dieser bürgerliche Staat irgendwie absterben. Der wird nicht absterben, der wird »zerschlagen« bzw. »aufgehoben« oder er wird weiterbestehen.

Aber dann ist die Frage, und hier werden wohl die Differenzen zwischen dir und mir aufbrechen, welche Formen der Gewalt dann im Staat noch vorhanden sind und wer Träger dieser Gewalt sein wird. Werden es beispielsweise Komitees zur Verteidigung der Revolution sein wie auf Cuba oder in Nicaragua, werden es Betriebskampfgruppen sein wie in der DDR. Oder muß es ein Militär sein mit allen militärischen Ritualen, wie wir es auch in den sozialistischen Ländern erleben. Das wäre eine interessante Diskussion. Wir sollten sie irgendwann fortsetzen.

Ebermann: Ich will das gerne fortsetzen. Vielleicht mach ich es, indem ich die Frage interpretiere, die mir gestellt ist. Ich steh völlig bekloppt da, wenn der Eindruck entstanden ist, daß mein Bild vom absterbenden Staat, der konstitutiv ist für eine sozialistische Gesellschaft, wie ich sie wünsche, etwas mit Harmonie und harmonistischen Bedingungen zu tun hat. So, als würde er nicht absterben, sondern mehr einnickern. Das ist ganz bestimmt nicht mein Bild.

Wenn es Leute gibt, die wirklich ganz ernsthaft dafür kämpfen, daß es eine gewaltfreie Gesellschaft gibt, und wenn Gewaltfreiheit nicht nur heißt: ich bin das Mäuschen und werde niemals rebellieren, wenn der Staat was verordnet; wenn also Gewaltfreiheit nicht heißt Unterordnung unter das, was der Staat anordnet, sondern Streben nach einer Gesellschaft, in der Gewalt nicht mehr nötig ist, dann ist das unvereinbar mit dem Denken, daß diese Gesellschaft staatlich verfaßt ist. Bis dahin werden Staat und Gewalt immer zusammenhängen.

Mir ist das ganz wichtig, daß das Absterben des Staates überhaupt nur denkbar ist, wenn man nicht meint: Sozialismus, da kommt man an, wie Lenin sagt, wir sind da, alle aussteigen! Sondern daß es da mit den Kämpfen, den politischen und den Klassenkämpfen in anderer Form weitergeht.

Man kann zwei Utopien haben. Du kannst die Idee haben, daß deine Partei, meinetwegen auch eine Bündniskonstellation, stark genug ist, die Staatsmacht zu erringen, und diese Staatsmacht einsetzt, um den objektiven Interessen zum Durchbruch zu verhelfen. Sie kann also guten Gewissens gegen die wirklich geäußerten Wünsche per Staatsgewalt vorgehen. Das Bild, das ich dagegensetzen will, und das ist keine Frage, Susanne, von heutiger Regierungsbeteiligung oder nicht: Ob nicht gedacht werden muß, daß Kräfte, die sich dem Sozialismus oder der Emanzipation oder der Befreiung der Menschheit verpflichtet fühlen oder da mitanfassen wollen und sich zu diesem Zweck zusammenschließen, sich prinzipiell auf Außerstaatlichkeit festlegen sollten. Denn um zunächst den jetzigen Staat zu überwinden und später zum Absterben des Staates beizutragen, kann ich nicht selber Staat werden, sondern dazu muß ich die Dynamik weiter befördern.

Es ist also aus meiner Sicht richtig zu sagen: Es wird keinen Staat geben, der meiner ist. Damit verwische ich nicht die Unterschiede zwischen dem Staat, den ich heute antreffe und entschieden kritisiere und bekämpfe, und einem Staat, von dem ich der Auffassung sein könnte, der unterdrückt zwar auch, der ist zwar auch ein Gewaltverhältnis, aber der unterdrückt diejenigen, die die früheren schlechteren, ausbeuterischen, naturzerstörerischen Zustände wieder herstellen wollen.

Deswegen ist meine Ablehnung der Staatwerdung eine viel tiefere, als die praktische Frage, ob wir nun Minister stellen wollen oder nicht.

Ich habe jetzt ziemlich theoretisch geschwätzt, aber das hat doch eine extrem praktische Implikation. Wir finden dafür hilflose Worte: Was ist unser »Standbein«, was ist unser »Spielbein«? Wir diskutieren: Ertrinken wir in Staatsapparat und Parlament; geht uns außerparlamentarische Aktionsfähigkeit verloren? All das sind dann die praktischen Übersetzungen dieser Frage.

Ich denke, daß eine gesellschaftspolitische Utopie, die diesen Staat überwinden will, um selbst Staat zu werden, völlig unattraktiv erscheint, und daß es viel richtiger ist und viel attraktivere Utopie und Zukunft bedeutet, zu sagen, ich will diesen Staat zerschlagen, um danach in neuen Kämpfen die Rücknahme des Staates in die Gesellschaft, die Basisdemokratie, die elementare Demokratie zu verwirklichen.

Daß es dabei dann so etwas geben wird wie Momente von Zentralisation, das bestreite ich doch gar nicht. Es wird doch so etwas geben müssen, daß in großen Dimensionen geplant wird, wie denn das Verkehrssystem aussehen soll. Es wird Delegation geben. Warum sollte ich das bestreiten? Man kann nicht alles in Vollversammlungen besprechen. Aber die Rücknahme des Staates in die Gesellschaft als einziger Weg, eine Gesellschaftsformation zu schaffen, die weder Gewalt noch Krieg gegen andere Nationen kennt, halte ich für eine extrem positive und eine extrem richtige Utopie.

Ich denke deswegen, daß ihr einen ziemlichen Fehler macht, wenn ihr glaubt, das, worüber wir streiten, sei nur aufgeblasenes theoretisches Geschwätz vor einem einzigen Hintergrund: der Ebermann will nicht, daß die Grünen Minister stellen, und der Schily will es. Oder zu enthüllen, daß ich hier überhaupt nur sitze, um dem Otto den Flankenschutz der Linken zu gewähren, den er allein nicht organisieren kann. Oder in Wirklichkeit sind wir sehr radikal und haben Otto nur als Agenten, weil wir auch bei den bürgerlichen Schichten ein bißchen was abgreifen müssen. Das alles ist ausgedachter Kram.

Die Wahrheit ist: Es ist über Weltanschauungen, über politische Differenzen hinweg eine Formation entstanden, durch die es erstmals überhaupt möglich ist, über Zirkelwesen und über außerparlamentarischen Kampf hinaus in die Politik einzugreifen. Und da ist es so, daß Otto vielleicht einen größeren Teil des Wählerpotentials repräsentiert als ich, aber ohne das, was ich mit repräsentiere, nicht hinkommt. Und dieses Zweckbündnis, geschaffen durch die 5-Prozent-Hürde und das Wissen, daß man sich nicht auseinanderdividieren darf, weil es schrecklich wäre, wenn diese alte Stabilität von SPD, FDP und CDU wieder entstände, das führt uns in eine Partei. Und das ist was ganz Unharmonisches. Wie der Sozialismus, von dem ich träume. Denn ich sage nicht, wie schön, daß wir zwei Meinungen haben, sondern ich sage, ich möchte gerne, daß Otto in der Minderheit ist und ich in der Mehrheit bin.

Schily: Eine erste Bemerkung zu Michael Stamm: In einem Punkt hat er mit seiner Kritik an mir partiell recht, weil ich mich insoweit vielleicht falsch ausgedrückt habe. Mir geht es nicht darum, die Verhältnisse im Libanon als Beweis dafür zu sehen, es sei günstig, gerade in dieser Region das Modell der europäischen Nationalstaaten zu etablieren. Im Gegenteil, ich bin der Meinung, daß gerade dieser Begriff und dieses Modell dort eher unheilvoll sich auswirkt und anderen Interessen die Möglichkeit gibt, zu intervenieren.

Was ich in den Beiträgen von dir, Thomas, vermisse: Wie sollen eigentlich nach deiner Meinung, wenn sie keine Rechtsförmigkeit erlangen, gesellschaftliche Entscheidungsprozesse verlaufen? Und wie werden sie durchgesetzt? Werden sie allein durchsetzbar über die materielle Gewalt? Oder durch Überzeugung? Oder wie soll das eigentlich aussehen? Genau da ist doch die Frage anzusetzen. Und da sehe ich keine Antwort in dem, was ihr sagt.

Ich bin sehr dafür, daß außerparlamentarisch interveniert wird, daß sich dort etwas kristallisiert, daß wir in der außerparlamentarischen Szene nicht nur auf die staatlichen Institutionen starren, daß sich dort mehr Autonomie entwickelt. Ich bin dafür. Aber zu sagen: Das allein bringt uns voran, denn die staatlichen Institutionen sind so repressiv, daß sie zu nichts taugen – damit kommt man eben denn doch letzten Endes zu der Forderung von Günter Amendt, der Staat müsse zerschlagen werden. Dann frag ich allerdings, wie sieht denn die Kosten-Nutzen-Analyse aus, wenn man eine solche Perspektive der Zerschlagung des Staates ansteuert. Kosten-Nutzen-Analyse klingt ein bißchen frivol. Es ist aber doch die Frage, was eigentlich erreicht wird mit der Zerschlagung des Staates. Ob man nicht genau das Gegenteil von dem erreicht, was man erreichen will.

Leider leben wir in einer Gesellschaft, in der es notwendig ist, 40 Mark Bußgeld zu verhängen als staatliche Sanktion, um die Leute zum Angurten zu veranlassen und um die Rate der Unfalltoten zu senken. Das ist ein sehr konkretes Ergebnis.

Man kann sagen, das ist uns alles gleichgültig, das hat alles keinen großen Wert. Für die Menschen, die dadurch überlebt haben, hat es einen großen Wert.

Und leider ist es auch nicht so, daß in der Gesellschaft die Gewalt sozusagen automatisch verschwindet, wenn man die staatlichen Institutionen verschwinden läßt oder zerschlägt. Und wenn man sie zerschlägt, und das sagt Günter Amendt, das sagt Thomas Ebermann, will man doch etwas an deren Stelle setzen. Da möchte ich erstmal hören, wie dieses Surrogat staatlicher Institutionen aussehen soll. Und ich halte mich an die Erfahrung. Wie sollen die staatlichen Institutionen beschaffen sein und wie sollen sie denn funktionieren, um die in der Gesellschaft noch vorhandene Gewalt zu bändigen? Ich denke, ihr macht euch etwas vor. Und ihr leistet illusionärem Denken vorschub, wenn ihr den Menschen, die innerhalb der staatlichen Institutionen arbeiten, nur mit Verächtlichkeit begegnet.

Ja, mit Verächtlichkeit. Es gibt z.B. auf der Linken eine Verächtlichkeit gegenüber der Polizei, die ich nicht für richtig halte. Das will ich hier in diesem Kreis durchaus aussprechen. Ich halte polizeiliche Tätigkeit, so wie die Verhältnisse hier sind, für notwendig und friedensstiftend. Das heißt nicht, daß polizeiliche Tätigkeit unkontrolliert sein darf und daß man irgendwelche Privilegien für die Polizei schafft. Aber zunächst ist polizeiliche Tätigkeit eine friedensstiftende Funktion. Und alle, die das jetzt mit Hohn bedenken, die sollten sich mal überlegen, was eigentlich passiert, wenn sie in eine gewalttätige Auseinandersetzung geraten. Wollen sie wieder zu der alten Form der Blutrache oder der Fehde zurückkehren? Oder wollen sie sich auf die private Notwehr verlassen? Das ist für die Schwachen in der Gesellschaft durchaus nicht zufriedenstellend. Rechtsstaatliche Demokratie ist immer auch Minderheitenschutz. Es ist ja hier das Stichwort Ausländer gefallen. Ich bin mir sehr bewußt, daß reaktionäre Politiker eine reaktionäre Ausländerpolitik betreiben. Das ist sehr richtig. Aber eine rechtstaatliche Verfassung ist ein Schutz, auch gegenüber einer reaktionären Mehrheitsmeinung. Wir haben ein im Grundgesetz verankertes Recht auf Asyl. Wenn es leider Gerichte gibt, die Folter im Heimatland nicht als Asylgrund anerkennen, ist das ein Skandal.

Aber falsche Verfassungsinterpretationen oder falsche Rechtsanwendungen machen Rechte und Verfassung deshalb nicht überflüssig. Wer behauptet, der Staat fabriziere Machtverhältnisse, verwechselt Ursache und Wirkung. Der Staat kann in der Tat Machtverhältnisse perpetuieren. Aber in einer demokratischen Verfassung kann sich eine gewaltfreie Opposition herausbilden und die Machtverhältnisse verändern. Dann wird es allerdings außerordentlich kritisch. Es ist interessant, mit welchem Geheul zur Zeit auf den bescheidenen Machtanteil der Grünen in der hessischen Koalition reagiert wird.

---

* Michael Stamm hat sich aus dem Publikum zu Wort gemeldet. Er ist Mitglied der GAL, Hamburg

Konkret 12/85, S. 62

Hermann Peter Piwitt

Bomarzo

Indisches, das Neue Amerika, antike und christliche Mythen – im »Park der Monster« hat der Fürst und Anarchist Vicino Orsini, ein Wilder des 16. Jahrhunderts, die Kulturen gut durchmischt: ein Skulpturen-Garten als begehbares Bilder-Rätsel

Eine Schildkröte, die Göttin des Ruhms oben auf dem Panzer tragend. Ein Elefant, einen viereckigen Turm auf dem Rücken, im Rüssel einen niedergeworfenen Krieger. Der Kopf eines Ungeheuers, dessen Inneres man durch das klaffende Maul betritt. Ein Drache, mit zwei Löwen kämpfend. Ein schiefes Haus, im Aufriß ohne jeden rechten Winkel. Ein Fischweib. die Flossen vom Schritt an gespreizt. Demeter und ihre Tochter Persephone. Die schlafende Psyche. Hermen. Janusköpfe. Chimären. Sphinxe. Der Park der Giganten in der Provinz Viterbo, keine Autostunden von Rom entfernt, errichtet um die Mitte des 16. Jahrhunderts nach Ideen und auf Veranlassung von Vicino Orsini, Sohn des wegen seiner Grausamkeit berüchtigten Condottiere Gian Corrado.

Vicino ist dem Vater nicht nachgeschlagen. Nach diplomatischen Missionen und Kriegszügen in Deutschland, Frankreich und der Campagna steigt er aus, 'betroffen', würde man heute sagen – von den Gemetzeln, an denen er hatte teilnehmen müssen und überdrüssig der Parasiten und politischen Intrigen an den Höfen, in Rom.

So mancher Sensiblere von Adel, dem martialische Vorfahren die Schäfchen ins Trockne gebracht haben, sitzt in jenen Jahrzehnten ganz- oder halbjährig auf seinen Landgütern, umgibt sich mit Gelehrten und Künstlern, schätzt deren Elogen auf sich und widmet sich dem Landleben, nicht zum Broterwerb, sondern als einer Art 'meditativer Handarbeit'. Man schickt einander Wein, Honig, Rebhühner und Quittenmus. Man korrespondiert – soweit nicht mehr irn allerbesten Alter – über Gicht und Nierengeschichten, über Wert und Unwert von sexueller Askese und Diät. Man gibt – obschon oft selbst noch mit hohen Kirchenämtern betraut – ganz Kind der Renaissance sich skeptisch gegenüber den traditionellen Kirchenlehren. Man kennt und liebt seine 'Alten'. Die 'Bucolica', die 'Georgia' des Vergil, den Epikur. *Und* man möchte, natürlich aus Büchern auf dem laufenden bleiben über alles, was draußen in der Welt im Gespräch ist . Was ist mit den Wilden in Neu-Indien, zum Beispiel? Ihre Träume, ihre Geister? Und wie sie, besitzlos, in unschuldiger Nacktheit ihre lasziven Feste feiern sollen! Und dieser neue Bestseller von Sannazzaro, 'Arcadia', in dem es ähnlich locker...? »Der köstlichste Wein würde mir weniger bedeuten als Nachrichten aus jenem Indien«, schreibt Vicino, im Geschmack eines »Zeit«-Abonnenten. Die Etrusker; man wohnt schließlich quasi auf ihren Gräbern. Mexico! Das Neueste aus dem alten Ägypten! Man träumt. Oder läßt träumen. Wie Alessandro Farnese, der mächtige Nachbar und Verwandte, zum Beispiel das zum Weinen schöne Schloß Caprarola. Und Vicino Orsini seinen 'Heiligen Wald'.

Er tut es nach Maßgabe eines zwischen Waldsehnsucht und Bildungsbeflissenheit, Sinnenlust und Melancholie, Skepsis und Okkultismus schwankenden Charakters, dessen künstlerischer Geschmack geprägt ist durch den Manierismus, jener geistreichen Kunstfertigkeit, Natur und Kunst so miteinander zu mischen, daß man nicht mehr zu unterscheiden weiß, wer da am Werk war: diese oder jene. Ziel jeder Kunst war danach: Im Wettstreit mit der Natur zu *verblüffen;* und sie dabei womöglich noch altaussehen zu lassen.

In Bomarzo entsteht so ein Ensemble aus Allegorien, Grotesken, Chiffren, Abbreviaturen und Mythologemen des Diesseits und des Jenseits, des Altertums und der Neuen Welt, der Welt der Gestirne und der Träume, verbunden durch ein Netz von Anspielungen und Verweisen, an denen, spätestens seit 1954, seitdem der Park wieder zugänglich ist, die Kunst- und Kulturhistoriker herumknacken.

Der Hamburger Kunstgeschichtler Horst Bredekamp hat sich mit seinen Mitarbeitern Maria Gazetti und Paolo Cherubini jetzt aufgemacht, das Bedeutungsdickicht von Bomarzo an Hand des bisher nicht erschlossenen Briefwechsels Vicinos sowie flanierender Dokumente zu lichten, die Figuren und ihren Kontext – wo nötig – neu zu bestimmen und die oft fragmentarischen Inschriften auf ihnen zu rekonstruieren, bzw. auf ihre literarische Abkunft zurückzuverfolgen. Wer oder was stellen die Kolosse dar, die bisher unter dem Titel 'Gigantenkampf' figurierten7 Nero, wie er seine Mutter tötet? Der rasende Roland, eine Frau zerreißend? Oder ganz einfach eine Vergewaltigung? Der Kopf mit der Weltkugel und dem Orsiniwappen drauf: ist er nur ein Gespenst unter anderen oder nicht vielmehr ein Azteke, und Orsini wollte damit gemahnen an die Völker der Neuen Welt, wie sie eben von den – ihm verhaßten – Spaniern zugrundegerichtet wurden? Wie überhaupt ist Bomarzo zu bewerten? Kunst – oder bloß kulturhistorisch?

Für Bredekamp ist der Garten der Giganten ein »epikuräischer Reflexionsraum«. Für andere, vor ihm, war er »eine wilde Attacke aus dem manieristischen Untergrund« auf die klassischen platonistischen Kanons. Aber das ist auf jeden Fall eine Aufwertung über Gebühr. Bomarzo ist zunächst einmal der – sehr italienische – Versuch, ein Stück Natur dadurch vollkommener zu machen, daß man es sich seinem Leben und seinen Taten, seinen Ansichten von der Welt und seinen Träumen, einem persönlichen *Programm* also, anverwandelt. Die Villa Adriana bei Tivoli ging Orsinis 'Heiligem Wald' voraus. D'Annunzios 'Vittoriale' bei Gardone ist eines seiner Bastarde. Verglichen mit ihnen wirkt Bomarzo geistreich, rührend, melancholisch und verspielt. Daß es auch Besucher gibt, die sich des Eindruck nicht erwehren können, hier seien

sich, in der Gestalt des liebenswerten Dillettanten und Eklektikers Orsini, Flauberts Bouvard und Pecuchet vor der Zeit begegnet: Kunst- und Kulturhistoriker werden damit leben müssen. Orsini war nun einmal kein Piranesi und auch kein Caravaggio. Und zumindest genauso wie die Nachtseiten der Seele kommen in Bomarzo die dazugehörigen Nachschlagewerke zu Wort. Zu geballt sind schließlich das Exotische und das Archaische aufgetischt, als daß Kunst im strengen Sinn eine Chance hätte haben können; da hätte auch die erste Garnitur der Bildhauerschule von Orvieto nicht geholfen – statt der zweiten, wie sie Orsini zur Verfügung stand.

Schön, dunkel, betörend und vollkommen ist der Park erst geworden, seitdem die Natur sich heimgeholt hat, was einmal errichtet worden war, um sie zu übertrumpfen. Darin liegt die eine Botschaft von Bomarzo für uns heute. Für die andere, die wahrhaben möchte, hier sei nicht einfach ein leidlich unangepaßter, aber bemittelter Mensch am Werk gewesen, sondern ein Künstler, Anarchist und engagierter Freund der Wilden, gibt es gewiß Hinweise; ich habe Zweifel, daß sie für eine so grundsätzliche Neudeutung Bomarzos ausreichen. Es wäre zu schön... Bredekamps 'Bomarzo' ist ein Buch, das Liebe zum Gegenstand, Sachkenntnis, Neugier und wissenschaftliche Sorgfalt vereinbart. Es ist aber auch und vor allem eine rühmliche Ausnahme von der Regel, daß deutsche Professoren kein deutsch schreiben können. Schade, daß sich ein gewöhnlicher Sterblicher die beiden Bände kaum wird kaufen können. Er wird auf die Taschenbuchausgabe warten müssen.

Horst Bredekamp: Vicino Orsini und der Heilige Wald von Bomarzo. Fotografien von Wolfram Janzer. Wernersche Verlagsgesellschaft, 2 Bde, 492 Seiten, 247 Abb, DM 164, –

Konkret 12/85, S. 66

Kraft Wetzel

Luftlöcher ins Packeis

Wenn im kommenden Herbst die Medienkonzerne ihr Privat-TV direkt und bundesweit via Satellit ausstrahlen, will Alexander Kluge mit einem Alternativ-Programm dabei sein. Kraft Wetzel stellt das Projekt des Filmemachers vor

Auch der vorerst letzte Versuch der Ministerpräsidenten, sich über einheitliche Spielregeln für private Fernseh-Veranstalter zu verständigen, ist gescheitert. Seitdem ist die unaufhaltsam voranschreitende Umwälzung unserer Medienlandschaft aus den Schlagzeilen verschwunden. Öffentlich diskutiert wurde sie eh kaum: Was jetzt vorbereitet wird, wird erst in Jahren sichtbar, begreifbar; für die meisten hat sich im Alltag noch nichts geändert, ist Fernsehen immer noch = ARD & ZDF. Im übrigen scheint diese medienpolitische Revolution eine Sache zu sein, die die Politiker, die öffentlich-rechtlichen Anstalten und einige wenige kapitalkräftige Printmedien-Konzerne unter sich ausmachen. Das Gros der kleineren Verlage, der Filmemacher und Medienwerkstätten verhält sich abwartend, beäugt die Entwicklung mit einer Mischung aus Mißtrauen und feindseligem Desinteresse. 'Was sich da tut, gefällt uns nicht, darum wollen wir nichts damit zu tun haben' – dies scheint im Lager der Kleinen die vorherrschende Auffassung zu sein. Und die Grünen verstärken diesen Affekt, indem sie den Privaten, dem Kabel und dem Satellit ein ebenso trotziges wie folgenloses »Nein!« entgegenrufen und sich hinter den öffentlich-rechtlichen Anstalten verschanzen, als seien die auf einmal Bastionen des Fortschritts.

Diese passive, bestenfalls defensiv-abwehrende Haltung gegenüber den Neuen Medien hält Alexander Kluge, seit über 20 Jahren der filmpolitische Vordenker und Wortführer des Neuen Deutschen Films, für gefährlich. Wenn er nach einem Bild sucht, mit dem sich die medienpolitische Lage veranschaulichen läßt, dann fällt ihm der Karpfenteich vor dem elterlichen Haus in Halberstadt ein: Dieser Teich fror, wenn es richtig kalt wurde, von den Rändern her zu; seine Mutter steckte dann Stroh ins Eis, damit die Karpfen noch Luft schnappen konnten.

Die Eisplatten in diesem Bild repräsentieren für Kluge die Anstalten und Konzerne, die den öffentlichen Raum unter sich aufteilen; die Karpfen sind die Phantasie-Produzenten, also jene, die mit Texten, Tönen und Bildern gesellschaftliche Erfahrungen bearbeiten, 'klassische Öffentlichkeit' (Kluge) produzieren. Die Luft, das Lebenselexier, von dem sie zunehmend abgeschnitten werden, ist die direkte, die ungefilterte, unzensierte Berührung mit den Lesern, Hörern, Zuschauern.

Mit solchem Zufrieren, mit der privaten Aneignung von Öffentlichkeit, machte Kluge, machte die von der Studentenrevolte geprägte Generation eine Schlüsselerfahrung im Jahre 1968: die Hetzkampagne der Springer-Presse und das Attentat auf Rudi Dutschke in Berlin:

»Die Studenten standen zu Ostern entsetzt davor, daß ein Konzern in der Lage ist, indirekt Menschen umzubringen, daß er ein aggressives, aber nicht attackierbares Gebilde ist. Der frontale Anmarsch gegen eine solche etablierte Macht, die durchs Eigentumsverhältnis geschützt ist, führt zu Frontal-Kämpfen, die aussichtslos sind, bei denen Menschen sterben können, Biographien gebrochen werden. Dies ist der Ausgangspunkt unserer Erfahrung. «

Was uns jetzt durch die Austreibung privater Fernsehprogramme ins Haus steht, hält Kluge für weitaus gefährlicher.

»Diesmal geht es um die ganze *Struktur der Öffentlichkeit, wo Menschen tatsächlich in Konsumenten ihrer Erfahrung verwandelt werden können, statt deren Produzenten zu sein... Jetzt wird die Öffentlichkeit – wie im Mittelalter bei der Dreifelderwirtschaft die Allmende – in Privatbesitz überführt. Und zugleich bilden Bertelsmann, Gruner + Jahr, RTL Eigentum an einem Stück Lebenslauf der Menschen.*

Mit Werbefernsehen allein gelingt das nicht, mit Bestseller-TV auch nicht, das ist nur die Ausgangsstellung dafür. Bertelsmann baut darauf, Bildung und Unterhaltung in einem Konzerngebäude zu verbinden und kriegt damit ein Stück patronaler Verwaltung von Lebensläufen: Ich vertraue mich diesem Konzern an und der geht fürsorglich um mit meiner Lebenszeit. Ich kann etwas werden, bekomme Sprach- und Buchhaltungslehrgänge mit Examen über Pay- TV ins Haus. Bertelsmann bedient sich der Eigenschaften der Menschen also anders als der Arbeitgeber: Der will sie zur Arbeit haben. Jetzt werden Teileigenschaften für Lust und Aufstieg fremd angeeignet! Was ich gleichzeitig damit bekomme, ist die Zone, in der der Käuferwille gesteuert wird. Den kriege ich jetzt in Kaufhof-Besitz gewissermaßen. Daß das die Zielrichtung von Bertelsmann ist, an der man sich rechtzeitig orientieren muß, das wird in der öffentlichen Diskussion nicht deutlich!«

Bertelsmann ist mit 40 Prozent beteiligt am deutschsprachigen Privat-Fernsehprogramm von Radio Luxemburg, RTL plus, das seit August nicht mehr nur terrestrisch eingestrahlt wird ins Saarland, nach Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen, sondern überdies in sämtliche Kabel-Inseln eingespeist wird. Ab Ende 1986 wird dieses Programm über einen direktsendenden Satelliten verbreitet werden, d.h. von jedermann, der sich eine rund DM 300,- teure Parabolantenne aufs Dach stellt, empfangen werden können.

Bertelsmann bereitet außerdem – zusammen mit dem Springer-Verlag und dem Filmhändler Leo Kirch – ein Pay TV-Programm vor, ein Spielfilm-Programm vor allem aus amerikanischen Quellen gegen monatliche Extra-Gebühr. Für beide

Programmformen hat die Konzern-Strategie, möglichst große Zuschauerzahlen an sich zu binden, *inhaltliche* Konsequenzen:

»Dies setzt voraus, daß Bertelsmann immer Mittelwerte gebraucht, wie der amerikanische Film, der ein Thema, z.B. GHANDI, so behandelt, daß es den Indern genauso gefällt wie den Engländern. Die werden nie etwas Besonderes machen, was einer Nation gefällt, eine andere abstößt. Wenn Sie das auf's Erotische übertragen: Die werden einen bisexuellen Film nicht hinbringen, weil der Intimbereich mit einem Scheinfrieden belastet ist: der Scheinfrieden, daß man sich als Heterosexueller tolerant gegenüber Homosexuellen auszudrücken hat, in dieser Toleranz aber – deshalb: Scheinfrieden – seine Aggressionen voll durchreitet. Die Ungerechtigkeit gegenüber den Varianten und das Beharren auf einem Hauptkurs, der niemand angreift, wobei alle Rollen fix werden, und darüber jetzt die ewige Repetition.

Jetzt können Sie natürlich sagen: 'Die Zuschauer stimmen dem zu! 'Aber sie haben eine Alternative dazu auch nie kennengelernt. Und Produkte können nur von unterrichteten Zuschauern beurteilt werden.«

Dieser Zwang zur Allgemeinheit, zur Ungerechtigkeit gegenüber Varianten und Besonderheiten, den Kluge auch am öffentlich-rechtlichen Fernsehprogramm kritisiert, hat noch andere Gründe. So sollen die Familien, die vor dem Bildschirm sitzen, stets als ganze angesprochen werden.

»Gehen wir mal von dieser familialen Rezeptionsstruktur aus. Die hat zwei Eigenschaf ten: 1. die Rückführung aller Erzählungen auf menschliche, personale Bezüge, was die Sachlichkeit schwer einschränkt, und 2. kann nur auf dem geringsten Nenner erzählt werden, d.h. nur das, was die mit der Tochter verfeindete Mutter und der mit dem Sohn verfeindete Vater als Erzählung dulden. (Ich habe jetzt typisiert. Wenn Sie die Typisierungen ändern – z.B.: Tochter liebt Mutter – , dann würde sich, weil sich die anderen Verhältnisse dann entsprechend polarisieren, die Summe der Antagonismen und der Übereinstimmungen nicht ändern. Alle Familien arbeiten mit einem konstanten Polarisationsfilter.)

Wenn ich jetzt als Massenmedium von außen an diese Familie heranerzähle, dann gehe ich auf den kleinsten Nenner, damit alle zustimmen müssen. Man darf auf gar keinen Fall analytisch werden, man ist auf Abhebung, Überrealismus angewiesen, und man braucht suspense im umfassendsten Sinne, nämlich eine Spannung, die so rasch geht, daß eine Vergemeinschaftung der Interessen über die Gegensätze hinweg möglich bleibt und man nicht anfängt nachzudenken und man immer den Dritten z.B. den Mörder oder die Polizei, als Projektionsfläche für die eigenen Aggressionen behält. Das ist im Grunde ein faschistisches Prinzip in ganz feiner Dosierung.

Jetzt können Sie ja etwas anderes machen. Sie können alle Antagonismen herausspielen und gehetztes, aggressives Klima schaffen, was ebenfalls sehr angenehm anzugucken ist, weil es sehr viel Ausdruck hat. »Teleclub 0 2« (eine Talk Show des Österreichischen Fernsehens d. V.) macht sowas gelegentlich, daß es mal richtig grob fetzt, das ganze Versöhnliche weg ist – das kann ein Genußmittel sein!

Wenn Sie diesen Strukturen nachgehen, können Sie Abwehrschranken unterlaufen, Sie können also mit Zustimmung der Personen, die's angeht, z.B. hochinteressante Intimfragen zur öffentlichen Darstellung bringen. «

Solche konfliktträchtigen Formen der Ansprache von Zuschauern läßt das Fernsehen in seiner jetzigen Form kaum zu; und wenn sie mal vorkommen, bleiben sie Einzelfälle oder sie werden einfach übersehen.

»Sie müssen im Zuschauer erst 'ne Empfangsstation aufbauen. In den Menschen, die Sie erreichen wollen, müssen Sie erstmal ein Interesse wecken, dann können Sie ihm antworten. Das haben wir Filmemacher überhaupt nicht in der Hand. Während Interessen das ganze Jahr über zerstreut werden, versuchen wir anderthalbstündig, sie zu konzentrieren.

Im Grunde ist die Ware, die wir liefern könnten mit dem wenigen Kapital, das wir haben, diejenige, daß ich mehr von meinem Leben empfinde, mehr Zeit habe und nicht Zeit zerstreut kriege. Suspense z.B. ist eine Form, bei der wir immer weggeboxt werden, weil das die Amerikaner soviel besser können. Dafür können wir den 'Jahresüberblick' besser als jeder Amerikaner: Das war das Prinzip von »Heimat«, ein Jahrhundert-Rückblick.

Es ist nicht wahr, daß die Zuschauer sich wirklich für Edgar Reitz interessieren, für den Hunsrück oder für künstlerische Werte; sie interessieren sich dafür, an ihrem eigenen Leben nachzuprüfen, wie fühlt sich die Zeit 1919, 1933, 1945 an, was haben meine Eltern gemacht, wie ging das. Das ist wie ein erweitertes Journal.

Wenn Sie das richtig machen ist es das Gegenteil von dem, was Fernsehen bislang zuläßt: Dazu gehört eine gewisse Radikalität, dazu müssen Sie Längen bilden dürfen, dann kriegen Sie den Zuschauer rum. Aber Sie kriegen einen Zugang zu ihm nur, wenn Sie durch einige gelungene Überraschungen sein Vertrauen erworben haben und er schon weiß, was da auf ihn zukommt.«

Solchen Überraschungen will Alexander Kluge einen festen Platz in einem der künftigen Fernsehprogramme sichern. Zu diesem Zweck hat er im April letzten Jahres eine »Arbeitsgemeinschaft für Kabel- und Satelliten-Programm« (AKS) mitbegründet.

In der AKS fanden sich die Arbeitsgemeinschaft Neuer Deutscher Spielfilmproduzenten, der Deutsche Bühnenverein und die Literatur- und Sachbuchverleger im Börsenverein des Deutschen Buchhandels zu einer gemeinsamen Verhandlungsgruppe zusammen. Die AKS soll – so Kluge – »gemeinsam und zugleich treuhänderisch für das Nicht-Faßbare der kreativen Kräfte in unserem Lande den Begriff »kulturelle Vielfalt« und das Prinzip der »selbständigen Produzenten« gegenüber den öffentlich-rechtlichen Anstalten einerseits, und den Konzernen andererseits wahrnehmen.«

Was vor einem Jahr noch abstraktes Postulat war, hat sich in der Zwischenzeit zu einem konkreten Projekt verdichtet: ein gemeinsames Fernseh-Vollprogramm des nordrhein-westfälischen Pressekonzerns WAZ, des Westdeutschen Rundfunk WDR und der AKS. Je ein Drittel der zunächst auf sieben Stunden täglich projektierten Sendezeit soll von den drei Partnern selbstständig, also jeweils in eigener Verantwortung und auf eigene Kosten bestritten werden. Das von der AKS treuhänderisch verwaltete Programm-Drittel von 850 Stunden pro Jahr soll allen selbstständigen Programm-Produzenten offenstehen, die nicht Konzern und nicht Anstalt sind. Die Organisation dieses Programm-Kontingents soll nun – und dies ist ein Kernpunkt von Kluges konkreter Utopie alternativen Fernsehens – *dezentral* vonstatten gehen. Die für Anstalten und Konzerne gleichermaßen typische Arbeitsteilung zwischen denen, die entscheiden und verwalten, und denen, die die Programme tatsächlich herstellen, diese Arbeitsteilung soll aufgehoben werden. Einen zentralen Apparat, der sich zwischen die Programmacher und die Zuschauer schiebt, soll es nicht geben, auch nicht in Gestalt eines Intendanten namens Alexander Kluge:

»Ich bin nicht der Unternehmer von so einem Ding. Ich kann nur die objektive Möglichkeit dazu eröffnen und hoffen, daß die dann auch genutzt wird. Die Entscheidung möchte ich an den Schwerpunkten der Produktion haben, und die findet in einzelnen Zellen, in kleinen Firmen statt. «

Das Programm soll also von unten, basisdemokratisch gewissermaßen, zusammengesetzt werden. Wie leicht das schief gehen kann, weiß Kluge:

Es gibt einen Filmtitel von Günther Hörmann: 'Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren '.

Wenn wir's probieren, kann es sein, daß wir scheitern, und zwar aufgrund der Widersprüche unserer Produktionsstruktur. Zentralisiert geht's jedenfalls nicht: es gibt keine zentrale Produktionsstruktur und wird sie nicht geben. Zentralisiert können Sie einen Kulturkanal nicht aufbauen, Sie würden einen höllischen Krach kriegen zwischen allen Kunstverbänden, einen Verteilungskampf, der das Ganze völlig unwirksam machen würde. Einzelne Produktionseinheiten jedoch gibt es jetzt schon, die irgendwelche Dinge produzieren, die man zu Programm machen kann.«

Wie würden solche Programme nun aussehen, wer würde sie machen? August Everding zum Beispiel, der Generalintendant der Bayerischen Staatstheater:

»Wenn der Everding auch nur eine Stunde Programm im Jahr macht, macht Herr Zadek drei Stunden und Herr Neuenfels vier. Bei jeder Berufung kann ein Intendant doch sagen: '...und soundsoviel möchte ich für Medienproduktion ausgeben'. So kann zum Beispiel der Peymann einen Fond haben, aus dem er oder seine Assistenten eigene Medienprodukte von 3, 5, 7 Minuten finanzieren. Der will ja nicht eine Theateraufführung von sich in diesem Kulturkanal propagieren, sondern der will das Produkt, das der Everding entwickelt hat, beantworten.

Und die Filmemacher? Werden die ihre Filme nicht weiterhin mit den Angestellten oder Konzernen machen, weil nur die ihre Budgets finanzieren können?

» Wir rechnen nicht damit, daß die besten Filme, die unsere Filmemacher machen, hier reinkommen. Auch die Theaterregisseure werden nicht die besten Sachen, die sie machen, hier reingeben, sondern sie werden sie ARD und ZDF geben und das ist uns recht so. Auch die Buchverlage werden Bestseller alle woandershin verkaufen als an uns, weil wir gar nichts bieten. Wir leben also nicht von unserem Einzugsgebiet, sondern von charakteristischen Nebenprodukten, von dem, was wir außerdem machen.

Daß jemand berühmt ist bei der ARD, vor einem Massenpublikum, wirkt zurück auf die Programmzeit, die er bei uns füllt. Also wenn Geissendörfer einen »Zauberberg« für Bertelsmann gemacht hat und im Bestseller-TV bringt, dann würde er, wenn er bei uns eine Stunde macht, z.B. Klatsch erzählt oder fünf Minuten von einem früheren Film interpretiert, auch bei uns interessanter sein, weil er es dort im anderen Programm schon ist.

Kluge schweben da zum Beispiel tagebuchartige Filme vor:

»Alle Filmemacher, die ich kenne, nehmen gerne auf, wenn sie etwas sehen. Costard macht das, Herzog macht das. Die haben tagebuchartige Materialsammlungen, die meist in ihre Filme nicht reinkommen.

Ihre sinnliche Aufmerksamkeit funktioniert nicht so wie der Drehplan läuft. Typisches Beispiel: Reinhard Hauff sitzt in der Lüneburger Heide, als die Brände ausbrechen, und dreht einen Kriminalfilm. Aber die Suche nach dem Verbrecher ist ja nicht halb so interessant wie das, was er hier kostenlos geliefert kriegt. Er wendet aber die Kamera nicht, weil das nicht im Drehbuch und nicht im Produktionsplan steht. Wenn der jetzt wüßte, daß so etwas besonders gern gekauft wird, dann wird

der neben seiner anständigen Tätigkeit als Western-Mensch 'mal ein paar nuggets mitnehmen.«

Freilich weiß Alexander « Kluge, daß auch relativ billige Filmarten auf Dauer nur entstehen werden, wenn ausreichend Geld dafür zur Verfügung steht. Die Werbeeinnahmen dieses WDR/WAZ/AKS-Programms, das über den Ende 1986 einsatzfähigen deutschen TV-Satelliten verbreitet werden soll, werden dafür – zumindest während der ersten Jahre, bis einige Millionen Haushalte dieses Programm empfangen können – mit Sicherheit nicht ausreichen. Wer, bitteschön, soll sie also bezahlen, diese 850 Prograrnm-Stunden im Jahr?

Am liebsten wäre es Kluge, wenn sich die einzelnen Programm-Hersteller um die Finanzierung auf eigene Faust kümmern, wenn sie ihre Budgets also im gesellschaftlichen Raum auftreiben würden. Schließlich gibt es – außer den Theatern – eine Vielzahl von kulturellen und sozialen Einrichtungen, von Gewerkschaften, Kirchen, politischen Organisationen, die Ausdrucksinteressen *und* Medien-Budgets bereits haben oder doch haben könnten. Warum sollten, um ein paar Beispiele zu nennen, die Grünen nicht einen Gegen-»Bericht aus Bonn« finanzieren, mit Mitschnitten von Parlamentsdebatten, die ARD & ZDF uns vorenthalten? Warum sollte man nicht eine Reihe von Fremdenverkehrsvereinen dazu bewegen können, eine TV-Serie namens »Heimatkunde« mitzufinanzieren? Warum nicht eine Plattenfirma dazu, eine Spielserie aus dem Music Business zu sponsern, in der dann Gruppen auftreten, die bei ihr unter Vertrag sind?

Diese Beispiele zeigen freilich, welch unangenehme Konsequenzen die Geldbeschaffung 'aus dem gesellschaftlichen Raum' nach sich ziehen könnte: Viele Auftraggeber würden für ihr Geld in erster Linie PR für sich selbst erwarten. Eine Orgie schönfärberischer Selbstdarstellungen, eine Flut heimlicher und unheimlicher Werbung käme übers Fernsehvolk. Was da und von wem zur Sprache gebracht würde, würde in erster Linie von der Kapitalstärke der Sponsoren reguliert, sodaß die ohnehin etablierten Hierarchien im 'alternativen' Marktsegment reproduziert und bekräftigt würden: Viel CBS, wenig pläne, viel Suhrkamp, wenig Konkursbuch, viel Neue Constantin, wenig Ula Stöckl oder Alexander Kluge.

CBS, Suhrkamp, Neue Conctantin: Von denen kann ich mir durchaus spannendes Fernsehen vorstellen. Doch mit *alternativem* Fernsehen, wie Kluge es in abstracto postuliert, als möglichst ungefilterter, unzensierter Verkehr von Phantasieproduzenten und Publikum, hätte das wohl wenig zu tun. Damit auch die Ausdrucksinteressen zum Zuge kommen können, hinter denen kein kapitalstarker Sponsor steht, braucht Kluge früher oder später *öffentliche* Gelder.

Eine Möglichkeit, diese zu beschaffen, wäre die Umwidmung der »Kabelgroschen«, die mit der Rundfunkgebühr erhoben werden und aus denen noch bis Ende nächsten Jahres die vier Kabelpilotprojekte in Ludwigshafen, München, Dortmund und Berlin finanziert werden.

Auch die CDU/CSU will diese »Kabelgroschen« – rund 45 Millionen DM pro Jahr – nicht einfach wieder den öffentlich-rechtlichen Anstalten zufließen lassen: Stattdessen sollen daraus u.a. die Kabelgesellschaften weiterfinanziert werden. Die bayerische Staatsregierung will darüber hinaus auch die *Programm-Produktion* subventionieren: 12,5 Millionen DM stellt sie im nächsten Jahr aus Landesmitteln bereit, um auch »gemeinnützigen Organisationen mit kultureller Zielsetzung« eine »aktive Mitarbeit« in den Kabelgesellschaften zu ermöglichen. Warum sollte, was für die Kabel-Programme für sinnvoll gehalten wird, nicht auch für die anstehenden Satelliten-Programme möglich sein?

Eine weitere Finanzierungsquelle für das AKS-Programm könnte eine Abgabe auf die Werbeeinkünfte privater TV-Veranstalter sein. In Großbritannien zum Beispiel wurden die 15 Firmen, die zusammen das kommerzielle »Independent Television« (ITV)-Programm bestreiten, dazu verpflichtet, jedes Jahr knapp 18 Prozent ihrer Werbeerlöse an »Channel Four« abzuführen, ein seit November 1982 existierendes Programm, das gesetzlich auf »Innovation und Experimente in Inhalt und Form« seiner Programme und auf die Beschäftigung unabhängiger Produzenten und Filmemacher verpflichtet wurde. Das entsprechende Gesetz wurde 1980 verabschiedet – im ersten Regierungsjahr der Maggie Thatcher. Was der recht war, kann doch für unseren Helmut nicht verkehrt sein?

Doch im Ernst: Noch denkt in unserem Regierungslager keiner ernsthaft daran, ein alternatives Fernsehprogramm à la Kluge finanziell aufzupäppeln. Im Gegenteil: Die CDU-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalens klagt zur Zeit vor dem Landesverfassungsgericht in Münster gegen das neue, von der SPD-Mehrheit verabschiedete WDR-Gesetz, eben weil es die Kooperation mit Privaten wie WAZ und AKS möglich machen soll; sollte die CDU in Münster unterliegen, will sie mit ihrer Klage vors Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ziehen. Friedrich Nowottny, der von der CDU in den Sattel gehievte WDR-Intendant, ist zwar einer solchen Kooperation gegenüber nicht grundsätzlich abgeneigt; aber er ist denen, die ihn gewählt haben, zumindest soweit verpflichtet, daß er den Ausgang dieser Verfahren abwarten muß – und das kann Jahre dauern. Solange will die WAZ offenbar nicht warten: Ihre Verhandlungen mit Radio-Luxemburg, an deren RTL plus-Programm sie sich mit 10 Prozent beteiligen will, stehen kurz vor dem Abschluß. Daß die WAZ, wenn dieser Schritt erst einmal vollzogen ist, sich noch an einem weiteren Satelliten-Programm beteiligen wird und damit Gefahr läuft, sich auf ihrem heimischen Werbemarkt selbst Konkurrenz zu machen, wird zwar nicht ausgeschlossen: Wahrscheinlich ist es jedenfalls nicht.

Rosig sind sie also nicht gerade, die Realisierungschancen von Kluges Vision eines alternativen Fernsehens. Zumindest wird es ihm und uns nicht einfach zufallen: Es wird erkämpft werden müssen. Also sollten wir uns fragen: Wollen wir ein solches Fernsehen, ein TV-Programm *von uns,* überhaupt? Oder reicht uns die reichhaltige Fauna der Alternativpresse und Kleinverlage, ergänzt allenfalls durch ein paar low-power-Radio-Stationen?

Aller Sympathie für einfache 'sanfte' Technologie, aller Aversion gegen Fernsehen schlechthin zum Trotz: Ich bin überzeugt davon, daß wir unseren Anspruch auf einen Platz am Satelliten-Himmel anmelden *müssen,* und daß wir ihn *jetzt* anmelden müssen, bevor die technischen Kapazitäten aufgeteilt sind. Denn wir müssen den Kampf um die Köpfe dort aufnehmen, wo er in den nächsten Jahren ausgetragen wird: auf den Fernseh-Satelliten. Was dort oben, in den TV-Programmen, nicht (mehr) vorkommt, wird hier unten von immer weniger Leuten für möglich gehalten werden. Schon deshalb dürfen wir die Telekommunikation nicht den Anstalten und Konzernen alleine überlassen.

Konkret 12/85, S. 70

Wolfgang Pohrt

Genuß ohne Reue

Kritiker Neil Postman sieht die abendländische Kultur in Gefahr – durch exzessives Fernsehamüsement

Neil Postmans neues Problembuch ist ein aufgefrischter Evergreen, die neueste Variation eines Themas, das sich im Laufe der Jahre einen festen Platz in der Reihe »Oft gespielt, gern gehört« hat erobern können. Im Maße nämlich, wie das Fernsehen sich zu einer unangefochtenen, kaum mehr wegzudenkenden und mit dem Alltag der Menschen fest verbundenen Einrichtung entwickelt hat, ist es ein zunehmend beliebteres Angriffsziel für jene mosernde Zivilisationskritik geworden, die von Zeit zu Zeit mahnend fragt, ob das Abendland am Auto, am Computer, am Geburtenrückgang oder wegen Überbevölkerung zugrunde gehen werde, und die allein schon durch die Wahl des Objekts also unmißverständlich signalisiert, daß sie keine praktischen und vor allem keine politischen Folgen nach sich ziehen will. Ihr Zweck ist die geschickte Aufbereitung des Stoffs, mittels dessen ein friedlich muhendes Publikum kreuzbraver Wiederkäuer sich an den langen Winterabenden die Illusion verschafft, an der Lösung von Problemen höchster Wichtigkeit persönlich beteiligt zu sein und allein schon durch den eigenen Erregungspegel unmittelbaren Einfluß auf Entscheidungen von historischer Tragweite zu nehmen. Die unter Anleitung erfahrener Vormeiner losbrechende massenhafte Nörgelei über Sinnleere oder Reizüberflutung, Microchips oder künstliche Befruchtung ist ein notwendiges Mittel zur Selbsttäuschung faktisch kaltgestellter Randfiguren, die nach Feierabend Trost im Aberglauben suchen, von ihrer faktisch absolut unmaßgeblichen Meinung hinge Wohl und Wehe der Menschheit ab. Die Funktion der mosernden Kulturkritik besteht darin, Beliebiges und beliebig Austauschbares als verbindlich zu setzen, weshalb es keinen Unterschied macht, ob ihre Angriffe gegen den drohenden Neuen Analphabetismus als Produkt der Neuen Medien zielen oder gegen die Kopflastigkeit einer durch weltfremdes Bücherwissen alle spontanen Lebensäußerungen strangulierenden Kultur, und weshalb beide Themen friedlich miteinander koexistieren können.

Statt freilich die angeblich kulturzerrüttende Wirkung des Fernsehens nur nach den Regeln der Zunft trübsinnig zu bejammern, hat Postman die mit der Massendebilität sich eröffnenden Chancen für den Hersteller populärwissenschaftlicher Unterhaltungsliteratur gleich erkannt und genutzt. Als selbstbewußter Gelehrter ist er offensichtlich bereit, für die Richtigkeit seiner Annahmen mit seinem Ruf und mit seinem Einkommen zu haften. Denn nur im felsenfesten Glauben an die Zuverlässigkeit seiner Diagnose, also dank unerschütterlichen Vertrauens auf ein weit fortgeschrittenes und irreversibles Stadium der tv-induzierten, kollektiven Hirnerweichung hat er den vorliegenden Schmöker publizieren können, der in allen thematisch nicht abschweifenden Kapiteln eine einzige Beleidigung darstellen würde für den Verstand eines jeden noch nicht in geistige Umnachtung gefallenen Lesers. Mit der bereitwilligen Aufnahme, die das Buch bei der Kritik, und mit dem reißenden Absatz, den es beim Publikum gefunden hat, sind des Verfassers schlimmste Befürchtungen übertroffen worden und haben sich gleichzeitig seine kühnsten Hoffnungen erfüllt.

Die Erzähltechnik des Werkes ist weitgehend jener nachempfunden, die Mark Twain in »Der berühmte Springfrosch der Provinz Calaveras« parodiert hat. Wie hier die gefürchtete Nervensäge Simon Wheeler den bereits auf Kohlen sitzenden Zuhörer zur Verzweiflung treibt, indem er, statt irgendwann mit dem Geschwätz wieder aufzuhören, zwanglos und unverdrossen einen Schwank an den anderen reiht, so nützt Postman das Interesse des Lesers an den verderblichen Wirkungen des Fernsehens aus, um ihn mit uferlos dahinplätschernden Anekdoten und ebenso weitschweifigen wie abseitigen Erörterungen im Plauderton auf die Folter zu spannen. Auch das Kompositionsgesetz von Postmans Argumentation ist bereits von Mark Twain beschrieben worden, und zwar in »Tom Sawyer«, wo von Tante Pollys handgestricktem Sonntagsgebet die Rede ist, »das sich auf soliden Schichten biblischer Zitate aufbaute, die ein dünner Mörtel eigener Gedanken mühsam zusammenhielt.« Anders als bei Tante Polly freilich erweist sich bei Postman auch die solide Schicht als brüchig, denn statt auf Originalzitate zurückzugreifen, legt er seine abstrusesten Behauptungen – etwa die, »daß wir in ein Wettrennen zwischen der Bildung und der Katastrophe eingetreten sind« – einfach irgendwelchen Autoritäten in den Mund, in diesem Falle H.G. Wells und Aldous Huxley, die nun wie Orwell, Plato oder Sokrates mit der Erwähnung ihres Namens für die Verwirrung büßen müssen, die ihre Schriften in Postmans Kopf angerichtet haben. Wenn passagenweise dem Autor doch die Puste auszugehen droht, weil er nun endlich einmal sagen müßte, was seiner Ansicht nach am Fernsehen so fürchterlich sei, schaltet er entweder ein retardierendes Moment in Form langatmiger Abschweifungen ein, oder er zündet, bildhaft gesprochen, eine Nebelkerze, und notfalls meistert er die schwierige Lage mit dem vollen Einsatz der Person, was sich in Satzanfängen bemerkbar macht, wie sie sich beispielsweise auf den Seiten 39 bis 42 dramatisch häufen: »Ich möchte« »Deshalb werde ich« »Ich behaupte nicht« »Mir ist klar«. Als Nebelkerzen verwendet Postman Anleihen beim gesellschaftswissenschaftlichen Fachchinesisch, plötzlich steht eine »Epistemologie des Fernsehens« zur Debatte, Wörter wie »Diskurs« oder »kontextuell« tauchen überfallartig auf aus dem Nichts und überwältigen im Handstreich den durch systematisches Beträufeln mit Nonsense arglos gemachten Leser.

Auf Seite 36 zu schreiben, daß der Aufstieg des Fernsehens schwerwiegende Folgen für das öffentliche Leben gehabt habe und daß »wir von Minute zu Minuten dümmer werden«, hindert den Autor nicht daran, sechs Seiten weiter zu erklären, daß er sein »Buch nicht als einen Generalangriff auf das Fernsehen verstanden wissen möchte«, weil für jede neue Kommunikationstechnik gelte: »Sie gibt und sie nimmt, obschon nicht in einem ausgewogenen Verhältnis.« So gestaltet sich die Lektüre über weite Strecken ausgesprochen rätselhaft, und wenn Sätze auftauchen wie »Der Photographie fehlt auch eine Syntax, so daß sie nicht imstande ist, mit der Welt zu diskutieren.« oder »Für den Telegraphen bedeutet Intelligenz, von vielem 'gehört zu haben', und nicht, es zu 'verstehen' .«, dann muß der Leser sich in acht nehmen, daß er nicht ins Grübeln verfällt, weil er sich sonst in einem Irrgarten abstruser Hirngespinnste verlöre, aus welchem es ohne ärztlichen Beistand kein Entrinnen gibt. Umso größer ist deshalb die Dankbarkeit, wenn der Autor ziemlich genau in der Mitte des Buches auf Seite 107 sich endlich herausgestrampelt hat aus dem Dschungel seiner präanimistisch verschlungenen Vorstellungswelt, wenn die Darstellung dann, zwar nur für einen kurzen Moment, durch alle Wirrnisse hindurch zur Klarheit findet, wenn der vor lauter Neugier schon ganz kribbelig gewordene Leser also sich sein ihm immerfort auf der Zunge liegendes »Nu sag's schon endlich!« nicht mehr verkneifen muß, weil er nun in den Genuß dessen kommen wird, was man die Wahrheit und nichts als die Wahrheit nennt. Sie lautet: »Es ist vorstellbar, das Fernsehgerät als Lampe, als Fläche, auf der Texte gezeigt werden, als Bücherbord oder als Radio zu verwenden. Aber so ist das Fernsehen nicht verwendet worden, und so wird es auch in Zukunft nicht verwendet werden. Jedenfalls nicht in Amerika. «

Keineswegs selbstkritisch gemeint fragt Postman gegen Ende des Buches: »Welche Gegenmittel soll man einer Kultur verschreiben, die vom Gelächter aufgezehrt wird?«, und man fragt zurück, weshalb etwas anderes als prustende Heiterkeit hervorgerufen werden kann von einem Schmarren, dessen aller Lebenserfahrung, dem bloßen Augenschein und den Tatsachen hohnsprechender Titel »Wir amüsieren uns zu Tode« bereits nur von einem Publikum im Stande solcher Unmündigkeit ernstgenommen werden kann, daß es unter Anleitung engagiert auch die Frage diskutieren würde, ob der Himmel nicht vielleicht grün sei. Nicht auszuschließen, daß die öffentliche Meinung instinktiv zustimmend reagiert auf den reaktionären Beiklang eines Titel, der einer sich aus Gründen der Langeweile selbst gesundheitlich ruinierenden Bevölkerung zu suggerieren sucht, sie brächte sich durch exzessives Amüsement in Gefahr, und der nichts anderes darstellt als eine neue Version der alten puritanischen Zwecklüge »Uns geht's zu gut«. Möglich auch, daß namentlich die muffige deutsche Kulturlobby nicht über Postman lachen kann, weil sie sonst gegen Postman wie gegen sich selber einwenden müßte, daß eine Menschheit, die sich weder an Goethe noch an Beethoven aufgerichtet hat, und an Alexander Kluge schon gar nicht, auch nicht von Dallas und Denver zugrunde gerichtet werden kann. Ein Hinweis zum Schluß: Wer das Fernsehen haßt und nach Gründen sucht, greife zu Horkheimer/Adorno, 'Dialektik der Aufklärung', Kapitel 'Kulturindustrie. Aufklärung als Massenbetrug' oder zu Günter Anders, Die Antiquiertheit des Menschen', Kapitel 'Die Welt als Phantom und Matrize', zu Texten also, in deren logischer Schärfe und Klarheit der unwiederbringliche Moment festgehalten ist, wo die Verbreitung oder Ablehnung des Fernsehens noch zur Disposition gestanden hätte. Längst ist es dafür zu spät. Nicht zuletzt Postmans Bucherfolg beweist, daß mittlerweile Genuß ohne Reue möglich ist, weil es jene bessere und unter der Einwirkung des Kathodenstrahls angeblich verkümmernde Kultur nur noch in der Einbildung solcher Lobbyisten gibt, die bloß den Mund aufmachen, zur Feder greifen oder sich auf den Regiestuhl setzen müssen, um ihre Lippenbekenntnisse zur großen abendländischen Geistertradition Lügen zu strafen. Zum Trost darf man sich ohne falsche Pietät die Tatsache vergegenwärtigen, daß die Welt deshalb weder ärmer noch schlechter geworden ist. Was lernen wir daraus? Daß noch keine Kultur existiert, die konservierenswert wäre oder der nachzutrauern man im Falle des Verlusts gute Gründe finden würde, weil jede bisherige Kultur auf ihrem Gegenteil, nämlich Ausbeutung, Unterdrückung, Verdummung, Schinderei und Hunger beruht und hinfällig würde in dem Moment, wo mit dem Grund für die einen, die Revolution ersatzweise in der Musik stattfinden zu lassen, auch der Grund für die anderen verschwände, sich als Ersatz fürs eigene ungelebte Leben mit Mattscheibenserien abspeisen zu lassen. Weit entfernt davon, Frevel an der Kultur zu sein, ist Fernsehen vielmehr deren Inbegriff: notwendiges Betäubungsmittel und notwendiger Ersatzstoff in einer unerträglich gehaltenen Welt.

Neil Postman, Wir amüsieren uns zu Tode, S. Fischer 1985, 206 Seiten, DM 25,-

Konkret 12/85, S. 72

Kurt Tucholsky

Wo waren Sie im Kriege, Herr...?
Kurt Tucholsky und 30 Jahre Bundeswehr

Vor fünfzig Jahren, am 21. Dezember 1935, starb Kurt Tucholsky in Hindas/Schweden, wohin er vor den aufziehenden braunen Deutschen emigriert war. Die Rechtsnachfolger des deutschen Reiches setzten in den fünfziger und sechziger Jahren den Kampf gegen Tucholsky fort: Politiker schimpften auf seine »zersetzende Kritik«, Feuilletonisten denunzierten ihn als »Clown« und in seiner Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts rächte der Berufssohn Golo Mann Tucholskys Kritik an Papa, der ein großer Romancier und – nach der NS-Machtergreifung – großer Schleimscheißer gewesen war, mit der Enthüllung, Tucholsky habe die Weimarer Republik umgebracht

Für einen anständigen Menschen gibt es in bezug auf seine Kriegshaltung überhaupt nur einen Vorwurf: daß er nicht den Mut aufgebracht hat, Nein zu sagen. Einem Pazifisten zu erzählen, er sei kein begeisterter Soldat gewesen, ist ungefähr so, wie einem Vegetarier vorzuwerfen, daß er auf einem Schlachtfeld gekniffen habe. Aber im Pazifismus, in der Demokratie, unter den Oppositionellen gibt es leider so viel Halbseidene, die dem Gegner den Gefallen tun, auf etwas, was ein Lob ist, als auf einen Vorwurf hereinzufallen. Sie verteidigen sich, anstatt anzugreifen.

Ich habe mich dreieinhalb Jahre im Kriege gedrückt, wo ich nur konnte – und ich bedaure, daß ich nicht, wie der große Karl Liebknecht, den Mut aufgebracht habe, Nein zu sagen und den Heeresdienst zu verweigern. Dessen schäme ich mich. So tat ich, was ziemlich allgemein getan wurde: ich wandte viele Mittel an, um nicht erschossen zu werden und um nicht zu schießen – nicht einmal die schlimmsten Mittel. Aber ich hätte alle, ohne jede Ausnahme alle, angewandt, wenn man mich gezwungen hätte; keine Bestechung, keine andre strafbare Handlung hätte ich verschmäht. Viele taten ebenso.

Und das nicht, weil wir etwa, im Gegensatz zu den Feldpredigern, Feldpastoren, Feldrabbinern, die Lehren der Bibel besser verstehen als sie, die sie fälschten – nicht, weil wir den Kollektivmord in jeder Form verwerfen, sondern weil Zweck und Ziel dieses Krieges uns nichts angehen. Wir haben diesen Staat nicht gewollt, der seine Arbeiter verkommen läßt, wenn sie alt sind, und der sie peinigt, solange sie arbeiten können; wir haben diesen Krieg nicht gewollt, der eine lächerliche Mischung von Wirtschaftsinteressen und Beamtenstank war, im wahren Sinne des Wortes deckte die Flagge die Warenladung. Wir hatten auch nicht den kümmerlichsten Einfluß auf die Gestaltung der Politik, und Sieg und Niederlage berührten uns nicht. Was hätten wir davon gehabt, wenn Nancy, Antwerpen und Warschau deutsch geworden waren? Wir hätten uns unser Brot genau so verdienen müssen wie vorher – genau so leicht und genau so schwer, denn Beamte im neueroberten Gebiet haben wir nicht werden wollen.

Und das ist die einzige Antwort, die an die Sachwalter des falschen Kollektivwahns zu erteilen ist:

Ihr interessiert uns nicht. Wir erkennen die Pflichten nicht an, die ihr uns auflegt – womöglich, daß es Gebote gibt, die unser Blut und das unsrer Kinder fordern: der Patriotismus, der Kampf für diesen Staat gehören nicht dazu . Wenn sich der Russe in die Rote Armee einreihen läßt, so kämpft er für seine Idee – ihr wirtschaftet für die Ideenlosigkeit und für ein Vaterland, das es nicht mehr gibt. Nicht das ist ein Einwand gegen die Telefon-Generale, daß viele unter ihnen feige gewesen sind und roh, nicht nur das, daß Ungerechtigkeiten vorgekommen sind und die empörende Praxis der Militärgerichte, nicht, daß ein höherer Grad den Offizier aus der Sphäre der Soldaten heraushob und einen Verwaltungsbeamten aus ihm machte: der Sinn des staatlichen Krieges selbst wird von uns verneint. Und käme der edelste, der reinste, der tapferste Mann und forderte uns auf, für die Rohstoffabteilung seines Ministeriums in den Tod zu gehen: wir schüttelten das Haupt und ließen ihn seinen Krieg allein machen.

*

Da es keinen Staat gibt, für den es zu sterben lohnt, und erst recht keine Prestigefrage dieser größenwahnsinnigen Zweckverbände, so muß Symbol für Symbol, Äußerlichkeit für Äußerlichkeit, Denkmal für Denkmal umkämpft, erobert, niedergelegt werden. Es steht kein pazifistisches Kriegsdenkmal, die einzige Art, der für einen Dreck hingemordeten Opfer zu gedenken – es gibt nur trübe Anreißereien, das Beispiel der trunken gemachten und Helden genannten Zwangsmitglieder des betreffenden Vereins zu befolgen. Was die Generale mit ihren ehrfurchtsvoll gesenkten Degen, mit Fahnen und ewigen Gasflammen; mit Uniformen und Hindenburg- Geburtstagsfeiern; mit Legionsabzeichen und Filmen heute ausrichten und ausrichten lassen, ist das schlimmste Gift. Entgiften wir.

Das kann man aber nicht, wenn man, wie das die meisten Pazifisten leider tun, dauernd in der Defensive stehen bleibt. »Man muß den Leuten Zeit lassen – « und: »Auch wir sind gute Staatsbürger – « Ich glaube, daß man weiterkommt, wenn man die Wahrheit sagt:

Daß niemand von uns Lust hat, zu sterben – und bestimmt keiner, für eine solche Sache zu sterben. Daß Soldaten, diese professionellen Mörder, nach vorn fliehen. Daß niemand gezwungen werden kann, einer Einberufungsorder zu folgen – daß also zunächst einmal die seelische Zwangsvorstellung auszurotten ist, die den Menschen glauben macht, er müsse,

müsse, müsse traben, wenn es bläst. Man muß gar nicht. Denn dies ist eine simple, eine primitive, eine einfachgroße Wahrheit:

Man kann nämlich auch zu Hause bleiben.

Und man kann nicht nur zu Hause bleiben. Wieweit zu sabotieren ist, steht in der Entscheidung der Gruppe, des Augenblicks, der Konstellation, das erörtert man nicht theoretisch. Aber das Recht zum Kampf, das Recht auf Sabotage gegen den infamsten Mord: den erzwungenen – das steht außer Zweifel. Und, leider, außerhalb der so notwendigen pazifistischen Propaganda. Mit Lammsgeduld und Blöken kommt man gegen den Wolf nicht an.

Wir kennen den Geisteszustand, der in allen Ländern im ersten Kriegstaumel geherrscht hat. Ihn hat man heraufzubeschwören, ihn genau auszumalen – und ihn zu bekämpfen. Prophezeit: so und so wird es sein.

Ihr werdet zu euern sogenannten Staatspflichten gezwungen werden, die nichtig und verdammenswert sind – befolgt sie nicht.

Ihr werdet eingeredet bekommen, daß drüben der Feind steht – er steht hüben. Man wird euch erzählen, daß alle Letten, Schweden, Tschechen oder Franzosen Lumpen seien – die Erzähler sind es.

Ihr seid dem Staat nicht euer Leben schuldig; ihr seid dem Staat nicht euer Leben schuldig; ihr seid dem Staat nicht euer Leben schuldig.

»Das Militär ist nur ein Schutz gegen die räuberischen Einfälle der andern.« Das kennen wir – es wird in Zukunft überhaupt nur noch 'Verteidigungskriege' geben, aber unsere Generation wird auf diesen Schwindel nicht mehr hereinfallen. Jedenfalls lebt kein vollsinniger Kaufmann dieser Erde, der Milliarden und Milliarden in ein Geschäft hineinsteckt, das er niemals auszunutzen gedenkt. Das tut aber der Militarismus. Und es gibt da so eine Art Naturgesetz: was man jahrelang, mit dem Aufwand der äußersten Geldeinlagen, vorbereitet, das muß sich eines Tages von selbst auslösen. Geladene Gewehre gehen einmal los.

Wir haben alles gegen das Militär, denn wir wissen, was es vorbereitet, was es ankündigt, was es bedeutet. Wir haben nichts gegen die einzelnen Bauernjungen und Offiziere, die sich da ihr Brot verdienen; hier ist oft genug auseinandergesetzt worden, daß Anflegelungen von Militärpersonen nur ein Zeichen minderer Erkenntnis sind. Der Feldwebel Schulze kann nichts dafür. Das System ist bis aufs Messer zu bekämpfen.

*

Ihre Frage, welches meine Stellung im Falle eines imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion sein wird, beantworte ich dahingehend:.

Im Falle asiatischer Konflikte schwiege ich, weil ich diese Fragen nicht übersehen kann. Handelt es sich dagegen um einen europäischen Zusammenschluß von Mächten, die mit Hilfe der Kirche ununterbrochen gegen jenes Rußland hetzen, das ihnen wegen der eigenen Arbeiterbewegungen ein Dorn im Auge ist, so kann meine Stellung nur eindeutig sein: für Rußland gegen jene Mächte, auch dann, wenn es sich um Deutschland handelt. Meine Bereitwilligkeit in einem solchen Fall für Rußland einzutreten, wird sich nach den Umständen richten, die ich nicht voraussehen kann; ich hielte es nicht für klug, vorher eine Taktik bloßzulegen, die sich, was mich angeht, nicht an legale Mittel gebunden hält.

*

Daß Berufssoldaten berufsmäßige Gegner des Pazifismus sind, darf uns nicht wundern und ist verständlich; das ist immer so gewesen. Obgleich es ja seltsam anmutete, wenn etwa Feuerwehrleute jene bekämpften, die die Entstehung von Bränden verhüten wollten... diese Soldaten haben sich niemals als eine Feuerwehr gefühlt, die man im Augenblick der Gefahr ruft, sondern immer als Selbstzweck.

Ich will nicht zu jenen Majoren und Leutnants sprechen, die man deshalb nicht überzeugen kann, weil sie nicht lesen können, und, könnten sie es, nicht verstehen, was sie lesen, und verständen sie es, es falsch verwendeten. Ich spreche zu Menschen, die Ungeist mit dem Geist bekämpfen wollen.

Jeder Mensch schafft sich im Geiste eine Welt, in der er seinen Fähigkeiten nach im Mittelpunkt steht. Die wenigsten gestehen sich das ein. Beginnen wir bei uns selbst.

Pazifisten, die gut reiten können, sind Ausnahmen. In jeder pazifistischen Strömung ist – neben den besten ethischen Absichten – die Ablehnung einer Welt, in der der predigende Pazifist keine führende Rolle spielt. Es ist schon viel, wenn er in jener kriegerischen Welt mit Anstand bestehen kann. Dieser tantenhafte Zug ist im Pazifismus unverkennbar; wo er sich sentimental auswirkt, ist er auf das schärfste zu bekämpfen. Denn das ist nicht Sinn und Inhalt des Pazifismus. Die militärischen Gegner bekämpfen uns: mit Verleumdungen; mit Beschimpfungen, die uninteressant sind, und mit einer Spur von Recht. Sie kämpfen aber dann gegen den schlechtern und minderwertigen Teil des Pazifismus, gegen seine Karikatur, gegen das Weinerliche an ihm.

Im übrigen ist solch ein Kampf eine Frage der geistigen Kraft, und zwar nicht nur der brachialen, wie heute durchweg gelehrt wird. Der friedliebende Mensch, der seine besten Kräfte nicht auf Schlachtfeldern verwertet, baut sich eine Welt, in der er etwas gilt, und er ist leicht geneigt, diese seine Welt sittlich höher zu stellen als die aller andern.

Dieses Element muß sauber herausgeschält werden; es ist Schwäche und Lüge, hier die Augen zu schließen. Ich halte es auch für ganz berechtigt und natürlich.

Der Pazifist hat jedoch in seinem Kampf gegen den Krieg recht, weil er es ablehnt, über das Leben andrer Menschen zu verfügen. Ich fühle in keiner Hinsicht vegetarisch: es mag Situationen geben, in denen Blut zu vergießen kein Unrecht ist. Als Grundforderung aber muß aufrechterhalten werden, daß niemand das Recht hat, über das Leben seiner Mitmenschen zu verfügen, um sich selber zu erhöhen. Das aber tut der Soldat.

Anläßlich des Todestages hat Richard von Soldenhoff (im Verlag Quadriga) ein »Lebensbild« Tucholskys herausgegeben 400 Fotografien Dokument und Faksimiles von Manuskripten, begleitet von dazu klug ausgewählten Tucholsky-Texten und -Briefauszügen Diesem Band haben wir die hier ausgewählten Bilder des Soldaten Tucholsky entnommen; die texte sind eine Collage aus Tucholskys Aufsätzen über Militaria und Pazifismus – Ein Sträußchen zum 30 Nachgeburts-Tag der Bundeswehr

Konkret 12/85, S. 76

Peter Krieg

Guckt wieder kein Schwein!

Ist die bundesdeutsche Filmförderung am Ende? Und mit ihr der in die Jahre gekommene »Neue deutsche Film«? Filmemacher Peter Krieg fordert: Schafft die Selbstverwaltungs-Gremien ab!

Der deutsche Film, auch der »junge« oder »neue«, findet immer weniger Zuschauer. Zu den Tabus in der Filmszene gehört die Frage nach den Ursachen. Man hat sich daran gewöhnt, die Schuldigen in Hollywood und bei den Fernsehanstalten zu suchen. Diese, so die gängige Erklärung, verderben die Sehgewohnheiten der Zuschauer, füttern sie mit Action, Schund und Schwachsinn, sodaß kein Platz mehr in den Köpfen bleibt für Kultur, Reflexion, geduldiges Sehen und Sich-Einlassen auf neue Formen und Inhalte. Ich will nicht bestreiten, daß an diesen Argumenten etwas Wahres ist. Aber leider begnügen sich Filmemacher und Kritiker gern mit dieser vordergründigen und unzureichenden Analyse und leiten daraus ihre einzige Gegenstrategie ab: Förderung von Produktion und Vertrieb »kultureller« Filme, möglichst in Selbstverwaltung der Filmemacher.

In Hamburg, NRW und nun auch in Hessen gelang es im Verein mit profilbedürftigen SPD-Politikern in den letzten Jahren, solche selbstverwalteten Filmförderungsmodelle zu etablieren. Die dortigen Filmbüros, Zusammenschlüsse der im jeweiligen Bundesland ansässigen Filmemacher, wählen aus dem bundesdeutschen Angebot progressiver Filmkritiker, Schriftsteller und Filmschaffender die Gremien aus, die dann für eine Sitzung oder für ein Jahr Staatsknete an die zahlreich sich um diese Futterkrippen drängenden Filmemacher verteilen dürfen.

So kommt es, daß Filmemacher Kollegen zu beurteilen haben, auf deren Wohlwollen sie bei künftiger Förderung angewiesen sind. Filmkritiker entscheiden über Gelder für Filme, die sie später zu kritisieren haben, Verleiher und Kinomacher treffen Entscheidungen ihre Konkurrenten betreffend... Da wir alle harmoniebedürftige Menschen sind, ist die Versuchung groß, es wenn nicht jedem, dann doch wenigstens den Freunden recht zu machen. Dies ist menschlich und findet seinen Ausgleich nur durch den häufigen Wechsel der Gremien.

Das Dilemma bei diesem Förderungsprinzip: der Zuschauer wird völlig ausgeklammert. Das »Zielpublikum« des Filmemachers ist das Gremium, das über Sein oder Nichtsein des Films – und damit oft des Filmemachers – entscheidet. Die Folge: Immer mehr Filme entstehen, für die es eigentlich keinen Markt, keine Abspielmöglichkeiten gibt. Sie häufen sich zu Filmbergen, die sich bald neben den Butter-, Fleisch- und Getreidebergen der EG sehen lassen können. Die logische bürokratische Konsequenz: Man richtet eine Vertriebsförderung und natürlich wieder neue Gremien ein, um die Berge in Bewegung zu setzen.

Nach Jahren der Förderung krankt der junge deutsche Film weniger an Geldmangel als an akuter Inzucht. Die Filmemacher und ihre letzten Zuschauer – die Filmkritiker – bewegen sich in geschlossenen Zirkeln – einem Klima von intellektueller Korruption: In den wenigen verbliebenen Filmzeitschriften werden deutsche unabhängige Filme meist nur noch nach dem Motto rezensiert: Irgend ein gutes Haar wird sich schon finden lassen, an dem sich der Zuschauer dann ins Kino hangeln kann. Da gründen Filmkritiker Wenders-, Herzog-, oder Straub-Sekten, zu deren Oberpriestern sie von den Meistern selbst ernannt werden. Dessen jeweils neuester Film wird flugs zum »besten Film der Filmgeschichte«, der Meister zum begnadeten Genie. Beim Nachwuchs und bei den Dokumentaristen ist man zurückhaltender, aber einen fundierten Verriß oder ein kritisches Lob findet man kaum noch in bundesdeutschen Filmzeitschriften. Der Mißerfolg im Kino gilt heute schon als Qualitätsmerkmal.

Banal, aber offenbar notwendig der Hinweis, daß Filme fürs Publikum gemacht werden, nicht für die Kritik. Wer Filme macht, hat sich für ein *Kommunikationsmedium* entschieden, er will anderen etwas mitteilen. Wenn diese Mitteilungen den Adressaten nicht erreichen, dann kann das daran liegen, daß sich der Absender nicht verständlich machen konnte, daß die Übermittlungsstrukturen gestört sind oder daß der Empfänger die Annahme verweigert. All dies trifft gleichzeitig auf die Lage des deutschen Films zu.

Schuld an dieser Entwicklung sind nicht nur Fernsehen und Hollywood, Schuld ist auch eine verfehlte Förderungspolitik, die schließlich von den Filmemachern selbst durchgesetzt wurde. Gefördert wurde der Teil der Branche, der sich lautstark bemerkbar machen konnte und der den Politikern Glanz zu machen **versprach:** die Produktion. Man ließ die Kinos auf dem Lande und in den Kleinstädten ruhig sterben, man sah der Kinoverschachtelung in den Städten zu, bis nur noch große Kinoketten übrig waren, die die Hollywoodware der amerikanischen Großverleiher in die Köpfe des Publikums kanalisierten. Das Kino als Ort von kultureller Reflexion, als sozialer Ort, wo Phantasie und kollektives Bewußtsein entstehen konnten, war damit erledigt, geschrumpft auf eine Handvoll von Programmkinos, Kunstkinos oder Kommunale Kinos. Produktionsanreize helfen nicht, wenn die Abspielstätten, die solche Filme zeigen könnten, nicht mehr vorhanden sind. Und weil es sie nicht mehr gibt, entsteht auch kein kritischer Rückfluß von Publikumsmeinung mehr, aus dem der Filmemacher nicht nur die Motivation, sondern auch die Mittel für seine weitere Arbeit (oder eben auch die Verweigerung

dieser Mittel) beziehen könnte. Und weil es diese Kinos nicht mehr gibt, gibt es auch die Verleiher nicht mehr, die solche Filme kenntnisreich und effektiv vertreiben könnten.

Jede Filmförderung, die bei der Produktion ansetzt, steht auf dem Kopf. Staatliche Förderung – und die Selbstverwaltung ist nur eine »mittelbare Staatsverwaltung«, wie Kluge immer in Erinnerung zu rufen versuchte – ist immer dann problematisch und ineffektiv wenn sie in die Produktion direkt eingreift. Das hat sich in der Wirtschaft – vor allem bei den vielen maroden Staatsbetrieben in Ost und West – ebenso erwiesen wie bei der Kunstproduktion. Die Zimmermänner lösen sich nie von ihrem »Kunst am Bau«-Modell und verzichten ungern auf eine politische Einflußnahme. (Von schwarz über rot bis grün gibt es da keine Ausnahme!) Staatliche Förderung hat sich da als sinnvoll und effektiv erwiesen, wo sie Infrastrukturen und Rahmenbedingungen schafft, innerhalb derer sich die Produktion relativ frei und ungehindert, aber auch im Interesse der Gemeinschaft, entwickeln kann.

Auch die Theaterförderung setzt nicht beim Stückeschreiber ein (der wird höchstens vom Theater selbst beauftragt), sondern beim Spielort.

Ich plädiere für ein völlig neues Filmförderungssystem. Mittelpunkt dieses Systems wäre eine zentrale, öffentlich-rechtliche Verleih-, Vertriebs- und Förderungsinstitution, die Filme von den Produzenten mit Kinorechten aufkauft und kostenlos an neue, kulturelle Kinos verleiht. Diese Kinos sollten überall auf privater Basis (z.B. von arbeitslosen Filmfreaks) mit Hilfe von Existenzgründungsdarlehen und -zuschüssen eingerichtet werden. Das können kleine, 60-100-Platz-Kinos sein. Sie verpflichten sich, 50 Prozent ihres Programms aus dem Fundus des Zentralen Filminstituts zu beziehen, von dem sie auch mit Werbematerial Ausbildungskursen etc. betreut werden. Die Filme des Zentralverleihs werden von unabhängigen Gremien ausgewählt. Über die Zahl der anzukaufenden Kopien (und damit über den finanziellen Betrag für die Produzenten) entscheiden aber die assoziierten Kinomacher aufgrund ihrer Publikumserfahrungen auf jährlichen Sichtveranstaltungen neuer Filme.

Auf diese Weise könnten kulturelle Qualität, soweit bestimmbar, und Publikumsinteresse miteinander kombiniert werden. Die Filmemacher wären von Gremienanträgen weitgehend unabhängig, die Zuschauer hätten wieder ein interessantes Kinoangebot auch in kleineren Orten, die Kinomacher hätten ein Existenzgrundlage und die notwendige Unabhängigkeit, und die Branche hätte einen großen, gut ausgestatteten Verleihapparat, der Filme effektiv betreuen und verbreiten könnte.

Klar, daß ein solches Modell das auf Eigeninitiative und »Marktkräfte« setzt, bei unseren »Staatsfilmern« auf allerhand ideologische Vorbehalte stößt. Zu sehr hat man sich an die Selbstbedienung gewöhnt, die jede Publikumsberührung erübrigt.

Konkret 12/85, S. 78

Christel Dormagen

HTLV goes Hollywood

AIDS hat das Kino erreicht und wird wohl lange davon leben können. Gleich der erste Film zum Virus zeigt sich immun gegen alle Warnungen, das Thema moralisch anzugehen

Gerade hat man an der Vordertür mit den seriösen Geschäftspartnern Vernunft und Ethik separate Verträge abgeschlossen, da schleichen sie sich schon durch die Hintertür als lästiger siamesischer Zwilling wieder ein.

»'Buddies' is about us« hieß es zur San Francisco-Uraufführung in einer amerikanischen Schwulenzeitung. Aus diesem Faktum macht der deutsche Übersetzer eine Moral: »'Buddies' gehört uns«. Weiter heißt es in der übersetzten Version der Berliner Schwulenzeitung zur deutschen Erstaufführung des Films: »Wir wurden zu einer Gemeinschaft, die der Welt heute zeigt, was Betroffenheit, Mitleid und Selbstlosigkeit unter Liebenden bedeutet«.

Ein HTLV-III-Film hat aber doch um Himmels willen sachlich und vernünftig zu sein. Der erste Film zum Thema ist aber in der Tat ein perfekter Schmachtfetzen. Nur daß man das nicht denken darf, geschweige denn schreiben, weil der Gegenstand todesernst ist.

Der Gegenstand: David, ein lieb-normal-adretter Schwuler, übernimmt die Besuchs-Patenschaft für einen Aids-Kranken, dessen Adresse er aus dem New Yorker Schwulenzentrum erhält, und wird sein Buddie, sein Kumpel. Die politischen und sexuellen Ansichten von Robert irritieren ihn, er mag ihn anfangs überhaupt nicht leiden. Allmählich entwickelt sich eine vorsichtige Beziehung inklusive einer sanften safer-sex-Einlage. David willigt schließlich sogar in ein Zeitungsinterview ein, um im Sinne seines Freundes helfende Informationen weiterzugeben; eigentlich haßt er mediale Verwurstung privaten Leids. Nach Roberts Tod demonstriert er, stellvertretend den Wunsch des Gestorbenen erfüllend, ganz allein vor dem Weißen Haus. »Wir lehrten sie zu lieben, und jetzt lehren wir sie zu sterben. Sollen sie doch bei ihrer Ignoranz und ihrer Angst bleiben«, schrieb das amerikanische Schwulenblatt dazu.

Und diese kleine Handlung vollzieht sich – mir fällt das Beerdigungswort 'würdevoll' ein – in anrührend mitfühlbarer Weise. Es läßt sich nichts gegen den Film sagen, denn der Anlaß der Kinotränen ist ja nicht das Kino. Aufklären tut er nicht und will er wohl auch gar nicht. Die Männer, die im Kinovorraum wie zu einer Schwulen-Vernissage versammelt waren, gewiß nicht. Die kennen sich in den Fakten längst gründlich aus; und meine Mutter z.B. wäre danach nicht viel klüger, aber erschüttert. Denn der Film setzt auf Herz, nicht auf Kopf.

»Neue Seuche – neue Moral?« war das Thema einer Fernsehdiskussion, die ich zwei Tage nach dem Film sah. Und alle, nicht nur die Fortschrittlichen, waren sich so wohltuend einig, daß man unbedingt zwischen notgeborenen Verhaltensänderungen und moralischen Überzeugungen zu trennen habe. Es gebe auf der einen Seite ein technisch-medizinisches Problem und auf der anderen den Roll-backSog der ewiggestrigen Mehrheit, die dem Himmel dankt für den HTLV-III-Virus als Sittlichkeitsverstärker, der die Bösen zu Gezeichneten macht. Es wurden auch kluge Sätze zur Begriffsstigmatisierung und -ausgrenzung geäußert: »Es ist nicht riskant, einer bestimmten Gruppe anzugehören, nur Verhalten kann zum Risiko werden«; und ebenso gutgemeinte zur Panik als schlechtem Berater: »Wir wollen nicht mit dem Mittel der Angst Verhaltensänderung erzeugen«.

Nur ist der inzwischen durch den Virus medial erzwungene gesellschaftliche Zustand eben doch gegen alle achtbaren Absichten zum Wahrheitsdiskurs und damit eine moralische Angelegenheit geworden.

Der erste Schritt dazu war die Umwandlung von Tatsachen in ein Thema: Da gab es anfangs die Sterbefälle unbekannter Herkunft, deren Zahl – aufklärende Artikel haben das oft genug betont – verschwindend gering ist, verglichen mit anderen Gesundheits- und Lebensbedrohern wie Krebs, Verkehr, Rheuma, Streß etc. Dazu gab es die zweite Tatsache, daß die tödliche Krankheit ansteckend ist. Die unterscheidet das Unglück Aids von ziemlich vielen anderen Unglücken der Welt. An diesem Punkt setzt denn auch der Angst- und Vermeidungsterror ein: jeder kann etwas dagegen tun, und jeder hat die Pflicht, etwas dagegen zu tun. Da nun, und das ist die dritte Tatsache, die Ansteckung viel und Ungeklärtes mit Körpernähe, Körperintimität zu tun hat, war plötzlich die neue sexuelle Frage geboren.

Und über diese ungenaue Koppelung mußte auch der Einstieg des Fernsehmoderators in der erwähnten Sendung zum Gesinnungstest werden: »Wer von den im Studio Versammelten ist sich absolut sicher, daß er nie Aids kriegen wird?« Ich stelle mir die 'Verführung 1985' vor: Man lernt einander kennen und mögen, will miteinander schlafen, fragt: Bist du auch sauber? und lernt womöglich das Lügen in dieser ungewohnten Zwickmühle. Streng genommen kommt fürs Fremdvögeln nur noch jemand in Frage, der in einer festen Beziehung von mindestens sechs Jahren lebt, angesichts der Virus-Inkubationszeit von fünf Jahren.

Und nicht nur gegenwärtige und zukünftige Verhältnisse infiziert der Wahrheitsvirus, er wirkt auch rückwärts in die Geschichte. Auf verquere Weise kommt die längst ausgelaugte 'Sexuelle Revolution' noch einmal zu Ehren. Schlimmstenfalls selber zum Terrorinstrument befreiten Handelns geworden, bestenfalls einfach in Vergessenheit geraten,

erhält das Nach-68er-Konzept der freien Liebe plötzlich einen neuen Glanz und scheint in dem Moment wieder begehrenswert und gut, da die Pflicht zu Treue- und safe-sex-Prophylaxe sie verbieten.

Oder andersherum in geschäftlicher Metaphorik: Aids ist der Preis, den die Gesellschaft jetzt für die Pille als Lustbefreier bezahlt. Das ist – selbstverständlich – reaktionär gedacht. Nur – wie sich klammheimlich und unmerklich solche Verknüpfungen von technisch-rationalem Verhalten und moralischen Einstellungen vollziehen, macht der hochintegre Film 'Buddies' selber deutlich.

Es gibt drei amerikanische Stigmata: arm sein, häßlich sein, krank sein. So wird denn auch der gesunde David im Film gezeigt, wie er im Fitness-Center seinen Körper stählt. Dort findet die Produktion des jungen, gesunden, schönen Körpers statt. Und der ist eben auch eine Frage des Geldes. Eine Nebenbotschaft von 'Buddies' lautet: Spätestens wenn es die sauberen Söhne unserer sauberen Senatoren erwischt hat, gibt es Geld. Noch zögert die Pharmaindustrie. »Eine Million Aidsexponierter Leute sind nun mal kein aufregender Markt« (Hoffmann LaRoche). Geld ist eben wieder eine Frage der Moral. Wie umgekehrt Moral eine Frage des Geldes ist.

Wenn der Film auch erstmal in scheinbar vorurteilsvoller Weise das Volksbewußtsein bestätigt, Aids sei eine Homosexuellenseuche und habe schon deshalb mit Sex zu tun; wenn dadurch auch erstmal Homosexuelle selber (der Film ist im Schwulen-Umfeld entstanden) sich wieder auf ihre Genitalität reduzieren, so besteht seine ratlose List doch darin, daß er für diese sich selber abgrenzende Gruppe eben nicht über Sexualität als Identitätsstifter wirkt, sondern über Gefühle (»Der Film gehört uns«). Und die sind von höchstem Wert und höchster Allgemeinheit und – bedenkenlos analogiefähig: nämlich jenes zitierte Trio Mitleid, Betroffenheit, selbstlose Liebe.

Die von der Mehrheit abgelehnte Theologin in der TV-Diskussion sagte: »Leider mußte erst so ein schlimmer Anlaß kommen, daß wir wieder anfangen, über Treue und Liebe nachzudenken«. Und steht plötzlich auf der Seite des Films?

Vor dem Kino wurde mein Nachbar von einem Journalisten mit Kassettenrecorder gefragt: »Und warum sind Sie hier?« Seine Antwort lautete: »Ich möchte schauen, ob ich mir eine neue Angst zulegen kann«.

Konkret 12/85, S. 80

Georg Fülberth

Späth-Kapitalismus als Gartenlandschaft

Die CDU-Vordenker sind Recycling-Experten: Auch die High-Tech Version ihres »Modell Deutschland« ist wiederaufbereiteter Ludwig Erhard – damit die Vergangenheit eine Zukunft hat

Adenauer hatte den Weg zur Rüstung mit Montanmitbestimmung, Rentenreform und Schlechtwettergeld geschmiert. Ludwig Erhard warnte: dies alles werde man zurückholen müssen, nicht die Waffen, aber die Gratifikationen. Die BRD brauchte Fitness für den großen Weltmarkt. Bei fallenden Wachstumsraten sollten die Leute den Gürtel enger schnallen und die Arbeiter, wenn nötig, in der Woche zwei Stunden freiwillig ohne zusätzliche Bezahlung länger arbeiten. Dieses Einvernehmen nannte Erhard »formierte Gesellschaft«. Einer seiner Berater, Rüdiger Altmann, formulierte ein Ziel für die neue nationale Anstrengung: Kräftemessen mit dem Bolschewismus in den Entwicklungsländern .

Erhard stürzte, und sein Plan schien vergessen. Jetzt aber, im elften Jahr der Massenarbeitslosigkeit, erinnern Kurt Biedenkopf und Lothar Späth den Enkel Adenauers in umfangreichen Ausarbeitungen an das alte Konzept.

Der Ministerpräsident von Baden-Württemberg ist ein tröstliches Beispiel, wie aus einem Ärmelschoner ein großer Ballon werden kann, wenn Hewlett-Packard hineinbläst. 1983 erstellte eine von ihm eingesetzte Professoren-Kommission das Gutachten »Zukunftschancen gesellschaftlicher Entwicklungen«. Zwei Jahre später veröffentlichte Späth eine in Ich-Form gehaltene Volksausgabe: das »Spiegel«-Buch »Wende in die Zukunft«. Hier variiert er ein einziges Thema: es existiere kein Problem, das nicht durch High Tech zu lösen ist. Der Gegensatz zwischen Ökologie und kapitalistischer Ökonomie sei im Prinzip schon aufgehoben, da die modernsten Industrien weniger Landschaft, Wasser und Energie verbrauchen als die alten. Die soziale Frage wird liquidiert durch Sieg im Exportkrieg. Das ist allerdings der zentrale Punkt. »Wirtschaftlich wird auf Dauer nur Erfolg haben, wer in ausländische Märkte offensiv hineingeht und sich in Kultur, Tradition und Mentalität anderer Völker einzufühlen weiß«. Die Bundesrepublik der Zukunft hat man sich als eine Kombination aus Betriebsgemeinschaft und Freizeitpark vorzustellen. Die Gewerkschaften müssen sich ähnlich eingliedern wie die Werksfeuerwehr, sonst werden sie überflüssig. Späth nennt das Ganze »Versöhnungsgesellschaft«.

Wer einer Revolution von Oben präsidieren darf, verfügt über Ausrüstungsgegenstände gescheiterter Vorläufer und kann hegemoniestiftend auf etwaige Nachrücker einwirken: Die Parole, die Weltmarktposition müsse durch »Modernisierung der Volkswirtschaft« behauptet werden, stammt ursprünglich nicht von Späth, sondern vom Sozialdemokraten Hauff. Das SPD-regierte Nordrhein-Westfalen kopiert die forschungspolitische Konzeption von Baden-Württemberg. Allerdings wollen die Sozialdemokraten das alles ein bißchen warmherziger haben: mit »Humanisierung der Arbeit« und Technologiefolgen-Abschätzung ohne Gefährdung des Hauptziels.

Neben Lothar Späth, dem Commis voyageur der Elektronik-Branche, balanciert Kurt Biedenkopf auf einer Soap-Box und deklamiert: »Von der wirklichen Wende, vom eigentlichen Neubeginn, sind wir noch weit entfernt.« So steht es in dem Buch »Die neue Sicht der Dinge«. Es ist dem Chemie-Fabrikanten Konrad Henkel gewidmet, dessen Laden laut FAZ »der größte Importeur und Verbraucher wiedergewinnbarer Rohstoffe ist und damit praktische Entwicklungshilfe leistet.«

Kurt Biedenkopf hat bei einigen Linken ein recht sympathisches Image. 1983 monierte er, die von ihm gebilligte Stationierung von Pershing II und Cruise missiles sei schlecht organisiert. Damit meinte er: die Steuern und Sozialabgaben sind zu hoch. Das Volk werde keine Lust haben, eine derart ungerechte Ordnung auch noch mit gefährlichen US-Raketen schützen zu lassen. Nach Verminderung des sozialstaatlichen Finanzdrucks würden die Leute gern »zusätzliche Ausgaben für konventionelle Verteidigung«, welche die Atomschwelle heben soll, bewilligen.

1984 wurde Biedenkopf auffällig, weil er im Drucker- und Setzerstreik die Gewerkschafter nicht wie Kanaillen behandelte, sondern einen Vermittlungsvorschlag machte, den die Unternehmer ablehnten. Tatsächlich findet er Senkung der Arbeitszeit annehmbar, falls sie mit »Flexibilität« verbunden ist, wenn also Unternehmer und Betriebsräte die Konditionen unter sich aushandeln und die Verbände draußen bleiben. Sind die Gewerkschaften ausmanövriert, braucht über den Lohnausgleich nicht mehr diskutiert zu werden.

1985 kam Biedenkopf mit dem Vorschlag, die Renten auf Sozialhilfe-Niveau zu senken. Dafür sollten nicht nur die Dropouts, sondern alle Leute solche Staatsknete bekommen. Wer mehr will, kann sich privat weiterversichern oder sein Geld auf die hohe Kante legen. Dies ist gut für die Assekuranzgesellschaften und für die Banken. Letztere werden eine solche Regelung besonders begrüßen. Wenn sie weitere Zufuhr bekommen, lassen sich Verluste leichter verschmerzen, die entstehen können, falls das eine oder andere Entwicklungsland, das bei ihnen in der Kreide steht, einmal seine Zahlungsunfähigkeit erklärt, dies allerdings sagt Biedenkopf nicht. Es ist ein verschwiegenes Essential wie bei Späth der Verfassungsschutz.

In seinem Buch »Die neue Sicht der Dinge« fordert Biedenkopf, der Markt solle von sozialstaatlichen Regulierungen möglichst freigeräumt werden. Dann müßten die Gewerkschaften sich nach Kotau-Arrangements umsehen. Biedenkopf

nennt das »Formierte Gesellschaft«. Dreimal verweist er auf dieses Konzept Ludwig Erhards. In erpreßtem Einvernehmen sollen mehr Mittel auf neue oberste Ziele fixiert werden. In den siebziger Jahren waren dies für Biedenkopf Innere und Äußere Sicherheit. Heute ist es der Umweltschutz. Er ist laut Biedenkopf ebenfalls ein Sicherheitsproblem: den Systemfeinden muß das Argument entwunden werden, Ökologie und Freie Marktwirtschaft seien unvereinbar.

Beide CDU-Politiker greifen Stichworte der Alternativbewegung auf und funktionieren sie kapitalistisch ein. Das gelingt und heißt dann »Akzeptanz«.

Bereits 1983 bekundete Thomas Schmid im »Freibeuter« Zuneigung für den Württemberger. Im Sommer 1985 schlug eine wieder einmal von Späth eingesetzte Kommission, diesmal zur Verwaltungsreform, die Schaffung eines selbstständigen Umweltministeriums vor. Dafür soll die Datenschutzbeauftrage gestrichen werden. Späth hat seinen Gorz intus. Arbeitslosigkeit heißt »Neue Selbständigkeit«. Flankierend zur hochtechnisierten Großindustrie kann ein Schwarm von Existenzgründern, aus der Schattenwirtschaft auftauchend, Software, Computerwartung, persönliche Dienstleistungen ohne Bindung an feste Arbeitszeiten anbieten. Diese neue Zwischenunterschicht – mehr als ein Türke, weniger als alle anderen – gibt es schon längst: ohne Sozial- und Krankenversicherung, knapp auf dem Existenzminimum lebend oder irgendwie ausgehalten, höfliche Leute allesamt, da sie nichts zu fordern haben, nur anzubieten. Zorn gibt es allenfalls gegen die Festbestallten und Tariflohnempfänger, welchen so empfohlen ist, nach unten die Reihen zu schließen und nach oben den Bauch zu zeigen.

Die deutlichen Unterschiede zwischen Biedenkopf und Späth sind weniger wichtig als die Gemeinsamkeit ihres Ziels: erweiterte nationale und internationale Aktionsmöglichkeiten des westdeutschen Kapitals. Der Prospekt zeigt eine freundliche Landschaft mit Feuchtbiotopen, saniertem Fachwerk, temperiert emanzipierten Frauen, rauchloser Industrie. Allerdings ist es notwendig, einen Verzichtkonsens nach unten durchzudrücken, den Daumen auf den Entwicklungsländern zu halten und die atlantisch-pazifische Konkurrenz zu schlagen. Dabei geht es letztlich doch nicht in erster Linie um Lebensreform und Technologie, sondern um Hunger (draußen), Gewalt und Demütigung (drinnen und draußen). Die Verwirklichung der teils moralisierend, teil idyllisch einherkommenden Rezepte hat nämlich ein paar recht ungemütliche, wohl auch unrealistische Voraussetzungen:

Erstens: gründliche Niederlage der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung. Wenn's geht, durch Selbstaufgabe.

Zweitens: Umbau des Parteiensystems. Biedenkopfs Wut geht schon jetzt deutlich gegen den eigenen Verein: die CDU ist in seinen Augen ein durch zu viel Sozialpolitik verhunzter Interessentenhaufen .

Drittens: Entweder ökonomische Hilflosigkeit der Weltmarktkonkurrenten und -opfer oder eine militärisch-außenpolitische Durchbruchsformel. Biedenkopf immerhin wagt schon einmal einen metallischen Ton, wenn er von der Notwendigkeit stärkerer Betonung des »nationalen Interesses« spricht. Deutlicher wird der Kölner Großpolitologe und CDU-Parteigänger Hans-Peter Schwarz: In seinem Buch »Die gezähmten Deutschen«, 1985, plädiert er für eine aktivere »Machtpolitik« der »Welthandelsgroßmacht« Bundesrepublik. Das muß zunächst kein neuer West-Ost-Krieg sein. Hitler, Reagan und Dregger können gar als alte Trottel erscheinen. Es genügt, daß uns der Iwan nicht behindern kann, wenn wir den uns zustehenden Teil des Südens und Westens abfrühstücken.

Späth riecht, was da gebraucht wird: Hochtechnologie mit »dual use«, welche zugleich zivil und militärisch nutzbar ist, ohne daß ihre Finanzierung über den Rüstungshaushalt erfolgt, von unkalkulierbarer Gefährlichkeit für einen »Angreifer«. Das wird als »Defensive« verkauft.

Peter Glotz hat in der ZEIT das Buch von Biedenkopf besprochen. Er bekennt sich da zu Ludwig Erhard. Biedenkopf habe das Konzept der Formierten Gesellschaft falsch verstanden. Das nun allerdings ist mehr an Gemeinsamkeit, als ich hätte befürchten können.

Kurt H Biedenkopf: Die neue Sicht der Dinge, Plädoyer für eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung. Pieper, 458 S., DM 44.-

Lothar Späth: Wende in die Zukunft. Die Bundesrepublik auf dem Weg in die Informationsgesellschaft. Rowohlt, 288 S., DM 28.-

Konkret 12/85, S. 82

Hermann L. Gremliza

Müll-Abfuhr

»...wie viele Deutsche heuchlerisch und sich anbiedernd Juden gegenüberstehen. Wobei innerhalb der deutschen Gesellschaft weiter die gleichen psychologischen Faktoren fortbestehen, die den Aufstieg des Nazismus möglich machten« (R.W. Fassbinder)

Ob der Herr Bundesminister der Wirtschaft wohl aufgepaßt hat, wie mit minimalem Aufwand ein Beschäftigungsprogramm für eine ganze Branche ins Werk gesetzt werden kann? Wie der kesse Entschluß eines gerade zum Intendanten avancierten »FAZ«-Redakteurs, ein Stück von Fassbinder auf die Bühne eines Kammertheaters zubringen, wie dieser Furz von einem Anlaß die Bewußtseinsindustrie in Schwung brachte, als hätte es nie eine Absatzkrise für ihren ideologischen Ramsch gegeben! Aus allen Spalten und Kanälen drang wochenlang ein vielstimmiges Für und Wider (oder, in den besseren Worten von Karl Kraus: ein Pro und Contra und Recontra), das den unerfreulichen Zustand der Köpfe dokumentierte, die sich diese Gesellschaft fürs Vor- und Nachdenken so hält. Was wiederum einen fürs Neinsagen Zuständigen zwingt, zum Frankfurter Krieg der Würstchen auch noch seinen Senf zu reichen. Bitte:

1. Es gibt natürlich Antisemitismus hierzulande und nicht zu knapp, wie es ja in Köpfen und Bäuchen dieser Bevölkerung so ziemlich alles und nicht zu knapp gibt, was längst »bewältigt«, verdaut oder vergessen sein soll. Der Haß auf alles, was anders aussieht, anders spricht, riecht oder ißt und Wüstenrot nicht für das Paradies auf Erden

hält, köchelt auf kleinerer Flamme als einst; aber er köchelt. Den Feind, dem er gilt, hat die Generalsgattin Ludendorff (die mit den »Lichtmenschen« und den »Schachtmenschen«) genau beschrieben: Es sind die ultramontan-freimaurerischen Kräfte des bolschewistischen Weltjudentums oder so ähnlich.

2. Dieser Haß wird gebraucht: wider die Türken und andere Kameltreiber, die Ansprüche an die Herren Lummer und Warnke stellen; wider die schwarzen, braunen und gelben Neger- wider die Roten in Moskau und im Vorstand der IG Druck und Papier; wider die Intelligenzler, die Schmuddeligen, die Schmarotzer, die Arbeitsscheuen, die Sozialpädagogen, die Terroristen, deren Vergasung jeden Abend an hunderttausend Stammtischen verlangt wird.

3. Unterwünscht ist nur ein Ausdruck dieses Hasses: der Antisemitismus. Denn erstens ist sein Gegenstand bis auf einen kleinen Rest liquidiert, und zweitens sind die Juden heute unser Bollwerk im Nahen Osten. Antisemitismus ist einfach unpraktisch, was die neuen Philosemiten freilich nie gehindert hat, den Judennasen-Zeichner des »Völkischen Beobachter« als Karikaturisten bei der »Welt« und im »Spiegel« zu beschäftigen und einen Kommentator der Nürnberger Rassegesetze als Staatssekretär ins Kanzleramt zu holen- von den Bundes- und Arbeitgeberpräsidenten mit NSDAP-, SA- und SS-Meriten nicht zu reden. Was am Kabinettstisch »Aussöhnung mit dem jüdischen Volk« hieß, kam beim Wähler am Tresen als Einsicht an, daß der Führer die Juden nicht hätte umbringen sollen, weil wir mit ihrer Hilfe in Stalingrad hätten gewinnen können.

4. Der Antisemitismus, den es trotz seiner offenkundigen Unbrauchbarkeit gibt, ist ein widerliches Privatvergnügen und wird es bleiben.

5. Die Wahrheit, daß die neuen Philosemiten die Juden benutzen, daß sie hinter materieller und rhetorischer Spendentätigkeit nur die ungebrochene Kontinuität ihrer Arisierungspolitik verbergen wollen, gibt ihren Kritikern nicht das Recht, den Juden »Normalität« abzufordern. Die Söhne und Töchter der Täter haben, wenn es ihnen vor dem Tun oder Lassen der Väter schon so plakativ »die Sprache verschlägt«, im Angesicht der Töchter und Söhne von Opfern auch tatsächlich das Maul zu halten. Nicht weil sie mit ihrem Gerede die Juden in Gefahr brächten – diese Macht ist allen Deutschen hoffentlich für alle Zeit genommen; sondern weil sie ihr väterliches Erbe nie wirksam ausgeschlagen haben: weder individuell (welcher forsche Diskutant hat denn das Häuschen nicht haben wollen, das seine Eltern aus dem Bruttosozialprodukt der NS-Herrschaft erworben hatten?), noch kollektiv (oder ist es der Linken etwa gelungen, die gesellschaftlichen Verhältnisse, aus denen der Faschismus erwuchs und in neuer Form immer wieder erwachsen kann, grundlegend zu verändern, ja kämpft sie auch nur konsequent darum?). Wer einem System Steuern entrichtet, dessen zweithöchster Repräsentant, der fürchterliche Jenninger, über die »Reichskristallnacht« sagt: »Die Deutschen machten nicht mit bei dem, was eine verbrecherische Gewaltherrschaft inszenierte« (was den Schluß nahelegt, die Konzentrationslager seien von der PLO angelegt worden), wer einer so ausgeübten Staatsgewalt anders begegnet denn als deren Feind, soll seinen Bedarf an zündendem Diskussionsstoff anderswo decken als gerade bei Juden.

6. Es kommt also nicht darauf an, die Rühles durch-, sondern darauf, die Fests abzusetzen – nämlich eine gesellschaftliche Ordnung umzuwälzen, die ihre Widersprüche immer wieder an schwächeren Dritten austobt. Daß wir an dieser Aufgabe versagen, legitimiert uns nicht, mit den Nachfahren der Pogromgewinnler über »den reichen Juden« zu streiten, zum Nulltarif.

Konkret 12/85, S. 84

Notizen

GEMEINSCHAFT

»Thiarroye 44« heißt die erste Gemeinschaftsproduktion eines Spielfilms zwischen Algerien, Senegal und Tunesien, dessen Dreharbeiten in der Nähe der senegalesischen Hauptstadt Dakar begannen. Der unter der Regie des Senegalesen Ben Dogaye Beye entstehende Film zeichnet die Ereignisse im Dezember 1944 nach, die im Dorf Thiarroye geschahen: senegalesische Soldaten, die auf Seiten der französischen Armee gegen den Hitlerfaschismus gekämpft hatten, waren von der Kolonialmacht ermordet worden, als sie ihren Sold forderten. In der Verfilmung wirken zahlreiche namhafte algerische Schauspieler mit. Die Musik schrieb der Südafrikaner Abdullah Ibrahim, Mitglied des ANC (African National Conaress).

ACHTUNG MITREISSEN!

»Eigentlich kann Korvettenkapitän Richter zufrieden sein. Er hat eine nette Familie und eine glänzende berufliche Karriere vor sich. Sein Leben ändert sich jedoch schlagartig, als er erfährt, daß seine Frau ihn mit einem Kameraden betrügt. Wird er persönlich damit fertig werden? Wird diese neue Situation auch seine berufliche Laufbahn beeinflussen? Dieser spannende Roman aus dem Bundeswehr-Milieu gibt Antwort. Hintergrund ist das tägliche Leben eines Offiziers der Bundeswehr zwischen Dienst und Familie. Ganz besonders kommt es dem Autor darauf an, Probleme zwischenmenschlicher Beziehungen detailliert zu beschreiben. Bewundernswert die sichere Bewältigung selbst leidenschaftlicher, erotischer Begegnungen, die nie die Grenzen der Achtung überschreiten.

Die packende Geschichte eines menschlichen Schicksals, lebendig erzählt. Sie reißt den Leser mit von der ersten bis zur letzten Seite.«

(Anzeigentext aus »Europäische Wehrkunde« 10/85)

Vor dem Knall

Elfriede Jelinek und Valie Export planen für das nächste Jahr eine Verfilmung des Jelinek-Stücks »Burgtheater«, das Anfang November in Bonn uraufgeführt wurde. Läßt das Stück noch ein wenig verdeckt, daß es sich bei den dargestellten Persönlichkeiten vielleicht wirklich um Paula Wessely und den Hörbiger-Clan handeln könnte, die allesamt während der nationalsozialistischen Besetzung Österreichs neben zahlreichen Bühnen- und Filmrollen auch ständig die Rolle gehorsamer Kollaborateure

gaben, so will die Verfilmung deutliche Bilder zeigen. An Stelle der gesprochenen Filmzitate im Bühnentext solle Originalcuts aus der braunen Periode der Hörbigers eingeschnitten werden. Das Stück greift auch jene Episode im Leben Paula Wesselys wieder auf, an der schon einmal, im Jahre 1977, die deutsche Übersetzung von Otto Premingers Memoiren scheiterte. Preminger schreibt in der Originalausgabe, im New Yorker Verlag Double Days erschienen: »Zu Ende des Krieges als offenbar wurde, daß Hitler den Krieg verlor, war Paula Wessely irr vor Angst. Sie versuchte, ihre beiden kleinen Töchter umzubringen. Glücklicherweise wurden sie gerettet.« Der Text wurde zwar übersetzt, doch die Übersetzung ist im deutschsprachigen Buchhandel nie erschienen. Der Hörbiger-Clan – Paula Wessely war mit Attila Hörbiger verheiratet, – hatte schwer geblockt. Elfriede Jelinek über ihr Stück: »Ich habe es nicht geschrieben, um zwei alte Leute und einen Toten zu kränken. Sondern zu Ehren der vielen Künstler, die freiwillig oder unfreiwillig emigriert sind, in der Fremde nicht Fuß fassen konnten, in der Anonymität verschwanden, während sich andere im Dritten Reich gesundgestoßen haben. Und zu Unehren dieser üblen und schwachsinnigen Unterhaltungsindustrie, die jene politische Katastrophe überdauert. Die nach dem Zweiten Weltkrieg unverändert weiterverblöden durfte, als wären nicht sechs Millionen Juden ermordet worden.«

RAMBO

Reagans Musterschläger Rambo bricht auch in Frankreich alle Besucherrekorde. Am ersten Aufführungstag wurden allein in der Pariser Region 85.307 Eintrittskarten für diesen Gewaltschinken verkauft, in ganz Frankreich waren es insgesamt etwa 350.000 Karten. Damit schlug Rambo den bisherigen Besucherrekord, den Jean Paul Belmondo mit »Das As der Asse« zu verzeichnen hatte. Zum Vergleich eine Zahl aus der BRD: hier gingen in der ersten Woche 306.026 Menschen in die Kinos, um als Rambo wieder rauszukommen.

ES GEHT VORAN

Im deutschdemokratischen Dietz Verlag (Berlin) ist jetzt der 28. Band der von den Instituten für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED und beim ZK der KPdSU gemeinsam herausgegebenen historisch-kritischen Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) erschienen. Es ist der elfte Band in der 1. Abteilung. Er enthält die Werke, Artikel und Entwürfe, die Karl Marx und Friedrich Engels zwischen Juli 1851 und Dezember 1852 verfaßten. Neben erstmals veröffentlichten kleineren Texten bietet der Band viele neue Hinweise zur Entstehungsgeschichte bereits bekannter Schriften.

Pfeffer

Hoomba-Hoomba klingt wie Täterä. Aber anders als beim Karnevalsschlager sind auf dieser Platte echte schwarze Neger dabei. Der Chef des Unternehmens hat allerdings weiße Haut. Jasper van't Hof heißt er und kommt aus Holland. Von Haus aus ist er Jazzpianist und spielte unter anderem mit Archie Shepp und Charlie Mariano. Als er Anfang '83 mit dem Gitarristen Philip Catherine eine ausgedehnte Afrikatournee unternahm, begann er, sich für Musik und Kultur des »schwarzen Erdteils« zu interessieren. Zurück in Holland, gab dann das Konzert einer Musikgruppe aus Guinea den Ausschlag für das europäisch-afrikanische Projekt Pili-Pili (deutsch: scharfer Pfeffer).

Die Gruppe Toto und die französische Sängerin Rose Laurens besingen Afrika als exotisches Traum-Land. Diverse englische Synthipopgruppen programmieren ihre Drumcomputer mit pseudoafrikanischen Rhythmen. Ganz anders Jasper van't Hof. Gemeinsam mit dem Trompeter Manfred Schoof und dem Gitarristen Nicolas Fiszman bespielte er Bänder mit melodischen und harmonischen Skizzen. Diese basic Tracks überließ er der französischen Gruppe mit der Bemerkung: »Macht Ihr mal«. Die Afrikaner übernahmen den rhythmischen Part und füllten die Lücken in Harmonie- und Melodieführung auf ihre Weise. Während auf der ersten LP von Pili-Pili die Europäer dominieren, kommen auf Hoomba-Hoomba, dem zweiten gemeinsamen Projekt, die Afrikaner stärker zum Zug. Sie machen faszinierend schöne Musik. Leichter, wiegender Singsang mit komplexen aber völlig entspannt gespielten Rhythmen versetzen sie einen in eine Art Trance, bei der man einen angenehm klaren Kopf behält. Guter Stoff. Jasper van't Hof's *Pili-Pili:* Hoomba-Hoomba. *Virgin 207 322-620*

SARTRE-BIOGRAPHIE

Die US-Amerikanerin Annie Cohen-Solal, die schon eine Untersuchung zu Paul Nizan vorgelegt hatte, hat eine erste umfassende Biographie über Jean-Paul Sartre geschrieben. Der siebenhundertseitige Band, Ende Oktober in den USA bei Pantheon Books erschienen, ist von Gallimard für umgerechnet gut 300.000 Mark für den französischen Markt erworben worden.

Chronik eines unvorhergesehenen Todes

Die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vermeldet am Mittwoch, 30. Oktober, den Tod des ungarischen Regisseurs Gábor Bódy. Sie beruft sich dabei auf eine Meldung der ungarischen Nachrichtenagentur MTI, in der »weder das Todesdatum noch Ort oder Todesursache angegeben« werden.

Ebenfalls in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« erscheint am 4. November, eine Todesanzeige der Familie Bódys, in der es heißt, daß Gábor Bódy »durch tragische Umstände mitten aus seinem erfüllten Leben gerissen wurde«. Die Anzeige enthält kein Todesdatum.

Gleichentags, 4. November registriert der »Spiegel« den Tod des Filmemachers zwischen Werner Scherer – »Erlag vorletzten Sonntag in seiner Wohnung in Neunkrichen seinem dritten Herzinfarkt« – und Paul Edwin Roth: »Starb vorletzten Sonntag in Hamburg an Krebs.« Zu Bódy heißt es: »Der eigenwillige Filmemacher starb jetzt in Budapest«.

Die Fernausgube der »Neuen Zürcher Zeitung« vom 7. November gibt vor, alles zu wissen: »Der 1946 geborene Gábor Bódy, dessen Tod von einem deutschen Nachrichtenmagazin zwar wohl gemeldet, jedoch ohne weitere Präzisierung mitgeteilt wurde, hat sich in der Nacht vom 24. auf den 25. Oktober – nach einer Audienz im Ministerium für Kulturwesen deren Thema seine berufliche Zukunft in Ungarn war – das Leben genommen.«

Unter den vierzig besten ungarischen Filmen der letzten vierzig Jahre, ausgewählt von 40 Kritikern und Mitgliedern des ungarischen Film- und Fernsehwesens aus Anlaß der 40. Wiederkehr der Befreiung des Landes, war kein Werk Bódys vertreten.

Er galt dennoch als das »Wunderkind des ungarischen Films«. Auf eine entsprechende Frage antwortete er Ende 1983: »Der Ansicht bin ich nicht. Bei uns in Ungarn gilt ein Filmemacher oder Schriftsteller noch mit 40 als jung. Dem liegt ein merkwürdiges Zeitverhältnis zugrunde. Ich empfinde meine bisherige Entwicklung als normal, manchmal könnte es noch schneller gegangen sein.« Das Interview erschien in Heft 1/85 von »medium«.

Später, wenn die Chronisten antanzen, werden sie verbreiten, daß sie zu kurz gelebt haben. Wer?

MILES DAVIS SPECIAL

Die in Basel publizierte Zeitschrift »Jazz« veröffentlichte in ihrer jüngsten Nummer ausschließlich Beiträge in Wort und Bild über den heute berühmtesten und immer noch wichtigsten Jazztrompeter, Miles Davis. (Das Heft ist in der BRD erhältlich beim N. Ruecker Verlag, Postfach 14, 6384 Smitten)

Namhafte Autoren arbeiteten an diesem Heft mit: Dr. Franz Kerschbaumer, Jazzwissenschaftler aus Graz, der auch seine Dissertation über die Improvisationstechnik von Miles Davis schrieb, Ian Carr, Londoner Musiker (United Jazz & Rock Ensemble) und Verfasser einer Miles-Biografie, die nun endlich auch in deutsch vorliegt, Howard Mandel, New Yorker Korrespondent von »down beat« sowie Gene Kalbacher, der Miles Davis und John Scofield interviewte. Da stört es kaum, daß im Bild auf Seite 12 der Musiker, dem das Heft gewidmet ist, flachgelegt wurde. Richtig ist es so, denn so steht und spielt er dieser Miles Davis:

REIHEINWEISE

Günter Herburgers Romane irritieren durch eine seltsame Mischung aus Realismus, Spätexpressionismus und Pädagogik. Immerhin kennt Herburger sein Problem, nennt sogar Ursachen: »Ich möchte, wenn ich schreibe, durch mein Gewerbe größere Gerechtigkeit herausfordern, die einmal in der Befreiung der Menschen münden muß. Große Worte für einen, der keine materielle Gewalt besitzt, Kommunist sein möchte, sich nach wahrhafter Gemeinschaft sehnt, doch aufgrund seines Berufes immer wieder allein am Tisch sitzt und auf seiner Schreibmaschine hackt und träumt.« Es gibt viele, die aus ähnlichen Motiven ihre Leser belästigen, wenige, bei denen sich die Idee mit geeigneten Stoffen zur Literatur zusammenfügt. Herburger gehört dazu; einige seiner besten Erzählungen sind jetzt in einer neuen Ausgabe erschienen (**Die Eroberung der Zitadelle, Fischer, 9,80 DM)** Hoffentlich wird das Buch neben den Saisonartikeln der Großschriftsteller nicht übersehen. Beweist es doch, daß auch sensible Schriftsteller über mehr als das eigene Altern schreiben können.

Joan Jara (Witwe des ermordeten chilenischen Sängers Victor Jara) hat ihre Lebenserinnerungen in England unter dem schlichten Titel «Victor. An unfinished song« veröffentlicht. Die deutsche Ausgabe weckt eher Porno-Assoziationen, außerdem suggeriert sie, der Text stamme noch vom Ermordeten selbst (**Victor Jara, Chile, mein Land, offen und wild, Rowohlt, 16,80 DM)** Trotzdem wird dringend zur Lektüre geraten. Vor allem denen, die sich zur Zeit über Zensur und Notstandsgesetze in Nicaragua aufregen, aber auch denen, die die regelmäßige Berichterstattung über nationale Widerstandstage in Chile seufzend zur Kenntnis nehmen, sich aber längst gewöhnt haben an Pinochet, chilenische Apfel und an jene Exil-Folkloregruppen die bei linken Festen so schöne Musik machen. Bei Joan Jara können sie nachlesen, was das für eine Gesellschaft zu werden versprach, die vor zwölf Jahren so brutal zerschlagen wurde

Christiane Grefe, Peter Heller, Martin Herbst und Siegfried Pater: Das Brot des Siegers, Lamuv, 24 DM ein (sorgfältig recherchiertes) Lese-Buch über Hamburger und die McDonald-Ideologie; zugleich ein Lehrbuch über das Eindringen des Kapitalismus in alle Lebensbereiche. Der Erfolg des klebrigen Finger-Fraßes, der eigentlich niemandem richtig schmeckt hat nicht nur Folgen für die Fresser (sie werden nicht satt aber dick und krank), sondern auch für die Viehwirtschaft, die Gen-Technologie, den Ackerbau in Afrika, die Arbeitsbedingungen im Gaststättengewerbe, die Eßkultur, den Kartoffelanbau, die Innenstädte (nur Peep-Shows bringen mehr Miete als Hamburger-Läden) usw. Nach der Lektüre kriegt man keinen Big Mäc mehr runter, sondern das große Kotzen und einen gesunden Haß.

'Pardon'- und 'Titanic'-Leser kennen sie noch: **Chlodwig Poths** karikaturistische Seller-Killer: den Roman-Kompress. Schön, daß es einige davon jetzt als **Buch-Kompress (Knaur, 9,80 DM)** gibt, schade, daß es nur zehn sind. Poth beweist daß Lesen an sich keine positive Leistung ist, daß im Gegenteil die systematische Analphabetisierung der Bestseller-Literatur erkenntnisfördernd und zeitsparend wäre. Von den voluminösen Vorbildern bleibt nicht viel, umso mehr für den Leser (100 Seiten davon zwei Drittel Bilder). Auch wenn er weiterhin keinen Autor vom Schreiben abhalten kann: Poth hat sich um die deutsche Literatur verdient gemacht – ein Literaturpreis für ihn ist überfällig.

Günther Rühles Bändchen **Die Büchermacher (Suhrkamp, 7 DM)** verspricht Aufklärung über den Kulturbetrieb. Wer das sucht, muß weitersuchen. Wer's trotzdem liest, findet zehn Beiträge des langjährigen FAZ-Feuilleton-Chefs zu ebendiesem. Der Mann kennt viele Verleger und noch mehr Buchtitel, er weiß, daß Herr v. Holtzbrinck ein Patriarch, Herr

Unseld ernstsinnig und Herr Droemer mit einer Spürnase für Bestseller gesegnet ist; sogar die Höhe der Handgelder, für die Star-Autoren den Verlag wechseln, verrät er uns. Als Dokument des bürgerlichen Feuilletons ist Rühles Buch nicht uninteressant. Was sich in der Zeitung noch hinter täglichem Wechsel, kritischen Details und Zerstreuungserwartung des Lesers verbergen konnte, tritt in Buchform ungeschützt zu Tage: die absolute Beliebigkeit dieses Genres.

Sammlungen von Alltags- oder Verständigungstexten sind ein beliebter Vorwand zur Veröffentlichung jener Pubertätsprosa, die früher gnädig im Tagebuch vergilbte. Was **Walter Jens** von Tübinger Rhetorik- und Germanistik-Student(inn)en zusammengetragen hat (**Studentenalltag, Knaur, 9,80 DM**), ist zumindest ordentliches Handwerk. Wer allerdings erwartet, daß sich Jung-Intellektuelle, die sichere Arbeitslosigkeit fest im Blick, wütend und engagiert mit ihrer Lage auseinandersetzen, wird enttäuscht. Sie schreiben übers Rauchen und übers Mensaessen, über Beziehungskisten und die Vorfreude auf die donnerstägliche ZEIT-Lektüre im Kopf haben sie Hegel und Wilhelm Meister auf dem Bett einen Teddy (den aus Plüsch), und am Ende sorgt man sich fast darum, daß sich keiner das wetterfühlige Seelchen verkühlt. Nörgelt eine amerikanische Gast-Studentin: »Warum verbringt ihr bis zu sieben Jahre an der Universität und bleibt trotzdem unfähig, eure politischen Interessen zu verteidigen?« Ja, warum wohl? Vielleicht deshalb. Nabelschau hat schon immer die Dichtkunst befördert. Besonders in Tübingen. Wer dort mehr wollte, mußte auswandern oder irre werden.

Aus dem Nachlaß

Der Nachlaß Paul Zechs gibt immer mehr her. Nachdem Anfang der achtziger Jahre bereits der Roman »Deutschland dein Tänzer ist der Tod« herausgegeben worden war, ist jetzt gleichzeitig beim Greifenverlag Rudolstadt (DDR) und im Röderberg Verlag {BRD) der Roman »Michael M. irrt durch Buenos Aires« erschienen. Die Aufzeichnungen des Michael M. – ein Pseudonym des 1946 im südamerikanischen Exil verstorbenen Autors – widerspiegeln die Erlebnisse, Eindrücke und Erfahrungen eines deutschen Emigranten. Das bereits 1938 abgeschlossene Werk ist jetzt erstmals veröffentlicht worden.

Verknüpfungen

In Heiner Müllers Erzählung »Todesanzeige« – vor einigen Jahren in einem Merve-Bändchen erschienen, jetzt wieder veröffentlicht in Fred Parses »Feuerteich – Polizist und Fotograf im Frankfurter Bahnhofsviertel« (Unionsverlag, Zürich) – heißt es: »Ich ging zurück in die Küche und stellte den Gasherd ab, dann nach einem Blick auf ihr leeres Gesicht, zum Telefon, dachte, den Hörer in der Hand, an mein Leben mit der Toten bzw. an die verschiedenen Tode, die sie dreizehn Jahre lang gesucht und verfehlt hatte, bis zu der heutigen erfolgreichen Nacht.« Inge Müller starb am 1. Juni 1966. Tot von Tabletten und Gas. 1968 schrieb Heiner Müller: »Ich habe die Gedichte, die in diesem Band abgedruckt sind, mehr als einmal gelesen; manche waren mir fremd, einige ärgerlich, verstanden habe ich viele erst nach dem freiwilligen Tod der Frau, die sie geschrieben hat in dreizehn Jahren neben mir.«

Im Aufbau-Verlag (Berlin und Weimar) ist jetzt ein schmaler Band mit den Gedichten Inge Müllers erschienen: »Wenn ich schon sterben muß« herausgegeben von Richard Peitraß, 128 Seiten, 7,60 Mark. Der Band fußt auf einem bereits 1968 vorbereiteten Manuskript, ist gegenüber dem seinerzeitigen Konvolut um etwa dreißig Texte erweitert worden, »ohne daß jetzt von einer Ausgabe sämtlicher Gedichte Inge Müllers gesprochen werden könnte.« Einer solchen, so der Herausgeber in vornehmer Zurückhaltung, »stehen sowohl technische Hindernisse wie die Ungeordnetheit und Disparatheit des Nachlasses als auch literarische Kriterien entgegen.« Seite 111 *»Vielleicht werde ich plötzlich verschwinden/Weil die Luft nicht mehr reicht/Und nicht aufzufinden/Ist die Leich «* Im »Kritischen Lexikon zur deutschsprachigen Gegenwartsliteratur« (edition text + kritik) wird in der 20. Nachlieferung ein Beitrag über Inge Müller für die folgenden Nachlieferungen angekündigt. Heiner Müller fand mit der 16. Nachlieferung Eingang in das Lexikon. *»Zum Lachen brauch ich keinen Grund/Zum Weinen keinen Schmerz/Ich bin wie ihr und von euch wund/ Bin gar kein oder nur ein Mund /Zwölfton und Terz «* Seite 105.

IMPORTSPERRE

Mitglieder des Nordischen Theaterlaboratoriums aus dem dänischen Holstebro, die in New York an einem Festival der »Palenville Interarts Colony« teilnehmen wollten, kamen nur bis an die US-amerikanische Grenze. Man verweigerte ihnen die Einreise- und Arbeitserlaubnis mit der Begründung daß europäische Schauspieler amerikanischen Kollegen die Arbeitsmöglichkeiten beschneiden und deshalb eine generelle Begrenzung der Gastspielmöglichkeiten für europäische Darstellung erfolgt sei.

Konkret 12/85, S. 90

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Eine Schlagzeile der »Bild«Zeitung:

Kohl in Gedanken – fast überfahren

Das wird dem Kanzler eine Lehre sein.

Wir schreiben eine alternative Zeitung voll:

Nun ist es allerdings schon mehr als paradox, wenn die Grünen glauben, mit Kampagnen sei Meinungsführerschaft und Hoffnungsträgerdienst allein zu erreichen.

Er meint: mit Kampagnen allein sei usw., und nicht, was er sagt: mit Kampagnen sei nicht allein Meinungsführerschaft und Hoffnungsträgerdienst, was immer das ist, zu erreichen, bzw. richtig: zu leisten. Wenn aber

die Kampagnenbedürftigkeit nicht mehr gewesen sein soll, als die Beruhigung des schlechten außerparlamentarischen Gewissens, werden es wieder die Sozialdemokraten und andere sein, die anschließend den Rahm abschöpfen. Man flüchtet in die Arbeit als Verdrängungssurrogat und glaubt darüber frei zu werden... Sie müßten aber darangehen, konkrete und umsetzbare Lösungsvorschläge anzubieten, die auch gesamtgesellschaftlich wirksam werden.

Benedict M. Mülder

M. steht für: Meinungsführer im Hoffnungsträgerdienst, die Bedürftigkeit als Beruhigung und Verdrängungssurrogat konkret gesamtgesellschaftlich in Sahne umsetzend.

Welcher »brillante Lyriker und Essayist« hebt im »Stern« also an?

Ein Gespenst geht um in der deutschen, auch in der europäischen Literatur: Es heißt:

Günter Kunert.

Als ich 14 war, turnte der 134jährige Ilja Rogoff als Werbefigur für die Knoblauchpillen gleichen Namens in den Schaufenstern der Apotheken. Später wurde der Ginsengwurzel lebensverlängernde Wirkung zugesprochen. Den neuesten Rogoff gibts für 4 Mark an jedem Kiosk:

Der »Spiegel« eröffnete die allgemeine Diskussion über die tödliche Abwehrschwäche. Mancher, der damals für sich Konsequenzen zog, entging der tödlichen Infektion. Einige haben sich dafür bedankt. Sie leben, anderen graut vor dem Morgen.

»Spiegel«-Leser leben länger. Wer den Montagmorgen übersteht, ohne sich zu infizieren oder krankzulachen (»Mikroben machen Geschichte, immer noch«), kriegt alle Aidses, wie man 135 wird.

Reich-Ranicki hat einen Dichter entdeckt. Er heißt Thorsten Becker und hat sich »auf Anhieb einen Platz in der zeitgenössischen deutschen Literatur erobert«, und zwar mit »einer großartigen Erzählung«, geschrieben von einem »glänzenden Beobachter« mit einem »beinahe untrüglichen Blick für Details aller Art«, »handwerklicher Fertigkeit (bisweilen schon Bravour)«, »Witz und Esprit« und »artistischem Temperament«, wovon Reich-Ranicki Kostproben serviert:

Es war ein großer Salon im Stil des Fin de siècle, der es mit den besten Restaurants in Paris aufnehmen konnte. Unter den pompösen Kristalleuchtern an den mit langen weißen Tischdecken und feinem Porzellan mit gesteckten Servietten und silbernem Geschirre hergerichteten Tischen saß aber nicht, wie es für mich ins Bild gepaßt hätte, die Pariser Bourgeoisie... An den Seiten gab es.. aus Paravents gebildete Nischen, die zum Saal tiefblaue Samtvorhänge hatten... Das Bad war großzügig, aber die Zeit hatte in das Porzellan ihre hellbraunen Spuren gezogen. Die Armaturen waren durch volkseigene Fabrikate ersetzt worden, als ob sie eine ironische Demonstration über die groteske Wirkung des Fortschritts geben sollten.

Man sieht: »Dieser junge Autor weiß mit seiner Muttersprache umzugehen, er schreibt ein wohlklingendes Deutsch von hoher Ausdrucksfähigkeit, seine Diktion ist ebenso dem Konkreten wie dem Abstrakten gewachsen.« Man könnte zwar einwenden, daß der junge Autor einen Mangel an Verben durch einen Überfluß an Hilfs- und Hilflosigkeitszeitwörtern nur unzureichend verdeckt, weshalb es manches gab und war und hatte, nämlich einen Salon, Nischen und Samtvorhänge; daß

der dichterische Aufwand, den das Setzen der Adjektive verrät, an die Zwangsläufigkeit einer streunenden Töle denken läßt: die Kronleuchter sind pompös, das Porzellan ist fein, die Geschirre (Fin de siècle-Plural) sind silbern, das Bad ist großzügig wie beim Immobilienmakler, die Wirkung ist grotesk und alles zusammen eine unfreiwillig-ironische Demonstration von hoher Ausdrucksfähigkeit. Man könnte auch sagen, daß ein »Esprit«, dem zu einem Salon immer gleich und nur das Fin de siècle, die Pariser Bourgeoisie, Pariser Restaurants und Paravents einfallen, nach stehengebliebenem Champagner schmeckt; daß das Dichterwort »wie es für mich ins Bild gepaßt hätte« auch in seiner hochdeutschen Fassung (»wie es in mein Bild gepaßt hätte«) so wenig wohlklänge, wie die unter den an den mit und mit hergerichteten Tischen Sitzenden von Bravour zeugen; daß, kurzum, dieser Text ein lausiges, stümperhaftes, ledernes, ennuyierendes Pièce de merde ist.

Ein deutsches Manneswort von R. Held in der »FAZ«, die hinten vor Antisemiten warnt:

Mehr als in jedem anderen Land wird in der Bundesrepublik der Blick auf die notwendige Verteidigung verstellt von einer Prüderie im Umgang mit Militärischem, die zum Teil aus schlechtem historischen Gewissen, zum Teil aus einem beschädigten Nationalcharakter stammt. Die Deutschen sind das gebrannte Kind des Kontinents.

Wie ist das passiert? Vielleicht haben sie beim Anzünden der Gasöfen nicht aufgepaßt.